Mittwoch, 16. Juli 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

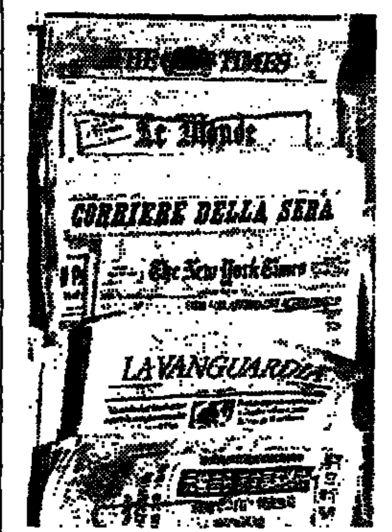
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 162 - 29.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

Heute in der WELT



Wie das Ausland Deutschland sieht

„Heterogen, dynamisch und maximalistisch" – so schätzt der Chefredakteur der spanischen Zeitung „La Vanguardia", Francesc Noy, die Deutschen ein. Er ist beeindruckt, von der Wendigkeit, mit der sie auf die Herausforderung der Zeit reagieren – und verblüfft, wie sie mit ihren Spitzenpolitikern umspringen. Kritische Worte findet Noy zur deutschen Außenpolitik. Ihr Kurs sei alles andere als gradlinig. Seite 6

Was in Tschernobyl wirklich geschah

Menschliches Versagen und eine Kette unglücklicher Ereignisse im Reaktorblock vier des Kernkraftwerks Tschernobyl führten am 26. April dieses Jahres zu dem, was seither unter dem Kürzel GAU zum furchteinflößenden Begriff wurde: Der Größte Anzunehmende Unfall in Tschernobyl begann offenbar im Zusammenhang mit einer routinemäßigen Inspektion. Wie Mosaiksteine haben westliche Geheimdienste ihre Erkenntnisse zu einem Bild des schwersten Reaktor-Unfalls aller Zeiten zusammengesetzt. Seite 3

POLITIK

Rat: Der ehemalige Bundespräsident Karl Carstens ist zum neuen Vorsitzenden des „Rats der Älteren" in der Union gewählt worden. Zugleich hat ihn der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Kohl, eingeladen, regelmäßig beratend an den Sitzungen des CDU-Vorstands teilzunehmen.

Eingefroren: Die Westdeutsche Landesbank (WestLB) hat neue Bankkredite an Südafrika wegen der derzeitigen politischen Situation in der Folge der Apartheid-Politik „eingefroren". Das teilte der nordrhein-westfälische Finanzminister Posser mit.

Spitzel: Der im Februar abgesetzte philippinische Präsident Ferdinand Marcos hat nach eigenen Angaben während seiner Regierungszeit vier Geheimdienst-Organisationen in den USA unterhalten, um die Aktivitäten von Oppositionellen im amerikanischen Exil zu überwachen.

Abgelöst: Den ehrgeizigen Plänen von Parteichef Gorbatschow, die sowjetische Wirtschaft zu modernisieren, ist der Minister für Werkzeugmaschinen und die Werkzeugindustrie, Boris Balmont, zum Opfer gefallen. Er war öfters Kritik ausgesetzt und wurde von Nikolai Panitschew abgelöst.

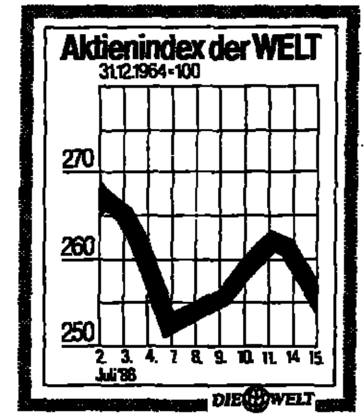
Folter: In der UdSSR werden nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte mindestens 184 Menschen wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung in psychiatrischen Anstalten festgehalten und zwangsweise behandelt.

Südkorea: Präsident Chun Doo Hwan plant umfangreiche Veränderungen in seiner Demokratischen Gerechtigkeitspartei. Offensichtlich soll damit die Stellung von Parteichef Roh Tae Woo gestärkt werden, der als möglicher Nachfolger von Chun gilt. Beide sind Schulfreunde.

WIRTSCHAFT

Russisch: Der London-Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse hat offenbar zur Einigung über alte Querelen im Zusammenhang mit russischen Anleihen aus der vorrevolutionären Zeit geführt. An der London Stock Exchange werden rund 40 solcher Anleihen gehandelt. Die Sowjetunion weigert sich seit ihrer Gründung, diese Verbindlichkeiten zu honorieren. Der Handel wurde ausgesetzt. (S. 5 und 9)

Börse: Der nachgebende Dollarkurs führte an den deutschen Aktienmärkten zu niedrigeren Kursen. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 257,67 (262,05). BHF Rentenindex 106,666 (106,645). BHF Performance Index 105,299 (105,249). Dollarmittelkurs 2,1610 (2,1910) Mark. Goldpreis pro Feinunze 346,00 (345,75) Dollar.



KULTUR

Defizite: Die Frau im Komponistenberuf; sie bleibt – in Deutschland noch stärker als anderswo – unterrepräsentiert. Der Sachverhalt ist in der Neuen Musik keineswegs mehr so eindeutig, doch er ist in der Diskussion. (S. 15)

Eiskalt: American Way of Life – Coca-Cola-Plakate aus 100 Jahren im Pariser Museum für Werbewesen. Die Vorlagen der Plakate wurden immer zuerst auf Öl gemalt: Gesundheit, Optimismus und Zahnpasta-Lächeln. (S. 15)

SPORT

Tennis: Bei der Mannschafts-Weltmeisterschaft der Damen um den Federation Cup vom 21. bis 27. Juli in Prag trifft die deutsche Mannschaft im ersten Spiel auf den Gewinner der Begegnung Belgien gegen Finnland. (S. 14)

Fußball: Das Chemie-Unternehmen Hoechst wird sich in der Bundesliga-Saison 1986/87 erstmals in der Trikot-Werbung engagieren. Bundesligist Eintracht Frankfurt erhält als Werbeträger dafür 910 000 Mark. (S. 14)

AUS ALLER WELT



Frisch: Akzeptiert ist sie in der Bevölkerung, in der Königsfamilie ebenso: Sarah Ferguson (Foto), am 23. Juli Gattin von Prinz Edward, hat schon jetzt frischen Wind in Britanniens Leben gebracht – unkonventionell. (S. 16)

Verkrustungen: „Ich wünsche mir, daß in unseren Schulbüchern auch ein Junge weinen darf." Seinen Wunsch hat Niedersachsens Kultusminister Oschatz zum Anlaß genommen, die Schulbücher durchforsten zu lassen. (S. 16)

Treffen Kohls mit Chirac scheitert an „Terminen"

Kanzler hat Gespräche angeboten / Zunächst wenig Interesse an Wallmann

ms. Bonn

Die schwierige politische Situation in Frankreich, die vor allem durch das gespannte Verhältnis zwischen Staatspräsident Mitterrand und Premierminister Chirac zum Ausdruck kommt, bereitet auch der Bundesregierung in Bonn Probleme. Bundeskanzler Helmut Kohl liegt an guten Gesprächskontakten zu beiden französischen Politikern, allerdings ist bislang ein Gesprächstermin zwischen ihm und Chirac nicht zustande gekommen, obwohl eine offene Aussprache zwischen beiden über das Atomkraftwerk Cattenom nützlich wäre.

Mehrere Terminvorschläge des Bundeskanzlers für eine Begegnung mit Chirac wurden von Paris aus „zeitlichen Gründen" nicht akzeptiert. Jetzt hat der Bundeskanzler Chirac wissen lassen, daß er Ende des Monats in Urlaub geht und ein Treffen zuvor nicht mehr möglich ist.

Die Bundesregierung bemüht sich, nicht das Gefühl einer Verärgerung nach außen dringen zu lassen. Aber hinter dem Hin und Her über Termine verbirgt sich durchaus ein gewisses Maß an Verstimmung. Der Ausgangspunkt dafür liegt offenbar in der Begegnung zwischen Kohl und Präsident Mitterrand am 17. Juni auf Schloß Rambouillet. Kohl hatte Chirac angeboten, sich danach „in der Mitte", also aus zeitökonomischen Gründen in der Nähe des Flughafens von Paris, zu treffen. Chirac legte Wert darauf, daß die Begegnung im Matignon, dem Amtssitz des Premierministers, stattfindet. Allerdings sieht sich der Bundeskanzler protokollarisch höher eingestuft als Chirac, so daß sich auch von dieser Seite aus Probleme ergaben, ins Matignon zu gehen. Chirac teilte daraufhin mit, er könne aus zeitlichen Gründen nicht zum Flughafen kommen, da er den irischen Premierminister FitzGerald und den Parteichef Chinas zu Gast habe.

SEITE 8: Am Anfang stand Rambouillet

Der Bundeskanzler hat daraufhin für die vergangene Woche zwei Termine angeboten und sich auch noch für diese Woche gesprächsbereit erklärt. Chirac hat ihn um Verständnis gebeten, daß er die Terminvorschläge angesichts der Schlußphase der Beratungen im französischen Parlament nicht annehmen könne.

Eine gewisse Verärgerung hat bei Kohl hinterlassen, daß Chirac bei seinem Bonn-Besuch den Deutschen tatkräftige Unterstützung bei ihren Bemühungen um spezielle Hilfen für die Bauern auf der EG-Ebene zugesagt, dann aber die Chirac-Fraktion im Europaparlament gegen die deutschen Wünsche votiert hat.

Unbehagen hat in Bonn auch die Art und Weise ausgelöst, wie französische Stellen zunächst den Besuch von Umweltminister Wallmann in Paris behandelten. Die beiden für Cattenom zuständigen Ressortminister (Industrieminister und Umweltminister) hatten, wie es in Regierungskreisen in Bonn hieß, zunächst Terminschwierigkeiten. Treffen kamen zustande, nachdem es mit dem französischen Botschafter im Kanzleramt eine Unterredung gegeben hatte.

Serben nehmen Albaner in Schutz

Hilfsfonds für politisch Verfolgte / Belgrad führt Propaganda-Feldzug gegen „bürgerliche Rechte"

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In Jugoslawien haben mehrere hundert Personen – darunter Intellektuelle, aber auch einige Arbeiter – die Gründung eines von den Behörden unabhängigen Hilfsfonds für Personen bekanntgegeben, die aus politischen Gründen ihren Arbeitsplatz verloren haben und daher materiell in Not geraten sind. Anlaß zu diesem spektakulärem Schritt ist das Schicksal eines Redakteurs der Parteiwochenzeitung „Kommunist". Dieser war entlassen worden, weil er über das Schicksal der Serben in der mehrheitlich von Albanern bewohnten Provinz Kosovo berichtet hatte.

Vor dem innenpolitischen Ausschuß des jugoslawischen Bundesparlaments sprach Parlamentspräsident Ivo Vrandecic über die Aktivitäten der sogenannten „bürgerlichen Rechten" im Lande. Er beschuldigte die „Rechten", sich auf perfide Weise einiger neuer Organisationsformen zu bedienen. So benutzten die „Rechten" immer häufiger die Form sogenannter Petitionen. Man dürfe allerdings nicht alle Petitionen von Anfang an als „feindlich" betrachten. Es gebe in ihnen auch gute Vorschläge.

Das „Komitee für die Verteidigung der Gedanken- und Meinungsfreiheit" in Belgrad – eine inoffizielle Gruppe prominenter serbischer Intellektueller unter der Führung des bekannten Schriftstellers Dobrica Cosic – hat in einem Brief an das Staatspräsidium und an die Präsidien Serbiens und des Kosovo gegen die strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung junger Albaner protestiert. Diese jungen Leute hätten nichts anderes getan als in Gesprächen ihre Meinung zur Lage der Albaner in Jugoslawien offen kund zu tun oder eine Emigranten-Zeitschrift zu lesen. Aber deshalb seien sie zum Teil zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden. „Eine solche Politik der strafrechtlichen Verfolgung einzelner Albaner wegen des sogenannten Meinungsdelikts dient in keiner Weise der persönlichen und der Rechtssicherheit der Bürger des Kosovo – weder der Albaner noch der anderen", heißt es in dem Schreiben.

Ebenso hat das Belgrader Komitee für Gedankenfreiheit gegen die Diskriminierung und Entrechtung jener Schriftsteller und Intellektuellen protestiert, die seinerzeit mit dem Gesetz in Konflikt gerieten, inzwischen ihre Strafen aber verbüßten und denen noch heute jegliche publizistische Tätigkeit im Inland sowie jedes öffentliche Auftreten widerrechtlich untersagt werden. Einem solchen gesetzeswidrigen Entzug grundlegender verfassungsmäßiger Rechte seien unter anderem immer noch der kroatische Schriftsteller Vlado Gotovac, der ehemalige Tito-Stellvertreter Milovan Djilas, der ehemalige General Franjo Tudjman und als jüngster Fall der soeben aus der Haft entlassene Wojislav Seselj unterworfen.

In der Teilrepublik Slowenien haben unterdessen Arbeiterräte der Energiewirtschaft den Bau des Kernkraftwerkes Prevlaka vorerst gestoppt. Damit wird Jugoslawien den Bau seines zweiten Kernkraftwerkes bis mindestens 1990 aufschieben müssen.

Kohl mahnt friedliche Demonstranten

„Von Gewalttätern fernhalten" / Gesetzliche Änderungen nicht mehr ausgeschlossen

G. BADING, Gifhorn

Bundeskanzler Helmut Kohl schließt gesetzgeberische Maßnahmen im Bereich des Demonstrationsrechtes offenbar nicht mehr aus. Bei einem Besuch des Bundesgrenzschutzes, des ersten, den ein Bundeskanzler bisher unternommen hat, sagte Kohl in Gifhorn, es sei für die Polizeibeamten „absolut deprimierend", wenn bei Demonstrationen festgenommene Gewalttäter „nicht ihrer gerechten Strafe zugeführt" würden. Er wolle noch nicht im Detail über gesetzgeberische Maßnahmen sprechen, sagte der Kanzler. Aber „der jetzige Zustand ist auf die Dauer so nicht haltbar". Einzelheiten wollte der Regierungschef auch auf Nachfrage nicht nennen. Er kündigte aber an, daß die Ergebnisse seiner Gespräche mit der Führung und mit den Beamten aller Dienstgrade des Bundesgrenzschutzes in künftige Entscheidungen einfließen würden.

Der Kanzler bedauerte die allgemein zunehmende Tendenz zur Gewalt. Er wollte zwar einen Zusammenhang zwischen den Gewalttätern bei Demonstrationen und dem Terrorismus nicht direkt herstellen, erinnerte aber daran, daß in den vergangenen Jahren zunächst eine Befürwortung der Gewalt gegen Sachen von „falschen Propheten" gepredigt worden sei, die dann eskaliert sei zur Gewalt gegen Personen und in Einzelfällen wohl auch bis hin zum „blanken Mord". In einer Rede vor der Grenzschutz-Abteilung Nord 3 sagte der Bundeskanzler, zu verurteilen „sind nicht nur die Brutalität der Gewalttäter selber, sondern auch die Einstellung derer, die solche Gruppen in der politischen Auseinandersetzung akzeptieren". Diejenigen, die „durch die Art ihres Protestes eine Subkultur von Gewalttätern geradezu einladen, tragen auch Mitverantwortung für die Folgen des Mißbrauchs ihrer Aktionen".

Der Kanzler appellierte an alle Bürger, sich bei Demonstrationen von Gewalttätern fernzuhalten. „Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung untergräbt unseren demokratischen Staat." Der Bevölkerung müsse klar sein, daß die Polizei bei ihren Einsätzen „nicht lediglich das Kernkraftwerk Brokdorf oder die Baustelle in Wackersdorf verteidigt. Sie schützt dort unseren demokratischen Rechtsstaat insgesamt". Nur durch den Einsatz der Polizei des Bundes, des BGS, und der Polizeien der Länder habe bisher der innere Friede in der Bundesrepublik Deutschland gewahrt werden können.

Bundesinnenminister Zimmermann sagte zu der Frage eines Zusammenhangs zwischen Gewalttätern bei Demonstrationen und Terroristen: „Nicht jeder Gewalttäter ist Terrorist geworden. Aber die allermeisten Terroristen – wir werden das in der nächsten Woche dokumentieren – haben als Hausbesetzer und Gewalttäter bei Demonstrationen begonnen, bevor sie Terroristen wurden." Der Bund werde im nächsten Haushaltsjahr zusätzlich 50 Millionen Mark für die Ausrüstung des BGS und der Polizei ausgeben.

In Israel ermittelt jetzt die Polizei

DW. Jerusalem

Der israelische Generalstaatsanwalt Josef Charisch will eine polizeiliche Untersuchung anordnen, um die Tötung zweier arabischer Autobusentführer im Jahr 1984 aufzuklären. Das sagte Charisch gestern in Jerusalem, nachdem sich das Kabinett gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ausgesprochen hatte. Die beiden Araber befanden sich im Gewahrsam des Geheimdienstes Shin Bet. Dies führte bereits zum Rücktritt des Shin Bet-Chefs Avraham Schalom. Er selbst soll die Anweisung zur Tötung der beiden Araber gegeben und anschließend Beweismaterial gefälscht haben, um seine Agenten vor einer Anklage zu schützen. Die Affäre belastet die Koalitionsregierung in Jerusalem erheblich, da sich der rechtsstehende Likud-Block und die sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen konnten.

Mitterrand setzt sich durch

pr. Paris

Über die Privatisierung von 65 staatlichen Firmen, Banken und Versicherungen wird jetzt doch das französische Parlament entscheiden. Darauf haben sich Staatspräsident Mitterrand und Premierminister Chirac geeinigt. Nachdem Mitterrand sich geweigert hatte, einem Verkauf zuzustimmen, versicherte er nun, der Entscheidung des Parlaments werde er sich fügen. Mit dieser Kompromißformel gelang es, die erste schwere innenpolitische Kraftprobe innerhalb der „Cohabitation" in Frankreich zu vermeiden. Mit dazu beigetragen haben die empfindlichen Reaktionen der internationalen Finanzwelt. Der Franc erlebte gegenüber der Mark einen Währungsverfall, an der Pariser Börse stürzten die Kurse um 3,5 Prozent. Zu den Unternehmen, die privatisiert werden sollen, gehören unter anderem der Elektronikkonzern Thomson und das Chemieunternehmen Rhone-Poulenc.

Für WAA-Festival droht Verbot

lz/DW. München

Die bayerischen Behörden wollen das für Ende Juli im oberpfälzischen Burglengenfeld geplante „Anti-WAAhnsinn-Festival" gegen die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf verbieten. Wegen der räumlichen Nähe zum WAA-Baugelände, das nur 20 Kilometer entfernt liegt, befürchten die Ordnungskräfte gewalttätige Ausschreitungen. Das Münchener Innenministerium warnte vor Gewalttätern, die die etwa 100 000 erwarteten Besucher als Kulisse mißbrauchen könnten. Auf bundesweit verteilten Handzetteln werde für die Veranstaltung als „Rock am Zaun" geworben und als Ort Wackersdorf angegeben. Der frühere Grünen-Bundestagsabgeordnete Otto Schily habe zusammen mit anderen Anwälten die rechtliche Beratung übernommen. Im Ministerium hieß es, die Veranstaltung solle untersagt werden.

Seite 4: Verbot in der Luft

DER KOMMENTAR

Über alles

PAUL F. REITZE

In seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage hat Baden-Württembergs Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder zum Deutschlandlied erklärt, es entspreche den Lehrplänen, „wenn alle Strophen behandelt werden". Flugs wurde ihm unterstellt, er wolle den schulischen Keim für nationalistische Selbstüberhebung legen. Von Auswendiglernen und Singen ist „behandeln" indes weit entfernt.

Aber wäre es denn ein unverzeihlicher Sündenfall, wenn einmal nicht nur die dritte Strophe in einem Klassenzimmer erklingen würde?

Theodor Eschenburg hat völlig zu Recht dazu aufgefordert, die Grammatik ernst zu nehmen: „Deutschland über alles" meint etwas anderes als „Deutschland über allem". Die erste, authentische Version ist Ausdruck der Zuneigung, die zweite wäre in der Tat ein Relikt des 19. Jahrhunderts. Auch Golo Mann ist ein unverdächtiger Zeuge dafür, daß das Deutschlandlied international zumindest nicht negativ aus dem Rahmen fällt.

In den letzten Jahren ist der Text der deutschen Hymne mehrfach literarisch verfremdet worden, teils aus anklägerischem Impetus, teils in offen parodistischer Absicht. Kostproben: „Penne, deutsches Vaterland." – „Was deutscher Fleiß auseinanderfügte, vermag Gott nicht zusammenzuschmieden." Und: „Die deutsche Dummheit ist unteilbar." Alle diese Texte sind in einem Band „Politische Lyrik" zusammengefaßt, der in mehreren Bundesländern zum Schulgebrauch zugelassen wurde. Es fegte damals kein Sturm der Empörung durch den Blätterwald. Das Buch wurde benutzt, als biete es die selbstverständlichsten Unterrichtsmaterialien.

Die Gewerkschaften, vor allem die GEW, rügten besonders harsch den baden-württembergischen Kultusminister. Ihr früheres Schweigen zeigt, was davon zu halten ist. Unsere Hymne ist nicht das Schandmal einer unfreien Gesellschaft, sie ist Symbol unseres Weges.

Golo Mann: Deutschlandlied ist die „zarteste Lyrik"

Historiker stellt sich vor Baden-Württembergs Kultusminister

UR. Bonn

Im Streit darüber, ob an Schulen alle drei Strophen des Deutschlandliedes gelernt werden sollen, hat sich der Historiker Golo Mann vor den baden-württembergischen Kultusminister Mayer-Vorfelder gestellt. Die deutsche Hymne sei „etwas sehr Harmloses", sagte der Historiker den „Stuttgarter Nachrichten". Deshalb könne man auch nichts dagegen haben, wenn in den Schulen alle Strophen gelernt würden, wie Mayer-Vorfelder und auch Ministerpräsident Lothar Späth dies befürworten. Es müsse aber ihre Entstehung erklärt werden, so Mann. Späth sagte, er wolle es den Pädagogen überlassen, ob drei Strophen gelernt würden.

Über den Charakter des „Liedes der Deutschen" sagte Mann, es sei „freudiger, freundlicher und ganz gewiß unkriegerischer" als die französische und englische Hymne mit ihren „aggressiven Texten" und als die „besonders blutrünstige amerikanische" Hymne, „wo das Blut strömt, die Granaten platzen und zum Schluß noch die Fahne steht". Dagegen sei die deutsche Hymne „zarteste Lyrik".

Mann erklärte, seinethalben „könnten alle Hymnen verschwinden", fügte dann jedoch hinzu: „Wenn ich eine gerne erhalten sehen würde, dann wäre es die bayerische, die ist die freundlichste." Die Nationalhymne habe nichts Militärisches. Das umstrittene „über alles" sei nicht so zu verstehen, daß Deutschland besser sei als alle anderen Länder. Mann: „Man sagt ja auch, daß man seine Frau über alles liebt."

Auch der Tübinger Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg hatte sich vor Mayer-Vorfelder gestellt. „Wenn wir eine Nationalhymne haben, dann muß sie auch in der Schule gelehrt werden", so Eschenburg in der „Stuttgarter Zeitung". Im Rückgriff auf seine persönlichen Erfahrungen hatte Eschenburg versucht, eine von Kritikern behauptete Verbindung zwischen dem „Lied der Deutschen" und dem Nationalsozialismus zu widerlegen. Eschenburg: „Hitler mochte ‚Deutschland, Deutschland über alles' nicht." Er habe mit Rücksicht auf Hindenburg die Hymne aber nicht aufgeben können. Es sei eine „historische Fehlleistung", das Deutschlandlied „zu einem Lied der Nazis" machen zu wollen.

Vorbehalte gegen Pflegeversicherung

DW. Bonn

Die privaten Krankenversicherungen sind darüber enttäuscht, daß nach der Bundesregierung nun auch der Bundesrat einen Gesetzesantrag zur Einführung einer Pflegeversicherung einbringen will. Heinrich Frommknecht, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Privaten Krankenversicherung (PKV), drückte in einem Gespräch mit der WELT die Hoffnung aus, „daß in der Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen ist".

Seite 11: Schlechteste Lösung

Im Oktober Urteil über Blockaden?

DW. Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat sich gestern mit dem rechtlichen Problem von Sitzblockaden befaßt. Der Erste Senat will die Frage beantworten, ob der Nötigungs-Paragraph 240 – nach dem die sieben Beschwerdeführer wegen ihrer Teilnahme an Blockaden gegen militärische Einrichtungen zu Geldstrafen verurteilt worden waren – verfassungsgemäß ist. Mit einer Entscheidung ist nicht vor Ende Oktober zu rechnen.

Seite 4: Richter-Blockade

Entdeckt Polizei Fluchtauto der Mörder von Beckurts?

Bundeskriminalamt konzentriert Suche jetzt auf VW-Bus

DW. Wiesbaden

Die Terroristenfahnder haben gestern einen ersten Erfolg bei der Suche nach den Mördern des Siemens-Managers Karl-Heinz Beckurts und dessen Fahrer Eckhard Groppler erzielt: Sie fanden eines der bei dem Sprengstoffanschlag offenbar benutzten Fahrzeuge.

Das Bundeskriminalamt (BKA) teilte gestern mit, man habe einen dunkelblauen VW-Passat mit dem Kennzeichen M-EL 5830 gefunden, der an der S-Bahn-Station Oberhaching abgestellt worden war. Mit dem Fahrzeug, das am 23. Juni in Rosenheim gestohlen worden war, hatten die Diebe rund 600 Kilometer zurückgelegt.

Die Polizei fahndet außerdem nach einem braun- oder goldbraun-metallic-farbenen Audi 80. Ein Zeuge hat ausgesagt, das Auto habe unmittelbar vor der Explosion auf einem kleinen Parkplatz etwa 70 Meter vom Tatort entfernt gestanden und sei anschließend verschwunden gewesen. Zwei weitere Zeugen berichteten, daß sie zwei Tage vor dem Anschlag rund zehn Kilometer südlich von Straßlach einen solchen Audi 80 von der Fahrbahn in eine Wiese abgedrängt hätten. Bei dem Fahrzeug fehle das Audi-Emblem am Kühler und die vordere Stoßstange sei leicht verbogen. Außerdem sei die linke hintere Heckseite verbeult. Die Insassen hätten auf die Erörterung des Vorfalls jedoch keinen Wert gelegt und seien nach kurzem Halt weitergefahren. Das BKA gab bei seinem Bericht keine Beschreibung der Insassen. Zum Zeitpunkt der Karambolage trug das Fahrzeug das Kennzeichen M-AV 3727. Dieses Kennzeichen ist aber nicht für einen Audi 80 ausgegeben.

Außerdem konzentriert sich die Suche der Fahnder auf einen hellen VW-Bus, mit dem die Terroristen möglicherweise drei mit selbsthergestelltem Sprengstoff beladene Gasflaschen auf einem für Fahrräder oder Mofas geeigneten Anhänger zum Tatort gebracht haben.

Die Sonderkommission des BKA in Straßlach hat 10 000 Handzettel mit Informationen über die gesuchten Autos drucken lassen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Falsches Signal

Von Heinz Heck

Die Gewässer sind so zu bewirtschaften, ... daß jede vermeidbare Beeinträchtigung unterbleibt." Ein guter und beherzigenswerter Grundsatz, der sich da in dem nach rund zweijährigen Verhandlungen im Bundesrat verabschiedeten Wasserhaushaltsgesetz findet.

Ein Grund für das endlose Gezerre um den Gesetzentwurf schon vor der Verabschiedung im Kabinett war das Bestreben von Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU), Sondervergünstigungen für die Landwirtschaft herauszuholen. Ihr sollte ein „Wasserpfennig" in Höhe mehrerer Pfennige praktisch schon für die schiere Befolgung des Gesetzes gezahlt werden. Damals konnte Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) diesen – vom Deutschen Bauernverband geforderten – eklatanten Verstoß gegen das Verursacherprinzip vereiteln.

In den Beratungen hat die Koalition nun eine neue Bestimmung (Paragraph 19,4) in den Entwurf eingebracht, die bei der Anordnung erhöhter Anforderungen in Wasserschutzgebieten die Zahlung von Ausgleichsleistungen vorsieht. Wer also dort zum Beispiel gehalten wird, weniger zu düngen, soll entschädigt werden. Zahlungen sollen sich nach der Landesgesetzgebung richten. Die Befürchtung ist nach jüngsten Initiativen zum Beispiel aus Baden-Württemberg durchaus gerechtfertigt, daß hier Begünstigungen Tür und Tor geöffnet wird.

Als Walter Wallmann (CDU) Umweltminister wurde, waren die Beratungen weitgehend abgeschlossen – aber eben noch nicht ganz. Hier bot sich ihm eine glänzende Gelegenheit, klare und strenge Maßstäbe zu setzen. Er sah jedoch in Paragraph 19,4 keinen Verstoß gegen das Verursacherprinzip und hat den Entwurf befürwortet.

Nach der Karlsruher Rechtsprechung ist anzunehmen, daß dieses Gesetz dort keinen Bestand haben wird. Schon 1981 haben die obersten Verfassungshüter in einem Urteil deutlich gemacht, daß das Grundwasser nicht zum – beliebig verwendbaren – Eigentum gehört, daß vielmehr strenge Sozialbindung gilt. Auch vor diesem Hintergrund wäre der neue Umweltminister gut beraten gewesen, gleich ein richtiges Signal zu setzen.

Die berühmte Jüdin

Von Carl Gustaf Ströhm

Dem Marxismus-Leninismus und den fortschrittlichen Sowjetmenschen (vor allem aber den KP-Funktionären) sollten nationale, religiöse oder gar rassische Diskriminierungen fremd sein, weil unter dem Sozialismus alle Menschen gleich zu sein haben. Um so mehr erstaunt es (auf den ersten Blick), wenn der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetrepublik Litauen, Cesnavicius, als eine der Gründe, weswegen Papst Johannes Paul II. nicht nach Litauen und in die UdSSR komme dürfen, anführt, dieser habe die „berühmt gewordene anti-kommunistische Jüdin" – Frau Jelena Bonner, die Frau Sacharows nämlich – in Audienz empfangen.

Ist also ein Papst, der Umgang mit Juden pflegt, für die atheistische Sowjetmacht unerträglich? Oder sind für den stellvertretenden sowjet-litauischen Regierungschef Anti-Kommunismus und Judentum ein und dasselbe? Wohl kaum, schließlich war Urvater Karl Marx selbst, um mit Cesnavicius zu sprechen, ein „berühmt gewordener Jude". So muß man wohl annehmen, daß im real existierenden Sozialismus nach wie vor ein Rassismus real existiert, auf den die angeblich fortschrittliche Führung gern zurückgreift, um Stimmung gegen Mißliebige zu machen.

Zumal da es sich bei Cesnavicius um keinen Einzelfall handelt. Kenner des Sowjetsystems erleben ständig entsprechende Beispiele. Eines der erschütterndsten berichtete der US-Journalist David Shipler („Russia", Times Books). Als er einmal kritisierte, daß im sowjetischen Asien zwischen den dort lebenden Volke der Burjäten und den Großrussen nur wenige „gemischte" Ehen zustandekämen, ließ ihm der Sprecher des Außenministeriums, Wsewolod Sofinskij, zornentbrannt durch einen gemeinsamen Bekannten ausrichten: Wenn Shipler glaube, es gebe dort nicht genug gemischte Ehen, „dann sagen Sie Shipler doch, er solle selbst hingehen und eine von diesen Affen heiraten."

Aber das alles ist dem Marxismus leider nicht so fremd, wie manche Neofortschrittler glauben. Denn der Urvater selbst hat einige fürchterlich antisemitische Schriften verfaßt. Und Diktaturen ist ohnehin jedes Vorurteil recht.

Künstlerpech

Von Joachim Neander

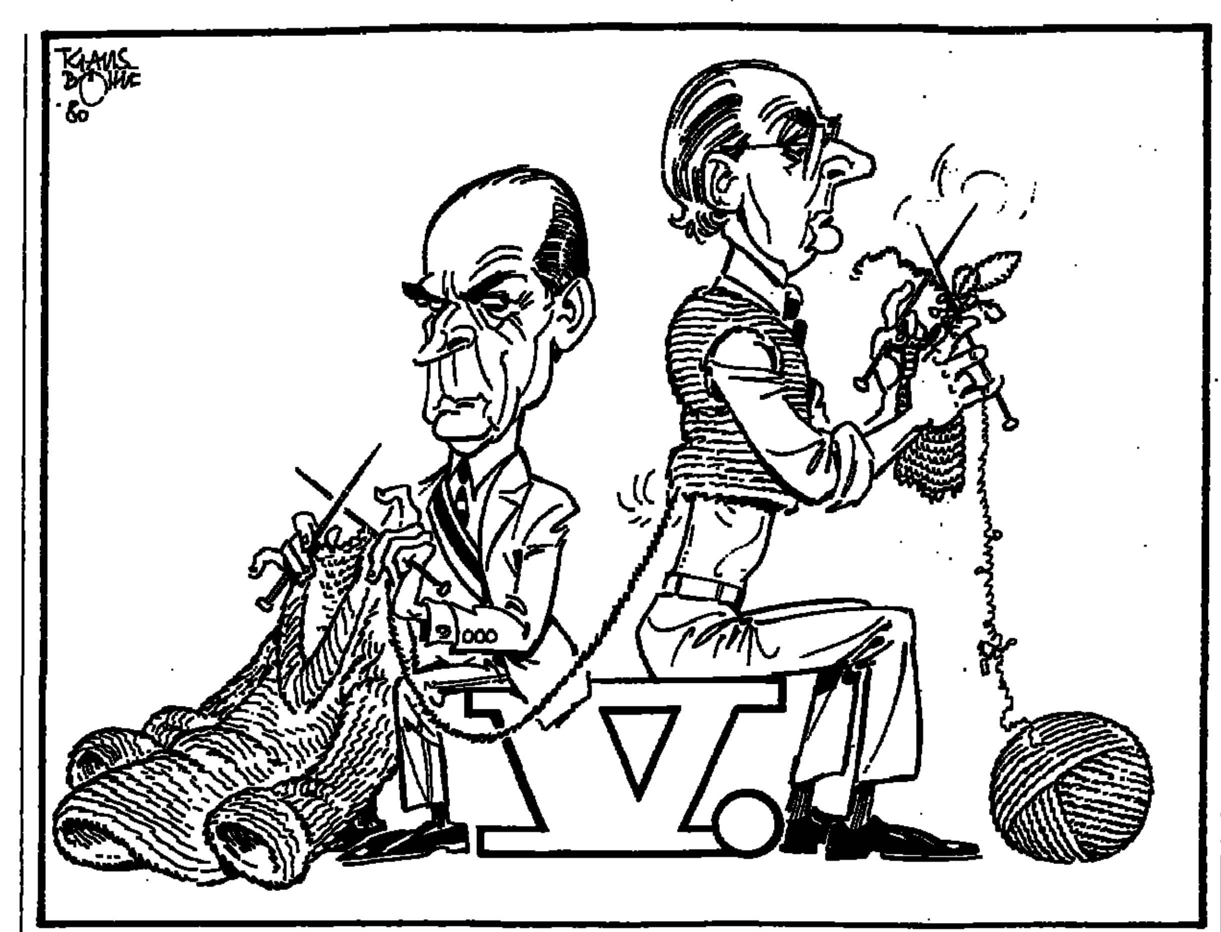
Die Liste der hundert Künstler-Unterschriften unter einen Text zugunsten von Franz Josef Strauß scheint unter den Linken zu wirken wie eine Maus in einem Mädchenpensionat vor hundert Jahren. Sie kriegen sich kaum noch ein vor Aufregung.

Man fragt sich ein bißchen verdutzt, warum denn von Glotz bis „Monitor" jetzt so erbittert um jeden einzelnen angeblich „Überrumpelten" gekämpft wird, wo doch eben dieselben keine Gelegenheit auslassen, an Hand eines berühmten amerikanischen Beispielfalles so hämisch wie hochmütig den Unterschied zwischen der Kunst der hohen Politik und dem Schauspielerberuf zu betonen.

Vielleicht noch interessanter ist die Frage, ob nicht aus einer nachträglich sich meldenden Skepsis einiger Unterzeichner gegenüber dem von ihnen zunächst gebilligten Text gerade ihre besondere Qualität hergeleitet werden muß. Man vergleiche hier bitte mit manchen Resolutionen der Links- und Friedensbewegten: Unsägliches, in Pathos getauchtes Politchinesisch, dahinter – etwas übertrieben – das Telefonbuch einer Kleinstadt, oft genug mit Doubletten, verstümmelten Namen oder offensichtlichen Irrtümern. Nie hat man in der Linkspresse ein Wort darüber gelesen, daß sich einer beschwert hat.

Es ist das Verdienst der CSU, mit diesem Versuch einer eigenen Unterschriftenadresse im Bereich von Künstlern und Intellektuellen den komischen Monopolanspruch der Linken auf dieses Aktionsfeld hervorgelockt zu haben. Gelächter tut wohl. Aber dabei sollte man es nun belassen.

Die Unterzeichner-Demokratie hat ihren Sinn vielleicht auf dem Dorf, wenn Bürger sich über gefällte Bäume beschweren. Daß aber Hunderte von selbständig denkenden Individuen über einen komplizierten Gegenstand der politischen Auseinandersetzung einen fremden Text unterschreiben, also sich mit ihm identifizieren, obwohl sie ihn nicht selber formuliert haben, das trägt ein wenig den Geruch von Kaderdisziplin. Man sollte das den linken Konformisten und Hinterherläufern überlassen.



KLAUS BÖHLE

Drehscheibe Schönefeld

Von Bernt Conrad

Der Zorn der Bundesregierung auf die SED-Führung wächst. Fast täglich weist Kanzleramtschef Schäuble darauf hin, daß der ungehemmte Zustrom von Asylanten über den „DDR"-Flughafen Schönefeld nach West-Berlin und damit in die Bundesrepublik die deutsch-deutschen Beziehungen mehr und mehr belaste. Aber die „DDR"-Regierung kümmert sich nicht darum. Daß sie es könnte, hat sie bewiesen, als sie vor einiger Zeit allen Ausländern, die nicht über ein Einreisevisum Schwedens und Dänemarks verfügen, den Transit in jene Länder untersagt hat. Damit war der Asylantenstrom über Schönefeld und die „DDR" nach Skandinavien gestoppt.

Genau dieses Verfahren hatte die Bundesregierung Anfang des Jahres ebenfalls erbeten. Die „DDR"-Regierung schien darauf auch einzugehen. Denn die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN teilte am 1. Februar 1986 mit, die „DDR" habe einem Ersuchen der Bundesregierung stattgegeben, von diesem Tage an den „Bürgern einer Reihe von Staaten" im Transit nur noch dann die Weiterreise zu gestatten, wenn sie einen Sichtvermerk der Bundesrepublik vorweisen könnten. Das klang passabel.

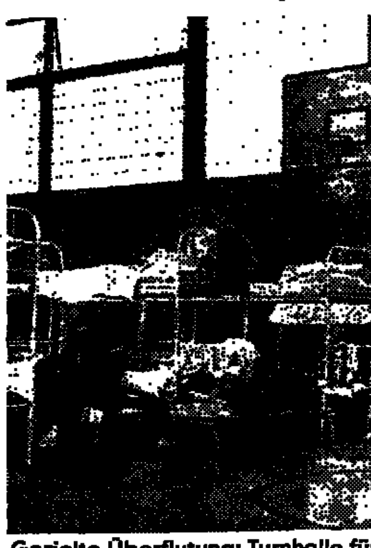
Doch dann kam der Pferdefuß: „Der Transitverkehr nach Berlin (West) wird von den getroffenen Regelungen nicht berührt, da Berlin (West) unter Besatzungsrecht steht und nicht Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und nicht von ihr regiert werden darf", fügte ADN hinzu. Damit war nicht nur der Berlin-Status wieder einmal absolut falsch ausgelegt, sondern auch die von Bonn als Entlastung angestebte Regelung in ihr Gegenteil verkehrt worden. Denn der Bundesregierung ging es ja gerade darum, die Westberliner Eingangspforte in die Bundesrepublik zu verstopfen oder zumindest unter Kontrolle zu bringen.

Das wußte und weiß natürlich auch die SED. Sollten also die immer wieder zu hörenden Hinweise Honeckers auf die Nützlichkeit und Ausbaufähigkeit der deutsch-deutschen Beziehungen einen Sinn haben, dann konnte dem SED-Chef kaum daran gelegen sein, die Bundesregierung durch eine Scheinregelung zu provozieren, die den Asylantenstrom eher noch ansteigen lassen müßte.

So kalkulierte man in Bonn. Daraus resultierte die Hoffnung, Honecker könnte den ADN-Hinweis nur als formelle Bekräftigung seines unveränderten Rechtstandpunkts in der Berlin-Frage benutzt haben, um in der Praxis ganz anders zu verfahren. Eine solche Doppelbödigkeit hatte es schon früher gegeben. Weshalb sollte die „DDR" Ausländer ohne Visum, ungeachtet der östlichen Berlin-Vorbehalte – ebenso wie seit einiger Zeit die Tamilen –, nicht schon auf dem Flughafen Schönefeld abweisen und damit von West-Berlin fernhalten?

Aber der Andrang der über Schönefeld nach West-Berlin geschleusten Asylsuchenden aus aller Welt, die zum größten Teil überhaupt nicht die Vorsaussetzungen politischen Asyls erfüllen, stieg von Monat zu Monat. Die „DDR"-Fluggesellschaft Interflug wirbt sogar, wie das Bundesinnenministerium ermittelt hat, in Ghana für „komfortable" Flüge nach Schönefeld mit sicherem Transit nach West-Berlin.

Was steckt hinter dieser Provokation? Zunächst einmal sozialistisches Profitstreben, denn steigende Passagierzahlen der Interflug bedeuten willkommene Deviseneinnahmen der „DDR". Hier langt auch die Sowjetunion kräftig zu: Ihre Fluggesellschaft Aeroflot befördert ebenfalls viele Asylsuchende aus der Dritten Welt mit dem Reiseziel Bundesrepublik nach Schönefeld und läßt sie von dort nach West-Berlin karren. Hier zahlt sich die Fehlinterpretation des Berlin-Status auch für einen Signatarstaat des Viermächteabkommens in klingender Münze aus.



Gezielte Überflutung: Turnhalle für Asylanten FOTO: DPA

Aber das allein reicht nicht aus, um die Brüskierung Bonns zu erklären. Dahinter muß sich mehr verbergen. Was liegt näher als die Annahme, die SED-Führung und mit ihr der Kreml hätten genau jene negativen Auswirkungen im Sinn, die der Bundesregierung, den Länderegierungen und den Kommunalverwaltungen in der Bundesrepublik soviel Kummer bereiten? Passen nicht finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten als Folge einer uferlosen Zuwanderung von Ausländern nach Westdeutschland exakt in das propagandistische „Wunschbild" eines „von Krisen geschüttelten kapitalistischen Systems"? Könnte eine aus dem Asylantenstrom erwachsende Ausländerfeindlichkeit nicht als willkommene Propagandawaffe gegen die Bundesrepublik verwendet werden? Und muß ein wachsender Streit der demokratischen Parteien über die Notwendigkeit einer Einschränkung des Asylrechts von der SED nicht als Himmelsgabe zur Diffamierung und Schwächung der Bundesrepublik angesehen werden?

Natürlich hat das alles mit der viel beschworenen „Normalisierung" und „guten Nachbarschaft" nichts zu tun. Darum kann es Bonn nicht länger dabei belassen, auf allen Kanälen wachsenden Verdruß nach Ost-Berlin zu signalisieren. Tatsächlich stehen die deutsch-deutschen Beziehungen an einem Scheidewege. Mißachtet die „DDR" weiterhin vitale Interessen der Bundesrepublik – und exakt dies geschieht gegenwärtig –, dann muß das Konsequenzen haben, die auch den Interessen der „DDR" schaden. Darüber sollte Honecker aufgeklärt werden.

Auch den Sowjets gegenüber, die all dies decken, wenn sie es nicht sogar veranlaßt haben, sind klare Worte am Platze. Bundesaußenminister Genscher wird dazu in wenigen Tagen in Moskau Gelegenheit haben.

IM GESPRÄCH Pater Groer

Marias Anwalt

Von Astaf Domberg

Zehn Monate lang drehten sich Mutmaßungen und Gerüchte um die Frage, wen Papst Johannes Paul II. als Nachfolger des aus Altersgründen zurückgetretenen Kardinals Franz König zum Erzbischof von Wien ernennen werde. Man sprach von hochkarätigen kirchlichen Diplomaten auf dem Gebiet der von König forcierten Ostpolitik, von Bischöfen und Weihbischöfen, von Gelehrten der katholischen Theologie. Nun wird es keiner von ihnen – statt dessen steht die Ernennung eines, wenn man so will, einfachen Geistlichen und Ordensmannes bevor: des vierundsechzigjährigen *Benediktinerpaters Hans Groer* (Pater Hermann).



Überraschende Ernennung: Neuer Wiener Erzbischof Groer FOTO: GURER

Groer scheint auf den ersten Blick nach Herkunft, Laufbahn und auch nach den bisherigen Schwerpunkten seiner Tätigkeit das genaue Gegenteil seines Vorgängers zu sein. War Kardinal König ein eminent politischer und gesellschaftlich-politischer Oberhirte – zumindest, was seine Bereitschaft betraf, sich mit anderen Lehren auseinander- und zusammenzusetzen –, so hat Groer viel eher auf der inneren Linie der Kirche gewirkt. Vor allem vertritt Groer – und das mag für seine Ernennung durch den polnischen Papst ausschlaggebend gewesen sein – eine deutlich akzentuierte Marien-Verehrung.

Der 1942 zum Priester geweihte Wiener belebte das seit den Zeiten Kaiser Josefs II. brachliegende Marien-Heiligtum im niederösterreichischen Maria Roggendorf aufs neue und machte daraus einen Wallfahrtsort, wobei er bestrebt war, alles Kommerzielle und Triviale fernzuhalten. Er spielt auch im Göttweiger Kreis eine besondere Rolle: Das Stift Göttweig bei Krems ist ein Zentrum der Benediktiner in Österreich. Groer propagierte die „marianische Spiritualität" des Katholizismus.

Dem Papst ist Groer persönlich, wie der Pater versichert, noch niemals begegnet. Um so größer war für den Benediktiner die Überraschung, als ihm die Berufung mitgeteilt wurde. Zuerst wollte er die Nachricht nicht glauben. Richtig ist allerdings, daß Johannes Paul II. – dessen Verehrung für die Mutter Gottes bekannt ist – noch als Erzbischof von Krakau in das von Groer betreute österreichische Heiligtum pilgern wollte, wozu es dann allerdings durch die Papst-Wahl nicht mehr gekommen ist. Jedenfalls scheint er den Weg des auch in Kirchenkreisen nicht sehr bekannten Paters verfolgt und nicht aus den Augen verloren zu haben.

Noch bevor Groer sein Amt antritt – wobei ihm die österreichische Regierung, die nach den Bestimmungen des Konkordats ein Mitspracherecht hat, keine Hindernisse in den Weg legen wird –, melden sich bereits Stimmen, die von einer „Wende" im österreichischen Katholizismus und von einer konservativen Machtergreifung sprechen. Sicher dürfte eines sein: Groer wird die Akzente anders setzen als König.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Das Urteil des Verfassungs-Gerichts zu den Parteispenden beherrschte die deutschen Zeitungen:

Saarbrücker Zeitung

Die Richter haben der Tendenz nachgegeben, die auf eine immer umfassendere staatliche Finanzierung der Parteiarbeit hinausläuft ... So geht von diesem Urteil weder ein durchgreifender Sparzwang aus noch die Notwendigkeit, eine grundlegende Neuordnung der Parteienfinanzierung in Angriff zu nehmen.

WIESBADENER KURIER

Die Schöpfer des Parteienfinanzierungs-Gesetzes stehen zwar nicht total blamiert da. Aber diese erneute Zurechtweisung durch Karlsruhe sollte sie veranlassen, nun endlich vom Pfad der Tugend nicht mehr abzuweichen.

General-Anzeiger

Die Karlsruher Richter stellten nüchtern fest, was von den Parteien selbst stets in Abrede gestellt wird: daß nämlich die Möglichkeit der Einflußnahme durchaus mit der Höhe der Spende wachsen kann. (Bonn)

Eßlinger Zeitung

Die erhöhte Wahlkampfkosten-Erstattung wurde nicht angetastet. Die parteinahen Stiftungen blieben ungeschoren. Die Steuermittel können also weiter fließen.

Fuldaer Zeitung

Interessant ist die Reaktion Otto Schilys und seiner Freunde: Sie wollen nun ebenfalls eine Stiftung aufbauen, um aus dem großen Topf der Steuergelder einen gehörigen Batzen zu erhalten. Konsequent ist das nicht, denn sie hatten doch genau dagegen geklagt.

SÜDWEST PRESSE

Insgesamt sind Union, SPD und FDP, die 1983 die Neuregelung der Parteienfinanzierung betrieben haben, noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. Sie haben die vor drei Jahren zu kurz gewordene Finanzdecke zumindest ein Stück erweitern können. (Ulm)

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Das Bundesverfassungsgericht hat im Dschungel der Parteienfinanzierung einige Äste gekappt, aber keine Lichtung geschlagen. Den Widerspruch zwischem dem deutschen Hang, auch auf diesem Gebiet „Gerechtigkeit" um den Preis der Bürokratie verwirklichen zu wollen, und aus der daraus resultierenden Fehlentwicklung heillos verflochtener Partei- und Staatsfinanzen konnten auch die obersten Richter nicht auflösen. Je strenger man nämlich den Parteien die Möglichkeit beschneidet, sich aus Spenden zu finanzieren, desto mehr verführt man sie dazu, sich aus der Staatskasse zu bedienen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Es bedarf keiner großen Prophetengabe, um vorauszusagen, daß die Parteien mit Geldeinbußen rechnen müssen, denn die Spendenfreudigkeit wird durch dieses Urteil sicherlich nicht gefördert.

Das Licht am Ende des Vietnam-Tunnels verlischt

Mit Truong Chinh dürfte das Ende der Reformen kommen / Von Thomas West

Der Tod Le Duans und der Stabwechsel zu seinem Erzrivalen, dem neunundsiebzigjährigen Truong Chinh, erfolgte in einem Augenblick, da sich am Ende des Tunnels ein Schimmer Licht abzuzeichnen begann, der nun vermutlich schnell wieder erlischt.

Beide Spitzenkader waren Führer von Fraktionen, deren gegenseitige Konflikte zuletzt kaum noch vor der Öffentlichkeit verborgen werden konnten.

Beide waren sich zwar noch einig gewesen, als es, nach dem Sieg von 1975, um die Entscheidung über drei Schlüsselfragen ging: ob Vietnam sofort oder erst im Laufe der Jahre wiedervereinigt, ob es „sozialisiert" oder für einen besonderen Weg freigegeben und ob gegenüber den beiden Nachbarländern Laos und Kambodscha eine „Sonderbeziehungs-" oder aber eine Selbständigkeits-Lösung angestrebt werden sollte. Bekanntlich hatten sie sich damals einhellig für die jeweils erstere und damit radikalere Option entschieden.

Als dann jedoch die südvietnamesische Bevölkerung mit passivem Widerstand reagierte, die Wirtschaft vollends zusammenbrach, in Kambodscha ein Guerrilla-Krieg aufflammte und im Frühjahr 1979 gar noch der mächtige Erzrivale China mit einem „Erziehungsfeldzug" zuschlug, begannen sich die Wege der beiden Fraktionen wieder zu trennen. Beide waren sich zwar nach wie vor darin einig, daß die „Sonderbeziehungen" zu Kambodscha und Laos aufrecht zu erhalten und die rasche Wiedervereinigung weiter zu betreiben sei, sie entzweiten sich jedoch über die Frage der sozio-ökonomischen Weichenstellung.

Die Le Duan-Fraktion schwenkte damals auf Reformkurs und plädierte für die Einführung des sogenannten Produktvertragssystems in der Landwirtschaft, das den Bauern materielle Anreize einräumte. Sie konnten nämlich mit ihrem Kollektiv vertraglich einen Ablieferungspflichtteil aushandeln, über den hinaus sie alle Überschüsse einbehalten durften. Die Zeit war damals günstig für solche Reformen; hatte China doch gerade vorexerziert, welche Dynamik in der Landwirtschaft steckte, sobald sie sich erst einmal von der Vormundschaft der Parteibürokratie emanzipierte.

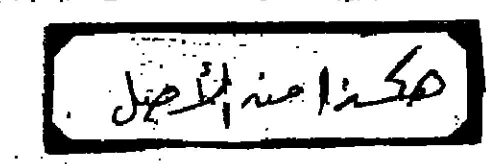
Das Jahr 1979 wurde so zum Ausgangspunkt der vietnamesischen Landwirtschaftsreformen, denen die Truong Chinh-Fraktion jedoch sogleich in die Parade fuhr. Dieser Widerstand war so effizient, daß Le Duan das Reformschiff erst fünf Jahre später wieder flott machen konnte. Das 6. Plenum des Zentralkomitees (Juli 1984) brachte nun Impulse für die Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung, das 7. Plenum (Dezember 1984) dekretierte einen Kurs der bewußteren Integration von Industrie und Landwirtschaft und das 8. Plenum (Juni 1985) ging gar ans Eingemachte, indem nämlich eine Dreierreform bei den Preisen, den Löhnen und der Währung in Richtung auf bewußtere Anpassung an Marktmechanismen beschlossen wurde.

Nie hatte die Führung sehnsüchtiger auf Erfolg gehofft als 1985; denn in eben diesem Jahr feierte man vier Jubiläen, nämlich den 55. Gründungstag der KP Indochinas, den 40. Jahrestag der Staatsgründung, den 10. Jahrestag des Sieges über Saigon und den Beginn des 3. Fünfjahresplans (1986/90). Der kühnen Preisfreigabe folgte jedoch binnen drei Monaten die Katastrophe: Während die Produktion stagnierte, schossen die Preise in die Höhe, so daß die Regierung eine Vollbremsung durchführen, erneut Bezugsscheine austeilen, gegen den „Schwarzmarkt" vorgehen und wieder einmal zum Kampf gegen sogenannte Wirtschaftsverbrechen antreten mußte. Dabei erfaßten die einschlägigen Tatbestände im Grunde genommen jedermann, der die Aufrufe zu Eigeninitiative und Unternehmertum allzu wörtlich genommen hatte. An die Stelle von Wirtschafts- trat also mit anderen Worten erneut Planpolitik.

Damit aber hatten auf einmal wieder jene Kräfte Oberwasser, die schon immer vor Reformschritten gewarnt hatten – an ihrer Spitze Truong Chinh, der jetzt neu ernannte KPV-Generalsekretär.

Die Ernennung Chinhs ist eine Andropow/Tschernenko-Lösung. Sie kann nicht von Dauer sein; allein schon aus biologischen Gründen. Sie zeigt aber, daß die Reformgegner inzwischen wieder Aufwind bekommen haben.

Wie paradox die Situation heute ist, geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß Chinh, ein alter Bewunderer Chinas, der sich einen Revolutionsnamen nach chinesischem Schnittmuster zulegte („Langer Marsch"), heutzutage zum Hauptrivalen des chinesisch inspirierten Reformkurses geworden ist. Umgekehrt wurde demgegenüber Le Duan, jahrzehntelang Gegner der China-Nachahmung, gegen Ende seines Lebens immer „chinesischer". Aber Vietnam braucht nicht Paradoxa, sondern Perspektiven.



Westliche Geheimdienste zu Tschernobyl: Ein Fehler bei Routine-Arbeiten löste eine Kette unglücklicher Ereignisse aus

Die Tage von Tschernobyl – eine Katastrophe im Detail

Wie hat die Katastrophe von Tschernobyl sich entwickelt? Nach den Erkenntnissen westlicher Geheimdienste begann sie mit einem fehlerhaften Routine-Eingriff – bis eine Mischung aus Unglück und, anscheinend, Ungeschicklichkeit den GAU, den Größten Anzunehmenden Unfall, herbeiführte.

Die Jahresrevision war für Ende April oder Anfang Mai vorgesehen; dementsprechend wurde der Block 4 mehrere Tage vor dem unheilvollen 26. April 1986 planmäßig für Wartungs- und Reparaturarbeiten aus dem Betrieb genommen. Bei dieser Gelegenheit wurden „Experimente" veranstaltet, über die man bisher nichts Näheres erfahren hat. Aber es gibt den Hinweis, daß Versuche unternommen wurden, Kühlprobleme zu überwinden, die infolge eines Konstruktionsfehlers aufgetreten waren. Man weiß nur, daß der stellvertretende Direktor des Kurtschatow-Instituts bei einer Pressekonferenz am 5. Juni bekanntgab, Turbinentests seien vorgenommen worden, um das Verhalten der Turbinen bei ungewöhnlichen Betriebs-Situationen zu untersuchen. Seine Glaubwürdigkeit gewann allerdings nicht dadurch, daß er behauptete, es gebe keine Anzeichen für das Schmelzen des Kernbrennstoffs. Diese Angabe ist widerlegt.

Die Tests scheinen etwa 17 Stunden vor der Katastrophe angelaufen zu sein. Während dieser Tests – man weiß nicht wann – beging die Betriebsmannschaft Steuerfehler. Sie versuchte, diese Fehler zu korrigieren. Dabei wurden falsche Bewegungen mit Reaktorkontrollstäben/Brennelementen vorgenommen. Das löste die fatale Ereigniskette aus.

Eine unkontrollierte lokale Kettenreaktion

Sie begann, angeblich ohne irgendein warnendes Anzeichen, mit einem lokalen Leistungsanstieg von etwa sechs bis sieben Prozent (was 70 Megawatt entspricht) auf circa 50 Prozent der Maximalleistung (500 Megawatt) in zehn Sekunden. Der Vorgang war eine unkontrollierte lokale Kettenreaktion. Damit gab es eine Überhitzung von Brennstoff, Hüllrohren und Kühlmittel in diesem Block, der eine Kühlwasserverdampfung und Dampfdruckerhöhung folgten. Dem dürfte sich eine weitere Verstärkung der Kettenreaktion durch die Dampfbildung mit fortgesetzter Überhitzung angeschlossen haben. Und das führte zu einer Dampfexplosion.

Die Folgen waren verheerend: Brennelemente und Druckrohre brachen, zumindest teilweise brach der geschlossene Reaktorbehälter; ein Dampfstrahl trat aus – dabei dürfte es zu ersten Schäden an oder jedenfalls in der Reaktorhalle gekommen sein. Dadurch wiederum wurden radioaktive Stoffe freigesetzt (im Fachjargon: kleine Emission); im wesentlichen handelte es sich um Spaltgase und Kühlwasseraktivität.

Die Explosion führte dazu, daß die Kühlung am Block 4 weiter versagte und daß weitere Kühlmittel verlorengingen; der Reaktorkern wurde weiter aufgeheizt, und man darf vermuten, daß Luft in den Kern-Bereich eindrang. Reaktionen zwischen Uran, Zirkon, Graphit, Wasser und Luft führten zur Bildung von Wasserstoff und Kohlenmonoxid, das in der Reaktorhalle austrat. Aus Sauerstoff und Wasserstoff bildete sich Knallgas. Dessen Entzündung führte zur eigentlichen Katastrophe, zur zweiten Explosion in der Reaktorhalle. Es ist 23.23 Uhr mitteleuropäischer Zeit am Freitag, den 25. April 1986; 1.23 Uhr Ortszeit am Samstag, den 26. April.

Durch diese Explosion wurde die Kettenreaktion abgebrochen. Das Reaktorgebäude wurde schwer beschädigt. Ein Teil des Daches wurde weggefegt; Seitenwände stürzten ein; der Feuerball setzte das Dach der Reaktorhalle in Brand, Trümmer durchschlugen das Dach der Maschinenhalle. Heißer Graphit und Kernbrennstoff wurden herausgeschleudert und setzten die Beschichtung des Hallenbodens ins Brand. Die Brennelement-Wechselmaschine stürzte auf den Reaktorkern und verursachte dort zusätzliche schwere Zerstörungen. Aus dem Reaktorkern lief Wasser und überflutete Kabelschächte. Dann fiel die Stromversorgung aus, die Hauptkühlmittelpumpen blieben stehen, damit funktionierte das Kühlsystem nicht mehr. Gleichzeitig versagte das Notkühlsystem. Entweder fielen die Notstromdiesel aus oder die Notstromversorgung wurde unterbrochen.

Dadurch wiederum wurde ein zweiter Schub radioaktiver Stoffe freigesetzt; es gab eine massivere Emission mit Spaltprodukten als nach der ersten Explosion. Die Explosionswolke ist schätzungsweise 500 bis 1500 Meter hochgestiegen. Offiziellen Angaben zufolge starben zwei Menschen auf der Stelle, während 18 Personen schwer verletzt wurden. Allerdings gab es zwei nachrichtendienstliche Meldungen unabhängig voneinander, die von 13 sofort getöteten Menschen sprachen.

Minuten nach dieser zweiten Explosion verließ das Betriebspersonal das Gelände, zum Teil panikartig, ein Teil wurde wohl auch systematisch evakuiert. Außerdem wurden die Reaktorblöcke 1 bis 3 abgeschaltet. Man begann mit der Brandbekämpfung, für die zunächst 28 Feuerwehrleute aufgeboten wurden – und zwar, auch wenn man es sich kaum vorstellen kann, ohne Schutzanzüge.

Eine Stunde nach der zweiten Explosion trat das Führungspersonal in Pripjat zusammen. Noch eine halbe Stunde, und der Brand in der Reaktorhalle war gelöscht. Aber der Dachbrand ging weiter. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß er zeitweise auf das Dach von Reaktorblock 3 übergriff; jedenfalls bedrohte er die Turbinenhalle.

Drei Stunden nach der zweiten Explosion wurde Moskau informiert; eine Sicherheits-Kommission trat zusammen, vermutlich in Moskau selbst. Ein massiver Anstieg der Radioaktivität in der Luft wurde um diese Zeit von einer Meßstation bei Tschernobyl registriert. Vier Stunden nach der Katastrophe machte sich eine Ärztegruppe in Moskau zum Abflug ins Unglücksgebiet bereit. Mittlerweile konnte der Gebäudebrand gelöscht werden. Aber die Notkühlung ließ sich nicht mehr in Gang bringen, wahrscheinlich war eine Wasserkühlung wegen der furchtbaren Hitze auch nicht möglich. So heizte der Kernreaktor sich weiter auf. Und nun entzündete sich, wiederum einige Stunden später, der Graphit. Graphitfeuer und Kernschmelze setzten ein. Durch das Graphitfeuer wiederum begann die dritte Freisetzung radioaktiver Produkte. Außerdem dürfte eben dies Graphitfeuer im Verlauf der folgenden Tage weitere lokale Kettenreaktionen mit weiteren Freisetzungswellen ausgelöst haben.

Nach einer ersten Schätzung gab es einen Austritt an radioaktiver Strahlung von etwa 2500 rad/h in den ersten Stunden 100 Meter vom Unglücksreaktor entfernt. Die Wolke aus radioaktivem Niederschlag und Ruß zog zunächst in west-südwestlicher Richtung ab. Dorthin wurden zunächst die hochaktiven Teilchen geschleppt und abgelagert. Später drehte der Wind sich und trug die Wolke mit den Emissionen nach Norden – in Richtung Polen und schließlich Skandinavien.

48 000 Menschen werden am 27. April evakuiert

Die ersten Schätzungen dessen, was an Radioaktivität freigesetzt wurde, gehen von der Annahme aus, daß bis zu 20 Prozent des Kernbrennstoffs in die Atmosphäre gelangten. Die sowjetischen Behörden gaben allerdings nur drei Prozent an. Letzte Sicherheit ist wohl erst nach einem Einblick in den zerstörten Kern möglich.

Nun wurde die Staatsführung aktiv. Am Nachmittag des 26. April begab sich eine Regierungsdelegation aus Moskau nach Tschernobyl. In derselben Nacht wurden Evakuierungslisten vorbereitet. Am nächsten Tag wurde die höchste Radioaktivität am Unglücksort gemessen. Am Nachmittag des 27. April wurde die Einwohnerschaft von Pripjat sowie die Bevölkerung im Umkreis von etwa zehn Kilometern um das Kernkraftwerk evakuiert; es sollen rund 48 000 Menschen gewesen sein.

Am 27. April war erstmals ein anderes Land betroffen: die radioaktive Wolke wurde über Nordost-Polen nachgewiesen. Am Morgen des 28. April gab es Alarm im Kernkraftwerk Forsmark in Schweden. Aber an diesem Tage leugneten sowjetische Funktionäre gegenüber Schweden, etwas von einem Kernkraftwerks-Unfall zu wissen. Am Abend des 28. April ließ dann eine beim Ministerrat der UdSSR eingerichtete Sonderkommission über die Agentur Tass und über das Fernsehen eine erste Kurznotiz verbreiten.

Am 29. April wurden jegliche Telefon- und Pressekontakte nach Kiew und ins Unglücksgebiet unterbunden. Maßnahmen wurden eingeleitet zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung, zur Sicherung der Nachwärme-Abfuhr im Reaktor, zur Bekämpfung des weiterhin fressenden Graphitfeuers, zur Senkung der weiteren Freisetzung von Radioaktivität und zur Beseitigung radioaktiver Verunreinigungen (Dekontamination). Erste Bemühungen um Hilfe durch das Ausland wurden unternommen. Um Block 1 bis 3 kümmern sich drei Schichten zu je 50 Mitarbeitern. In Schweden ergab eine Analyse des radioaktiven Niederschlags mittlerweile, daß eine Kernschmelze erfolgt ist. (Später, am 13. Mai, gab Schweden bekannt, daß die von Wissenschaftlern festgestellte Zusammensetzung der Plutonium-Isotope auf eine nicht-militärische Nutzung des Reaktors schließen lasse.)

In den ersten Mai-Tagen wies die UdSSR Berichte über die angebliche Stillegung aller Druckröhren-Siedewasser-Reaktoren vom Typ Tschernobyl als Falschmeldung zurück. Am 2. Mai besuchten der sowjetische Ministerpräsident Ryschkow und andere Funktionäre das Unglücksgebiet. Vielleicht hat er sie veranlaßt: Jedenfalls begann die Evakuierung einer Dreißig-Kilometer-Zone um das Kernkraftwerk.

Zwei Wochen nach Beginn des Unfalls entstand diese Luftaufnahme des Kernkraftwerks Tschernobyl mit dem zerstörten Reaktorblock (Pfeil)
FOTO. CAMERA PRESS

Mit Hubschraubern gegen das Graphitfeuer

Hubschrauber wurden eingesetzt (wahrscheinlich schon seit dem 27. April), um zur Bekämpfung des Graphitfeuers und zur Reduzierung der Freisetzung radioaktiver Stoffe Sand auf den brennenden Reaktor abzuwerfen, vermischt mit Lehm, Bor und Blei. Insgesamt werden es schließlich 5000 Tonnen sein. Inzwischen hatte sich der Wind wieder gedreht. Nun trug er Radioaktivität in Richtung Kiew. Dort wurden die Bevölkerung erstmals gewarnt und erste Vorsichtsmaßnahmen ergriffen.

Am 7. Mai ist die Evakuierung der Stadt Tschernobyl abgeschlossen. Aus der Dreißig-Kilometer-Zone sind über 90 000 Einwohner evakuiert worden. Erstmals wurde zugegeben, daß das Grundwasser radioaktiv verseucht ist. Man errichtete Dämme, um den Fluß Pripjat vor dem Zufluß verseuchten Wassers über Kanalisation, Kühlwasserbecken oder natürliche Zuflüsse zu schützen. Zur Bekämpfung der drohenden weiteren Wasserverseuchung wurden Bindemittel auf Gebäude und stark verseuchte Erde aufgesprüht; die Rede ist von aushärtendem Flüssigkunststoff und -glas. Im Kernkraftwerksgelände und im Ort Pripjat wurde ein Teil der obersten Erdschicht abgetragen.

Noch immer waren Befürchtungen nicht ausgeräumt, der Kern könne infolge der Probleme bei der Nachwärmeabfuhr und/oder des Zusammenbrechens der Strukturen wegen der hohen zusätzlichen Belastungen durch die Sandmasse die Betonböden durchschmelzen. Man mußte auch mit einem Absinken des Kerns in die möglicherweise noch gefüllten Wasserbecken unterhalb der Struktur und daraufhin mit erneuten explosionsartigen Reaktionen rechnen. So wurde der Plan gefaßt, den Reaktorkern mit einer Betonplatte zu unterfangen, die gleichzeitig als Grundplatte für einen vollständigen Betoneinschluß dienen sollte. Den Zugang wollte man durch einen etwa 160 Meter langen Tunnel mit einem Eingang ostwärts von Block 3 ermöglichen. Außerdem sollte der Beton-„Sarg" zur Nachwärmeabfuhr mit einem Kühlsystem versehen werden.

Am 9. Mai erfolgte die offizielle Meldung, das Graphitfeuer sei „praktisch" gelöscht. In den nächsten beiden Tagen versicherten Funktionäre, daß eine entscheidende Wende zum Besseren eingetreten sei, weil die Durchschmelzgefahr gebannt und das Graphitfeuer gelöscht sei. Inzwischen habe man das Wasserbecken unter dem Reaktorkern geleert, der Kern werde mit Stickstoff gekühlt, seine Temperatur betrage um 300 Grad Celsius. Nun gehe es um Dekontamination und Beton-Einschluß des Reaktors. Block 1 bis 3 sollen schnellstmöglich wieder in Betrieb genommen werden.

Am 14. Mai trat Gorbatschow nach langem Schweigen im sowjetischen Fernsehen auf. Einen Tag später wurden die Schulkinder in Kiew vorzeitig in die Ferien entlassen und in Ferienlager verschickt. Nach offiziellen Angaben betrug danach die Strahlendosis-Leistung in Kiew 0,3 mrem/h (dies ist etwa das Dreißigfache des Normalwertes). Am 20. Mai berichtete die Regierungszeitung „Iswestija" zum ersten Mal über Massen-Evakuierungen im Bezirk Gomel nördlich von Tschernobyl. Außerdem gab die Sonderkommission bekannt, daß bis zum 15. Juni die wichtigsten Dekontaminations-Arbeiten in der Dreißig-Kilometer-Zone beendet sein sollten; der Beton-Einschluß des Reaktors sollte um diese Zeit ebenfalls abgeschlossen sein. Sehr realistisch war diese Zielsetzung nicht.

Am 21. Mai behauptete eine sowjetische Zeitung, daß zehn Meter des Tunnels fertiggestellt seien. Laut Parteizeitung „Prawda" dürfen die Evakuierten 1986 nicht mehr in ihre bisherigen Wohnungen zurückkehren. Man hörte von Plänen zur Errichtung einer neuen Siedlung, welche die Stadt Pripjat ersetzen soll. Das Kernkraftwerks-Personal (später mit Familien) ist in Hausbooten auf dem Fluß Pripjat untergebracht. Am 26. Mai gab die Sonderkommission den Abschluß der Untersuchungsarbeiten und den Beginn der Datenauswertung bekannt; erste Ergebnisse wurden für Mitte bis Ende Juli 1986 angekündigt. Am 30. Mai hieß es, daß die großen Trümmerstücke abgeräumt und eingelagert seien. Am 2. Juni sollen Sprengarbeiten zum Durchbruch der Fundamente von Block 4 begonnen haben.

Nach offiziellen Angaben sind zu den zwei Toten zu Beginn des Unglücks bis zum 6. Juni 24 Strahlentote hinzugekommen. 187 Personen wurden wegen Strahlenschädigungen verschiedener Grade in Krankenhäusern behandelt; davon befinden sich 80 in ernstem Zustand.

Moskau steht vor einem Berg von Problemen

Für die kommenden Monate stellen sich – neben der Lösung von Problemen im Zusammenhang mit der Evakuierung von mittlerweile wohl mehr als 100 000 Personen (Unterbringung, Versorgung, Arbeitsplätze, medizinische Betreuung und so weiter) – folgende Aufgaben:

- sicherer Einschluß des Unglücksreaktors,
- zuverlässige Nachwärme-Beseitigung,
- genaue Feststellung des Zustandes im Inneren des Reaktors,
- Dekontamination insbesondere des Kernkraftwerks-Geländes mit seinen verschiedenen Anlagen,
- Beseitung des hochradioaktiven Abfalls,
- Verhinderung einer weiteren Verbreitung der Radioaktivität,
- Ersatz der ausgefallenen Kapazität zur Elektrizitäts-Produktion,
- Wiederinbetriebnahme der Blöcke 1 bis 3 (vor allem Block 3 bedarf einer gründlichen Überprüfung; es könnten aber auch an Block 1 und 2 die Brennelemente durch unzureichende Kühlung nach Abschaltung Schaden genommen haben),
- schließlich die Analyse des Unfall-Herganges; dabei sind Schlußfolgerungen auszuarbeiten und umzusetzen, was die Betriebsvorschriften betrifft, die Ausbildung des Betriebspersonals, die Konstruktion des Tschernobyl-Typs, eventuelle Nachrüstungen – und die Reaktorsicherheits-Philosophie im Kernenergie-Programm mit Fragen der Standortwahl und der Anlagenhäufung an einem Standort generell.



Anfang Juni in der Nähe des Unfallorts: Ferngesteuerte Bulldozer tragen verseuchte Erdschichten ab
FOTO: DPA

Die Besetzer kamen im Fahrstuhl

hy. **Hamm**

Sechs Umweltschützer haben am frühen Dienstag morgen den Trokkenkühlturm des Thorium-Hochtemperaturreaktors von Hamm-Uentrop (THTR 300) erstiegen und besetzt. Sie erklärten, sie seien in „friedlicher Absicht" gekommen und verlangten die sofortige Stillegung des THTR und aller Atomanlagen in der Bundesrepublik sowie einen Baustopp der Arbeiten in der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf. Sie bezeichneten sich als Mitglieder eines „Arbeitskreises Gegengift e.V." aus Herford. Die sechs Kletterer hißten an der Spitze des Kühlturmes ein Transparent mit stilisierter Sonne und geballter Faust. Die 180 Meter hohe Anlage steht etwa 300 Meter außerhalb des THTR und gehört nicht zu den sicherheitsrelevanten Teilen des Reaktors. Er ist mit einem einfachen Maschenzaun umgeben, den die Umweltschützer gegen 6.30 Uhr überstiegen. Sie waren dann mit dem Fahrstuhl den Turm hinaufgefahren, nachdem sie die Tür dazu aufgebrochen hatten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Auch Richter könnten blockiert werden..."

Der „Berichterstatter" Simon erntete Unverständnis

HENNING FRANK, **Karlsruhe**

Dürfen Sitzblockaden vor militärischen Einrichtungen wie Verstöße gegen die Straßenverkehrsregeln als „Ordnungswidrigkeiten" geahndet werden? So absurd sich diese Frage anhört, sie wurde in der mündlichen Verhandlung des Sitzblockadeverfahrens vom Berichterstatter des 1. Senats, Helmut Simon, gestellt. Und nicht nur das. Das Mitglied des Präsidiums des Evangelischen Kirchentages, das aus seiner Sympathie gegenüber der Friedensbewegung nie einen Hehl gemacht hat, hielt es auch in seinem Sachbericht zu Beginn der *mündlichen Verhandlungen des* Grundrechtsenats für nötig, sich ausführlich mit dem Protest gegen den „heftig umstrittenen" NATO-Doppelbeschluß zu befassen.

Dabei betonte Simon, daß die Teilnehmer an den Protestaktionen gegen militärische Einrichtungen, die in Gestalt von „symbolischen Blockaden" und „begrenzten Regelverletzungen" durchgeführt wurden, ihr Vorgehen als gewaltfrei verstünden. Daß Simon den Senat veranlaßte auch Stellungnahmen des Forschungsinstituts für Friedenspolitik der Berghoff-Stiftung oder des Instituts für Sicherheitspolitik und Friedensforschung zu verfassungsrechtlichen, verteidigungspolitischen und militärischen Problemen der Stationierung sowie zur Problematik „gewaltfreier symbolischer Aktionen des zivilen Ungehorsams" einzuholen, stieß besonders beim bayerischen Justizminister August R. Lang auf wenig Verständnis – zumal das dienstälteste Mitglied des Grundrechtsenats in seinem Sachbericht darauf hinwies, daß in allen diesen Stellungnahmen die Verfassungsmäßigkeit der Nachrüstung angezweifelt und davor gewarnt werde, Aktionen des „zivilen Ungehorsams" als Nötigung mit dem Mittel verwerflicher Gewaltanwendung zu verurteilen, da dies „das Bemühen um einen Abbau der Gewalt und um differenzierte Möglichkeiten zur Konfliktbewältigung unterlaufe". Abgesehen davon, daß die neun Sitzblockierer, die wegen ihrer Verurteilung zu Geldstrafen wegen Nötigung Verfassungsbeschwerde erhoben haben, im Plenarsaal des Bundesverfassungsgerichts versuchten, die amerikanische Regierung vor allem aber US-Präsident Reagan auf die Anklagebank zu setzen, kündigte einer ihrer Rechtsanwälte an, daß die Sitzblockaden weiter stattfinden würden.

Während der Bremer Professor Wolfgang Däubler zumindest einräumte, daß mit den Sitzblockaden von der Friedensbewegung Regelverstöße begangen werden, versuchte einer der Sitzblockierer, sie als „Gehorsam im öffentlichen Interesse gegen die Massenvernichtungsmittel" zu rechtfertigen. Bundesjustizminister Hans A. Engelhard bestritt entschieden, daß es ein Grundrecht gibt, das es dem einzelnen erlaube, sich „über gleichwertige Rechte anderer, die rechtmäßigen Entscheidungen demokratisch gewählter Staatsorgane und das für alle geltende Strafrecht hinwegzusetzen und letztlich die eigene Meinung zum Maßstab aller Dinge zu erheben".

In diesem Zusammenhang wies sein baden-württembergischer Kollege Heinz Eyrich darauf hin, daß die Justiz nicht in die Rolle eines Schiedsrichters im politischen Meinungskampf gedrängt werden dürfe: „Die Justiz hat Sachverhalte nach Recht und Gesetz zu beurteilen. Vor Gericht geht es nicht an, daß eine Gruppe Vorrang vor einer anderen beansprucht, oder soll es künftig vom Ergebnis demoskopischer Erhebungen über die Wichtigkeit des jeweiligen Anliegens abhängen, ob den Blockierern die Befugnis zusteht, in spekatulärer Form – nämlich gewaltsam – auf die Meinungsbildung der Allgemeinheit einzuwirken?" Für den bayerischen Justizminister August R. Lang, dessen Befangenheitsantrag gegen den Berichterstatter dieses Verfahrens, Helmut Simon, am vergangenen Samstag als unbegründet zurückgewiesen worden war, darf sich der Staat nicht mit solchen Blokkaden abfinden, weil sonst auch durch die Blockade aller Zufahrtswege auf das Bundesverfassungsgericht Druck ausgeübt werden könnte.

Späth erhebt erstmals eine „Wassersteuer"

HARALD GÜNTER, **Stuttgart**

Als erstes Bundesland wird Baden-Württemberg von 1987 an eine Art „Ressourcensteuer" für Wasser erheben. Einen entsprechenden Grundsatzbeschluß hat das Kabinett Späth in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause gefaßt. Mit den Einnahmen aus dem Sondernutzungsentgelt – rund 170 Millionen Mark im Jahr – will die Landesregierung ein umfassendes Programm zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen finanzieren.

Eine große Rolle spielt dabei die Entschädigung für landwirtschaftliche Bewirtschaftungs- und Düngebeschränkungen in Wasserschutzgebieten. „Die Einkommenslage der Bauern", betonte Landwirtschaftsminister Gerhard Weiser, „darf sich durch ökologisch begründete Auflagen nicht verschlechtern." Deshalb erhalten die Betroffenen künftig pauschal 310 Mark pro Hektar und Jahr. In wenigen Jahren werden bereits 20 Prozent Baden-Württembergs als Wasserschutzgebiete ausgewiesen sein. 60 Prozent dieser Fläche ist landwirtschaftlich genutzt.

Den Finanzierungsbedarf gibt die Landesregierung mittelfristig mit durchschnittlich 100 Millionen Mark im Jahr an. Mit dem Rest der Einnahmen aus dem Wassernutzungsentgelt sollen Ausgleichszahlungen für weitergehende Nutzungsbeschränkungen in Natur- und Landschaftsschutzgebieten, Anreize für gewässerfreundliche Produktionsverfahren sowie andere umwelt- und landschaftspflegerische Maßnahmen bezahlt werden.

Das als „Wasserpfennig" bekanntgewordene Nutzungsentgelt ist für Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) der „Einstieg in eine ökologische Komponente bei der Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft". Erhoben wird es 1987 erstmals bei allen Wasserentnehmern, also bei Industriebetrieben und Wasserversorgungsunternehmen. Grundwasser wird dabei mit 10 Pfennig pro Kubikmeter berechnet, Oberflächenwasser für die industrielle Nutzung mit 4 Pfennig, bei Verwendung als Kühlwasser mit 1 Pfennig.

Das Open-air-Festival „gegen Wackersdorf" hängt in der Luft

PETER SCHMALZ, **München**

Die Veranstalter rühmen sich, das größte Open-air-Festival der Bundesrepublik zu planen, die bayerischen Sicherheitsbehörden fürchten dagegen chaotische Verhältnisse ohne Beispiel. Sollten beim „Anti-WAAhnsinn-Festival" am 26. und 27. Juli in der Oberpfälzer Kleinstadt Burglengenfeld (8800 Einwohner) öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten werden, dann müßten „Polizeikräfte in einem nicht mehr darstellbaren Umfang eingesetzt werden", schreibt der zuständige Regierungspräsident Karl Krampol an die Stadtverwaltung und fügt die Bitte bei, dem Festival die Genehmigung *zu verweigern. Andernfalls kündigte* er seinerseits ein Verbot an.

Nach dieser Ouvertüre steht schon jetzt fest, daß die nächsten Takte vor dem Verwaltungsgericht geschlagen werden, das die Veranstalter im Verbotsfalle anrufen wollen und wobei sie sich von dem Grünen Otto Schily anwaltlich vertreten lassen werden.

Problem mit der Masse

Somit werden Richter im Eilverfahren zu entscheiden haben, ob am letzten Juli-Wochenende auf dem Lanzenanger von Burglengenfeld Pop- und Rock-Größen wie Herbert Grönemeyer, Purple Schulz, Udo Lindenberg, die Gruppe BAP und Wolfgang Ambros vokal und instrumental gegen die Kernkraft musizieren dürfen. Die Stars haben ihr Mitwirken kostenlos zugesagt.

Die Behörden fürchten jedoch Probleme wegen der Masse der Teilnehmer (die Veranstalter rechnen mit 50 000, die Polizei mit bis zu 100 000) und wegen der räumlichen Nähe zum WAA-Baugelände, das nur 20 Kilometer entfernt liegt und über gut ausgebaute Straßen in weniger als einer halben Stunde zu erreichen ist.

„Die Leute bleiben nicht bei der Musik", meint ein hoher Sicherheitsbeamter. „Die werden über Hunderte von Kilometern durch das Reizwort Wackersdorf angelockt und wollen dann auch mal hin zu diesem berühmten Zaun."

Zudem wird auf Handzetteln und Plakaten die Veranstaltung als „Rock am Zaun" bezeichnet und als Ort Wackersdorf angegeben. Die Organisatoren versprachen gestern in einem Schreiben an die Stadtverwaltung, künftig mit korrekter Ortsbezeichnung zu werben.

Doch die Behörden mißtrauen den Absichten der Veranstalter. Angemeldet und durchgeführt soll das Festival von einem Verein „Zur Beratung und Förderung kultureller Jugendarbeit e. V." werden, der offensichtlich aus den Bürgerinitiativen hervorgegangen ist, deren Landeskonferenz sich kürzlich ausdrücklich zur Anwendung von Gewalt bekannte. Laut Vereinsregister des Amtsgerichts Schwandorf wurde der Verein erst am 28. Mai dieses Jahres gegründet und nennt als eines seiner Ziele, Projekte zu betreiben, „die in der Lage sind, gesellschaftliche und ökologische Zusammenhänge zu verdeutlichen und auf diese einzuwirken, sowie auf die Förderung und Unterstützung dahingehender Initiativen".

Für den Regierungspräsidenten ergibt sich daraus der „dringende Verdacht", bei der Vereinsgründung handele es sich um eine „Ad-hoc-Gründung zur Durchführung von Aktionen aller Art gegen die WAA". Auch der Vereinsvorsitzende Walter Dürr erscheint Präsident Krampol nicht als vertrauenswürdiger Garant friedlicher Protestaktionen, nachdem er in Polizeikreisen als Steinewerfer am Bauzaun bekannt ist.

Prozeßkosten-Vorsorge

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch Paragraph 8 der Vereinssatzung, in dem festgehalten ist, das Vereinsvermögen falle bei Auflösung des Vereins der „Initiative Prozeßkostenhilfefonds" der Landeskonferenz der Bürgerinitiativen zu.

Sollte das Zwei-Tage-Spektakel stattfinden, würde sich ein erhebliches Vermögen in der Vereinskasse ansammeln. Bis gestern waren bereits über 25 000 Karten zum Vorverkaufspreis von 26.40 Mark verkauft, zum selben Preis liegen weitere 10 000 Karten für Besucher aus Österreich an den Tageskassen, wo der Eintritt für die restlichen Käufer 34 Mark kosten wird. Mit Bruttoeinnahmen von rund einer Million Mark wäre zu rechnen.

Die Veranstalter versuchen das Festival mit dem Hinweis zu retten, sie würden mit über 700 Ordnern einen friedlichen Ablauf gewährleisten; der Regierungspräsident ist dagegen überzeugt, daß weder dadurch noch durch einschneidende Auflagen die zu erwartenden Gewaltaktionen in der Stadt, in den angrenzenden Gemeinden und am Bauzaun zu verhindern wären.

„Urteil schafft jetzt Klarheit für Spender"

rtr, **Bonn**

CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski sieht für seine Partei nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Parteienfinanzierung „in der Praxis kein Problem". Radunski sagte gestern in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, nach dem Urteil vom Montag gehöre die Zukunft dem „großen Heer der kleinen Spender", die die Parteien unterstützten. Der CDU-Bundesgeschäftsführer sagte, die vom Verfassungsgericht als Höchstgrenze festgesetzten 100 000 Mark für steuerlich absetzbare Spenden bedeute für die CDU kein Problem. Großspenden, die höher als diese Summe gelegen hätten, habe es 1984 „16, 18 oder 20" gegeben, in diesem Jahr erst eine.

Die Schatzmeisterin der FDP, Adam-Schwaetzer, sagte, das Urteil habe für die Spender Klarheit geschaffen. Die FDP habe 1984 und 1985 keine Einzelspende von mehr als 100 000 Mark erhalten. Eine grundlegende Neuregelung des Gesetzes zur Parteienfinanzierung hat gestern die SPD gefordert. Der SPD-Finanzexperte Spöri erklärte, daß das Gericht den zentralen steuerrechtlichen Teil der geltenden Bestimmungen für verfassungswidrig erklärt habe. In einem neuen Gesetz müsse auch der Höchstsatz für steuerlich begünstigte Parteispenden wesentlich niedriger liegen als die vom BVG als absolute Obergrenze festgelegte Summe von 100 000 Mark.

AStA darf sich nicht politisch äußern

dpa, **Koblenz**

Der Allgemeine Studentenausschuß (AStA), der die Studentenschaft einer Universität vertritt, ist nicht berechtigt, Erklärungen allgemeinpolitischen Inhalts abzugeben. Mit diesem gestern in Koblenz bekannt gewordenen Urteil untersagte das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz dem AStA der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, sich öffentlich zur Abgabe von Grundstücken an die US-Streitkräfte zu äußern. (Az.: 2 A 130/85).

Der AStA hatte im Januar 1985 seine ablehnende Haltung zur Stationierung von Waffen auf diesen Grundstücken kundgetan. Mehrere Studenten der Universität verlangten vom AStA daraufhin, zu erklären, daß er mit seiner öffentlichen Meinungsäußerung seine gesetzlichen Kompetenzen überschritten habe. Nach Ablehnung dieser Forderung hatten die Mainzer Studenten gegen die Studentenschaft geklagt, der AStA unterlag und ging in die Berufung.

Das Gericht wertete die Äußerung vom Januar 1985 als eine allgemeinpolitische Erklärung, die ausschließlich die Interessen der Studenten als Staatsbürger oder Bürger der Stadt Mainz berühre. Der AStA habe daher die ihm gesetzlich eingeräumten Befugnisse überschritten und die Handlungsfreiheit der klagenden Studenten, die als Zwangsmitglieder nicht aus der verfaßten Studentenschaft austreten könnten, verletzt.

Lenkt Ostblock beim Wahlrecht für Deutsche ein?

AP, **Bonn**

Eine halbe Million Deutsche aus der Bundesrepublik, die im Ausland leben, darf am 25. Januar 1987 erstmals an der Bundestagswahl teilnehmen. Dies teilte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Lutz Stavenhagen (CDU), gestern vor der Presse in Bonn mit. Das Wahlrecht für Deutsche aus der Bundesrepublik im Ausland ist Folge der siebten Änderung des Bundeswahlgesetzes, die im nächsten Jahr erstmals wirksam wird. Betroffen davon sind jedoch nicht alle Deutschen im Ausland, sondern nur jene, die nach dem 23. Mai 1949 mindestens drei Monate lang in der Bundesrepublik oder in West-Berlin gelebt haben und jetzt in einem Mitgliedsstaat des Europarates wohnen. Deutsche in Übersee dürfen wählen, wenn sie nicht länger als zehn Jahre außerhalb der Bundesrepublik wohnen.

Auch die Staaten des Warschauer Paktes haben bei Konsultationen zu erkennen gegeben, daß sie dort lebenden Deutschen die Ausübung des Wahlrechtes ermöglichen werden. Lediglich die „DDR" habe definitiv erklärt, sie werde die Ausübung des Wahlrechts durch die rund 12 000 Bürger der Bundesrepublik in der „DDR" nicht zulassen. Die größten Gruppen der wahlberechtigten Deutschen leben in Australien und Frankreich (je 48 000), in der Schweiz (41 000), in Italien und Belgien (je 38 000), in den USA (33 000).

Daniels Gesamtschul-Sieg hat Folgen

CHRISTIAN GEYER, **Bonn**

Die Stadt Bonn hat den monatelangen Rechtsstreit gegen den Kölner Regierungspräsidenten Franz-Josef Antwerpes um die Einrichtung einer zweiten Gesamtschule gewonnen. Das Schulprojekt sollte noch in diesem Jahr starten. In zweiter Instanz hatte das Oberverwaltungsgericht Münster am Montag die Beschwerde des Regierungspräsidenten gegen eine Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Köln zurückgewiesen, das bereits Mitte Mai dessen Verfügung zur zwangsweisen Errichtung einer zweiten Gesamtschule in der Bundeshauptstadt für rechtswidrig erklärt hatte.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte in seiner Urteilsbegründung den Standpunkt der Stadt, daß für die erforderliche Mindestzahl von 112 Schülern nur Anmeldungen aus dem Stadtgebiet, nicht aber aus dem benachbarten Rhein-Sieg-Kreis zu werten seien. Nach dem Urteil des Gerichts sei „eine kreisfreie Stadt nur dann zur Errichtung einer Gesamtschule verpflichtet, wenn die dafür erforderliche Mindestschülerzahl durch Schüler aus dem Stadtgebiet erreicht wird." Das sei aber nach dem Ergebnis des Anmeldeverfahrens nicht der Fall, weil statt der erforderlichen 112 nur 111 Anmeldungen erreicht wurden. Durch das Hinzuzählen von Anmeldungen aus benachbarten kreisangehörigen Gemeinden könne eine Errichtungspflicht der Stadt nicht begründet werden. Ebensowenig könne eine solche Pflicht auf die Annahme des Regierungspräsidenten gestützt werden, „daß sich bei einer gesamtschulfreundlicheren Gestaltung des Anmeldeverfahrens die Anmeldezahlen erhöht hätten."

Der Bonner Oberbürgermeister Hans Daniels (CDU) zeigte sich gegenüber der WELT zufrieden darüber, daß der Rechtsstandpunkt der Stadt von zwei Instanzen bestätigt worden sei. Er habe das Eingreifen des Regierungspräsidenten in die Kompetenzen der Stadt schon immer als rechtlich unzulässig angesehen: „Der Regierungspräsident ist schließlich nicht der Vorgesetzte der Stadt." Bereits bestehende Schulen seien jederzeit bereit, auch Schüler aus den benachbarten Gemeinden aufzunehmen. „Zur Errichtung von neuen Schulen fallen jedoch nur die Anmeldungen aus dem Stadtgebiet ins Gewicht." Eltern, die ihre Kinder für das kommende Schuljahr für die Gesamtschule angemeldet hätten, müßten sich nun rasch nach Alternativen umsehen.



Daniels sieht sich bestätigt.
FOTO: R.SCHULZE-VORBERG

Regierungspräsident Antwerpes hat mit diesem Urteil gerechnet, nachdem das Kölner Gericht bereits so entschieden hatte. Er werde die Hauptsache in den nächsten Tagen für erledigt erklären, da das Schuljahr '87 vor der Tür stehe. „Das Urteil ist eine Niederlage für uns, die wir aber nicht mit Wehklagen beantworten", sagte Pressesprecher Koch.

Dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts wird schulpolitisch eine grundsätzliche Bedeutung beigemessen. Ähnliche Fälle, in denen die für eine Gesamtschule erforderliche Mindestschülerzahl nur dann erreicht wird, wenn die Anmeldungen aus den benachbarten Gemeinden des jeweiligen Kreises hinzugezählt würden, liegen als Rechtsstreitigkeiten vor. So sind in Dormagen zwar insgesamt 119 Anmeldungen für eine Gesamtschule eingegangen, jedoch nur 90 aus dem Stadtgebiet. Der Rat der Stadt Dormagen weigert sich daher, die Gesamtschule zu errichten.

Das Kultusministerium in Nordrhein-Westfalen hat daraufhin angekündigt, über die Anwendung von Paragraph 10 Absatz 7 des Schulverwaltungsgerichts im Kabinett zu beraten. Demnach können Kreise und Gemeinden durch das Kultusministerium zur Errichtung einer Schule gezwungen werden, „wenn sie die erforderliche Verwaltungs- und Finanzkraft besitzen". Dieser Paragraph ist bislang allerdings noch nicht angewendet worden. Das Kultusministerium selbst schaut einem möglichen Präzedenzfall denn offenbar auch eher skeptisch entgegen. Nach Ansicht von Pressereferent Thomas Wiltberger sei das Eingreifen des Landes in die Belange des Bezirks immer „eine kritische Geschichte". Doch sehe er zunächst einmal keine Parallele zum Bonner Fall, weil die Stadt Dormagen in einer früheren Entscheidung die Hinzuzählung von außerstädtischen Anmeldungen zunächst ausdrücklich gebilligt habe.

Neu-Delhi: Kämpfe von Lokalpolitikern geschürt

Schon 72 Tote bei Straßenschlachten / Gandhi vermittelt

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

„Nicht die Gläubigen selbst sind es, die den blutigen Streit zwischen Hindus und Moslems wollen oder gar entfachen, sondern es sind ihre ehrgeizigen lokalen politischen Größen, oder fanatisierte Religionsführer." So urteilte unlängst ein indischer Soziologe über jene kommunalen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern dieser beiden Religionsgemeinschaften, die jährlich mehrfach seit Bestehen des Landes in Indien aufflammen und jetzt seit einer Woche den westindischen Staat Gujarat erschüttern.

Die Straßenschlachten zwischen Hindus und Moslems in der Gujarat-Hauptstadt Ahmedabad und in umliegenden Ortschaften haben bisher trotz Ausgangssperre 72 Todesopfer gefordert. Krimineller Mob nutzte die Chance und zog plündernd und brandschatzend durch die Stadt. Chefminister Amarsinh Chaudhury hat zwar alle verfügbaren Polizeikräfte in Ahmedabad eingesetzt und von der indischen Zentralregierung 39 Kompanien paramilitärische Einheiten erhalten, doch nur allmählich kommt die Situation wieder unter Kontrolle.

Nicht nur die Meteorologen, sondern auch innenpolitische Beobachter hatten Indien einen „heißen Sommer" vorausgesagt. Und er kam – mit anhaltendem Terroristen-Problem im Pandschab, Straßenschlachten, die sich Hindus und Moslems in mehreren Städten des Staates Uttar Pradesh lieferten, weil beide Religionsgemeinschaften den für Hindus heiligen Ort „Ayodhya" für sich beanspruchten, und schließlich mit blutigen Unruhen in der Stadt Belgaum, Westindien. Unter ihren Einwohnern war Streit darüber ausgebrochen, ob sie zum Staat Karnataka oder zum benachbarten Staat Maharastra gehören sollten.

Ende im Chaos

In jedem der Fälle war, ebenso wie in Ahmedabad, der Anlaß nichtig. Eine Tempelwagen-Prozession am Mittwoch vergangener Woche führte durch ein mehrheitlich von Moslems bewohntes Stadtgebiet. Sie fühlten sich gestört. Im feuchtheißen Klima, das auch für die Einheimischen kaum noch zu ertragen ist, brach plötzlich der Zorn sowohl der Moslems als auch der Hindus aus; die ersten Steine flogen, es gab erste Tote und die anfänglich noch unbedeutende Straßenschlacht endete im Chaos.

Die Prozession war eine Provokation lokaler Hindu-Führer, und Moslems vermuten bereits, daß die Auseinandersetzung bewußt von der erzkonservativen Bewegung „Shiv Sena" angezettelt worden war. Aber Chefminister Chaudhury hätte sie kaum verbieten können, ohne nicht in den Ruf zu geraten, „ein Hindu-Gegner" zu sein. Und auch in der Stadt Belgaum waren es lokale Politiker, die um ihrer eigenen Popularität willen die Bevölkerung gegeneinander aufhetzten.

Aufruf zur Bewaffnung

Indische Politiker können offenbar von diesen Provokationen nicht lassen. Während in Gujarat die Situation weiter gespannt ist, verkündete jetzt der Chefminister des indischen Bundesstaates Tamil Nadu, M. G. Ramachandran, ein Ex-Filmschauspieler und ein Hindu-Chauvinist, die 1,5 Millionen Mitglieder seines „Fan-Klubs", mit denen er hauptsächlich seine Politik betreibt und die auch Mitglieder seiner Regierungspartei AIADMK sind, sollten Messer tragen, um sich gegen den politischen Feind zur Wehr zu setzen.

Doch wie in Uttar-Pradesh, Belgaum oder jetzt in Ahmedabad, rechnen führende Politiker damit, daß die Unruhen ebenso schnell wieder abflauen, wie sie aufgeflammt sind. „Schließlich müssen Hindus und Moslems auch künftig weiter als Nachbarn zusammenleben."

Ministerpräsident Rajiv Gandhi hat seinen Staatsminister für innere Sicherheit, Chidambaram, zum Wochenbeginn nach Ahmedabad geschickt, der sich seitdem bemüht, auf die lokalen Politiker einzuwirken, um eine Beruhigung der Situation zu erreichen. Der Premierminister selbst scheint nicht beunruhigt. Obwohl erst knapp zwei Jahre im Amt, sind ihm die Vorgänge in Ahmedabad als fester Bestandteil indischer Gesellschaft und Politik nur allzu vertraut. Nicht zuletzt, weil in der jüngsten Vergangenheit auch Politiker seiner eigenen Kongreß-Regierungspartei ähnliche Vorkommnisse arrangiert hatten, um sich ins rechte Rampenlicht zu setzen. Gandhi hat ihnen den Kampf angesagt. Doch wer siegt, modernes politisches Management oder das Klavierspiel auf den zarten Saiten religiöser Gefühle, ist noch offen.

Im Poker um die Macht in Rom setzt Andreotti auf die Gewerkschaften

Drei Parteien der Fünfer-Koalition Craxis lehnen Neuauflage unter DC-Führung ab

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Im Dschungel der italienischen Regierungskrise ist noch kein Lichtschimmer in Sicht. Die ersten Konsultationen des mit der Kabinettsneubildung beauftragten christdemokratischen Außenministers Giulio Andreotti brachten diesem ein dreifaches Nein ein: seitens der Kommunisten, der Sozialisten und der Neofaschisten. Die drei kleineren Partner der bisherigen Koalition (Republikaner, Sozialdemokraten, Liberale) äußerten sich zwar entgegenkommender, aber deutlich besorgt.

Am kompromißlosesten klang das Nein aus dem Munde des stellvertretenden sozialistischen Parteisekretärs Claudio Martelli. Er erklärte klipp und klar, die Fortsetzung der Bemühungen Andreottis sei sinnlos. Verhandlungen zur Reaktivierung der Fünf-Parteien-Koalition würden erst dann möglich, wenn man zum Ausgangspunkt der Krise zurückkehre, wenn also Andreotti sein Mandat zurückgebe und die Christdemokraten darauf verzichteten, den anderen vier Koalitionsparteien einen DC-Regierungschef aufzwingen zu wollen.

Die Kommunisten lehnten jede Form der Duldung oder gar Unterstützung einer erneuerten Fünf-Parteien-Regierung unter Andreotti ab. Sie forderten ihre eigene Aufnahme in ein neues, auf der Grundlage einer Programmabsprache zu bildendes Kabinett und machten deutlich, daß sie für den Eintritt in eine solche Regierung die Beteiligung der Sozialisten zur Bedingung machen.

Die Neofaschisten stellten sich auf den Standpunkt, daß Neuwahlen unumgänglich geworden seien. Je früher man sie ausschreibe, je besser.

Andreotti nahm den Nackenschlag, der ihm vor allem von den Sozialisten des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Bettino Craxi versetzt wurde, ohne sichtbare Reaktion hin. „Er zeigte keinerlei Wirkung", berichtete der sozialistische Fraktionsführer im Abgeordnetenhaus, Rino Formica, den Journalisten nach dem Gespräch mit dem designierten Regierungschef. „Aber Ihr kennt ja sein Gesicht. Er war und bleibt eine Sphinx."

Äußerungen aus der Umgebung des christdemokratischen Politikers lassen vermuten, daß seine Taktik darin besteht, die Sozialisten im Laufe sich länger hinziehender Konsultationen allmählich in die unbequeme Position desjenigen zu drängen, der alle „vernünftigen" Angebote ablehnt und damit die Gefahr von Neuwahlen heraufbeschwört, die außer von den Neofaschisten und von den Demoproletariern von keiner Partei gewünscht werden.

Offenbar setzt Andreotti dabei nicht nur auf die drei kleinen zur alten Fünferkoalition gehörenden laizistischen Parteien, sondern auch auf die Gewerkschaften und Unternehmer, deren Vertreter er heute empfangen will. Sollte es ihm gelingen, diese Kräfte – vor allem die Gewerkschaften – für den Entwurf seines Regierungsprogrammes zu gewinnen, dürfte es den Sozialisten ziemlich schwerfallen, bewegungslos auf ihrem Standpunkt des bedingungslosen Nein zu verharren.

Inzwischen wird eine andere Regierungskrise auf der Apenninenhalbinsel von Rom aus mit wachsendem Interesse verfolgt. In San Marino, der „ältesten Republik der Welt", haben sich Christdemokraten und Kommunisten auf eine Koalition geeinigt, wodurch die Sozialisten zum ersten Mal seit Kriegsende in die Opposition abgedrängt werden.

In Moskau maß man diesem Ereignis anscheinend soviel Bedeutung bei, daß man den Vizesekretär für internationale Beziehungen der KPdSU, Vadim Zagladin, „als Touristen" auf den Monte Titano entsandte.

Zusatzurteil in UdSSR aufgehoben

DW. München

Im Westen ist jetzt ein zweiter Fall bekannt geworden, bei dem die sowjetische Justiz ein wegen „Verletzung der Lagerdisziplin" nach Artikel 188 des Strafgesetzbuches verfügtes Zusatzurteil aufgehoben hat. Betroffen ist der Katholik Wladimir Albrecht aus Moskau. Er war am 1. April 1983 wegen „antisowjetischer Verleumdung" zu drei Jahren Lagerhaft und dann kurz vor Ablauf seiner Strafzeit zu weiteren drei Jahren verurteilt worden. Dieses Urteil wurde, so das Informationszentrums „USSR News brief" in München, jetzt aufgehoben. Bei den zusätzlichen Strafmaßnahmen wurde der Lagerleitung ein großer Ermessensspielraum eingeräumt. Das war von drei Juristen aus Swerdlowsk kritisiert worden. Im Februar war ein Urteil gegen den Philologen Poresch, Gründer des Orthodoxen Jugendseminars in Leningrad, aufgehoben worden.

Foltern Sandinisten Oppositionelle?

rtr. New York

Die Internationale Liga für Menschenrechte in New York hat der sandinistischen Regierung in Nicaragua schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. In einem Bericht der Menschenrechtsgruppe heißt es, Folter und illegale Inhaftierungen sowie die Unterdrückung der Religions- und Pressefreiheit seien in dem mittelamerikanischen Land an der Tagesordnung. Geistliche, Gewerkschafter, oppositionelle Politiker, Journalisten und Anwälte seien von der Verfolgung besonders betroffen.

Seit der Machtübernahme der Sandinisten 1979 seien Tausende politischer Gegner der Regierung in Managua inhaftiert worden. Insassen aus nicaraguanischen Gefängnissen hätten von Schlägen, Vergewaltigungen, Scheinhinrichtungen, Todesdrohungen, Isolationshaft und anderen Einschüchterungsmethoden berichtet.

Albanien: Gegen Religion kämpfen

KNA, Tirana

Die Jugend Albaniens soll den Kampf gegen „die Überreste anachronistischer Ideologien" und gegen „fremde Einflüsse" verstärken. Dazu hat nun zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen Staatschef Ramiz Alia in Ansprachen an die Nation aufgerufen. In der vom Parteiorgan „Zeri i popullit" veröffentlichten Rede sagte Alia, würden anachronistische Ideologien toleriert, bildeten sie einen geeigneten Nährboden für das Entstehen und die Entfaltung von Phänomenen, die eine Schädigung des Sozialismus bedeuten. Alia, nach Enver Hodschas Tod etwa ein Jahr im Amt, will offensichtlich den Ruf Albaniens als „erstes atheistisches Land der Welt" weiter festigen. Darum wurde auch der Bau von Hochhaussiedlungen beschleunigt, die den traditionellen Großfamilien entgegenwirken, in denen religöse Werte bisher noch überliefert wurden.



Besuch mit vielen Gesten: Frau Thatcher (l.) und Schewardnadse
FOTO AP

London und Moskau geben sich von ihrer besten Seite

R. GATERMANN, London

Großbritannien und die Sowjetunion unterzeichneten gestern, dem zweiten Tag des offiziellen Besuches des sowjetischen Außenministers Edward Schewardnadse in London, ein fünfjähriges Abkommen zur Erweiterung der wissenschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit. Eine weitere Vereinbarung sieht eine engere Kooperation bei Unglücksfällen zur See vor, in die Kriegsschiffe beider Länder verwickelt sind.

Beide Länder sind offenbar bestrebt, diesen Besuch in bestem Licht erscheinen zu lassen. Der sowjetische Gast gibt sich äußerst zuvorkommend und entspannt, seine Gespräche mit seinem britischen Kollegen Sir Geoffrey Howe und Premierministerin Margaret Thatcher verliefen „sehr konstruktiv und detailliert". Angesichts der freundlichen Atmosphäre könne man sich kaum vorstellen, daß im Herbst 1985 zwischen dem Kreml und Whitehall eine „Eiszeit" geherrscht habe, beschrieb ein hoher Beamter das derzeitige Klima.

Erheblich verbessert wurde es während des Besuches zudem durch die Überreichung einer persönlichen Botschaft von Generalsekretär Michail Gorbatschow an Frau Thatcher sowie durch die offizielle Einladung der Premierministerin fürs nächste Jahr nach Moskau. Für die britische Regierungschefin ist dies nicht nur ein Signal des neuen Kreml-Herrn, daß er an guten Beziehungen zu London interessiert ist; innenpolitisch bietet er ihr damit auch eine gute Plattform für den zum Zeitpunkt des Besuches sicherlich schon laufenden Wahlkampf.

Aus britischen Quellen verlautete, daß Edward Schewardnadse eingehend über die Londoner Vorschläge zu einem Produktionsstopp für chemische Waffen unterrichtet worden ist und dafür „sichtbares Interesse" gezeigt habe. Auf der Tagesordnung standen zudem Abrüstungsfragen, der Mittlere Osten und Südafrika. Mit Genugtuung registrierten die Gastgeber, daß der sowjetische Außenminister zum Thema Pretoria eine „ausgewogene Ansicht" vertreten habe. Schewardnadse äußerte sich außerdem positiv zu einem britischen Vorschlag, sich gemeinsam mit den USA zu einer Konferenz zu treffen, um über die „wirtschaftliche Herausforderung des letzten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts" zu beraten.

Indien erhält Super-Computer

Washington stellt Bedenken gegen den Export zurück

rmc. Bonn

Die offenbar bevorstehende Entscheidung der amerikanischen Regierung, den Export eines sogenannten Super-Computers nach Indien zu gestatten, wird in westlichen Fachkreisen als bedeutsam betrachtet. Nach einem Bericht der Tageszeitung „Hindustan Times" sperrt sich Präsident Reagan nicht mehr dagegen, daß das US-Unternehmen Control Data Corporation einen Großrechner des Typs „Cyber 205", der pro Sekunde rund zwei Millionen Rechenvorgänge ausführt, für Forschungszwecke an eine indische Organisation liefert.

Wegen des äußerst fortgeschrittenen Know-hows, das dieser elektronische Rechner hinsichtlich seines Konstruktionsprinzips und der Halbleiter-Chips enthält, sind bisher gegen die Ausfuhr solcher Anlagen von Regierungsstellen in Washington immer starke Bedenken geäußert worden. Sie werden mit der Tatsache begründet, Indien sei zwar auf bestem Wege, seine industrielle Basis zu verbreitern, tue dies aber auch mit sowjetischer Hilfe, so daß nicht auszuschließen sei, daß amerikanische Technologie auch in sowjetischen Besitz gerate.

Der „Cyber 205" gehört in das recht schmale Angebot amerikanischer „Super-Technologie". Offiziell will die indische Regierung den Großrechner in der Meteorologie zur Vorhersage von Monsunen verwenden. Es wäre aber auch möglich, die Computeranlage zur Simulation von Kernexplosionen zu verwenden.

Diese Vermutung liegt nahe, weil Indien zu den „Schwellenmächten" bei der Einführung von Nuklearwaffen zählt, vor Jahren bereits nach eigenen Angaben einen Atomtest zur friedlichen Kernnutzung ausführte und im Atom-Wettlauf mit Pakistan nicht ins Hintertreffen geraten möchte.

Offenbar hat Indien den USA inzwischen sichere Zusagen machen können, daß die Computer-Technologie vor sowjetischem Zugriff geschützt werden wird. Zeitweise war sogar die Möglichkeit erwogen worden, den Computer notfalls per Satellit ausschalten zu können.

Die Seemacht Amerika ist wieder selbstsicher geworden

Von C. GRAF BROCKDORFF

Im Büro eines Offiziers der 3. US-Flotte in San Diego (Kalifornien) hängt eine Karte, auf der sich prima vista nur schwer orientieren kann, wer den Atlantik als Bindeglied zwischen Europa und Amerika kennt: Europa erscheint am Kartenrand, Nordamerika und die pazifische Welt stehen in der Mitte. Die Karte, wenngleich nur Handwerkszeug des größten US-Flottenstützpunktes an der amerikanischen Westküste, ist ein Symbol: Die Vereinigten Staaten von 1986 denken global.

Die Marine, die unter John Lehman, dem wohl erfolgreichsten Secretary of the Navy (Kriegsmarineminister) seit 50 Jahren, vom Kongreß ein Programm nach dem anderen genehmigt bekommt und mit großer Fahrt auf ihr Endziel von 600 Schiffen zusteuert, offenbart nicht allein die neue Atmosphäre: Der pazifische Raum hat Geltung erlangt, Europa bleibt der Verbündete auf der anderen Seite, den man politisch bisweilen nicht mehr ganz versteht. Berichtet ein Fernsehreporter in einem Wirtschaftsprogramm aus Washington von den neuesten Zahlen im amerikanischen Handelsdefizit, werden Japan, Hongkong, Süd- Korea, Singapur und Taiwan erwähnt. Auch hier: Die alte Welt hat an Boden verloren.

Keine Selbstzweifel mehr

Um keine Unklarheit aufkommen zu lassen: Amerika erkennt in Europa immer noch sein Spiegelbild. Doch aus der Sicht dieses Landes ist Europa nicht mehr frei. Seine Entscheidungen werden, so sieht man es am Südzipfel von Kalifornien, beeinflußt von der nach Dominanz strebenden Sowjetunion, mit der Arrangements getroffen werden sollen, die vielleicht einst das alte politische Establishment an der amerikanischen Ostküste gestützt oder wenigstens toleriert hätte. Doch das ist vorbei. Neue Kräfte wirken. Gegen Ende der Amtsperiode Ronald Reagans hat kalifornisches Denken amerikanische Politik tief verändert: Amerika ist liberaler geworden unter dem Einfluß der „big government" verachtenden Konservativen. Es hat seine Selbstzweifel abgestreift. Das wird auch Reagan überdauern. Die Sowjetunion ist ohne Frage der Gegner, von dem man sich bedroht fühlt.

Den Eroberungswillen der Sowjetunion glaubt man nur durch Stärke zurückhalten zu können. Raketen sind dafür wichtig, aber nicht das alleinige Mittel. Eine Flotte wird der Sowjetunion gegenübergestellt, die signalisiert, daß wo immer in der Welt die Sowjetunion eine Konfrontation mit Washington sucht – in Europa, in Südwestasien, in Ostasien oder in Lateinamerika –, sie auf einen zum Handeln befähigten Gegner stößt.

Die Sowjetunion muß erkennen, daß jeder Konflikt mit den USA, insbesondere ein nichtnuklearer, zu einem ausgedehnten Krieg werden kann, in dem weltweit amerikanische See- und Seeluftstreitkräfte gegen sowjetische Interessen vorgehen werden. So denkt man in San Diego. Die rasche Verjüngung der amerikanischen Flotte, sie ist inzwischen auf 540 Schiffe angewachsen, gibt Washingtons Politik Glaubwürdigkeit. Die Marine versendet Signale, daß sie beim Ausbruch eines konventionellen Konflikts ohne Zögern mit den konventionellen Waffen ihrer nuklear angetriebenen Angriffs-U-Boote gegen sowjetische strategische Raketen-Atom U-Boote unter dem Polareis vorgehen wird. Ein dritter nuklear getriebener Flugzeugträger, die „Nimitz", kommt jetzt zur Verstärkung in den Pazifik. In Everett (Bundestaat Washington) wird eine sechste pazifische Trägerkampfgruppe aufgebaut. Wer von den Verbündeten an pazifischen Manövern teilnehmen will, wie etwa der laufenden "RIMPAC"-Serie,ist willkommen, darunter Großbritannien, Kanada, Japan und Australien. Neuseeland mit seiner antinuklearen Politik ist vom Fluß der Geheimdienstinformationen abgeschnitten worden. Australien hat seine Geheimschutzvorschriften verstärkt, damit es nicht in den Verdacht gerät, Neuseeland heimlich mit begehrten Nachrichten zu versorgen.

Gefahren für Europa

Das Bild wiedergewonnener Stärke Amerikas wirkt beruhigend auf Europa, birgt aber auch Gefahren. Im Krisenfall müssen 1,5 Millionen amerikanische Soldaten als Verstärkung nach Europa gebracht werden, unterstützt von weit mehr als tausend Flugzeugen. Amerikas Häfen an der Ostküste und am Golf von Mexiko (Galveston) sind in die Mobilmachungspläne einbezogen und bereit, alles stehen und liegen zu lassen, um in der Stunde der Not nationale Auflagen zu erfüllen. Diese weit gediehenen Vorbereitungen ermöglichen es jedoch auch, Truppen in großer Zahl aus Europa abzuziehen und im Kriegsfall als „Expeditionsstreitkräfte" an die dann schon existierende europäische Front zu schicken. Für Europa jedoch ist amerikanische Truppenpräsenz und Vorneverteidigung das unverzichtbare Mittel, einen Krieg überhaupt nicht entstehen zu lassen. Truppenabzug und Rückkehr „an die Front" sind unakzeptabel. Sie würden jede Krise in Europa an den Rand des Krieges gelangen lassen. Zieht die europäische Politik daraus die Konsequenz, auf überflüssige Kommentare zur amerikanischen Politik zu verzichten? So fragen sich europafreundlich gesinnte Politiker und Militärs, nicht nur an der Westküste. (SAD)

„Heterogen, dynamisch und maximalistisch" – so schätzt der Chefredakteur der großen spanischen Zeitung La Vanguardia die Deutschen ein. Verblüfft zeigt er sich von der Art, wie sie mit ihren Politikern umspringen und er findet kritische Worte zur deutschen Außenpolitik. Deren Kurs sei alles andere als geradlinig.

„Es gibt wenig Völker, die die Dinge so restlos machen wollen"

Von FRANCESC NOY

Die Bundesrepublik Deutschland läßt sich leicht etikettieren: reich, wissenschaftlich und gebildet. Das ist der Gemeinplatz, der sich anscheinend häufig rechtfertigen läßt: Die Bundesrepublik ist – auch wenn sie sich damit nicht brüstet – die erste militärische Macht Europas; sie veranstaltet die größte und wichtigste Buchmesse der Welt; ihre Fußballstars sind am meisten geschätzt; ihre Wirtschaft ist die mächtigste im Kontinent etc. Schwieriger allerdings ist ein Urteil, das ausgewogen sein soll, und noch schwieriger ist es, ein Urteil aus der Ferne zu fällen. Ich möchte es wagen, eine andere dreifache Etikettierung für dieses letztere Urteil vorzuschlagen: heterogen, dynamisch und maximalistisch.

Denn es genügt, ein bißchen die aktuellen Ereignisse in Deutschland zu verfolgen, durch das Land zu fahren oder sich mit den deutschen Touristen an der Costa Brava zu unterhalten, um die erste Schlußfolgerung zu ziehen: Es gibt so viele Unterschiede zwischen den Deutschen untereinander (ob sie aus dem Norden oder aus dem Süden kommen, ob sie jung oder alt sind) wie sonst überall. Nun, es differenziert sie doch noch etwas: Wenn man von Deutschland spricht, muß man genau sagen, welches von beiden gemeint ist: das westliche oder das östliche. Vielleicht kann ein Katalane wie ich diese produktive Andersartigkeit besser schätzen – und bewundern.

Dieser so starke Mangel an Einheitlichkeit wird durch die Dynamik der deutschen Gesellschaft noch deutlicher. Kaum findet sich ein Vorurteil, ein Klischee, das in einem gegebenen Augenblick mehr oder weniger akzeptiert worden ist, das aber nach einigen Jahren immer noch Gültigkeit hat. So gehört das landwirtschaftliche Bayern – traditioneller Gemeinplatz – heute zu den Ländern in der Bundesrepublik, die an der Spitze der technologischen Industrie stehen; das Deutschland der Touristen – eine Bezeichnung, die die vergangene Generation geprägt hat und die noch fast überall gültig ist – ist Baden-Württemberg, mit seinem Schwarzwald, seinen Spätzle – es ist gleichzeitig einer der modernsten industriellen Brennpunkte Mitteleuropas.

Es ist sehr beeindruckend, diese Dynamik bis in die kleinsten Aspekte der deutschen Gesellschaft hin zu beobachten. Wenn es auch bis zu einem gewissen Grade logisch erscheint, daß ein Unternehmer oder ein Konzern gegenüber Konjunkturwechseln schnell reagiert, ist es allerdings nicht so selbstverständlich zu sehen, wie die deutsche Gesellschaft im großen und ganzen mit der gleichen Schnelligkeit auf individueller Ebene reagiert. Ob es sich um die unmmittelbare Übernahme irgendeiner vorübergehenden Mode des Augenblicks oder um neue Möglichkeiten, billig Urlaub zu machen, oder um die Einführung einer Computerausbildung in die Lehrpläne der Schule handelt – die jeweilige Gelegenheit oder Herausforderung wird sofort von der deutschen Gesellschaft angenommen und erhält von ihr ihre entsprechende Antwort; wie richtig jeweils diese Antworten sind, ist eine andere Frage. Wichtig scheint mir in jedem Falle, diese Fähigkeit zu einer schnellen Antwort hier zu konstatieren.

Der Maximalismus ist möglicherweise die Gegenseite dieser Fähigkeit zu reagieren. Und noch wahrscheinlicher ist es, daß es sich um die deutsche Konstante im Laufe der Geschichte handelt. Alles – in der Politik, im Sport oder in der Verfassung – will man ganz, vollkommen, bis zur letzten Konsequenz durchführen. In allen Bereichen des Lebens machen

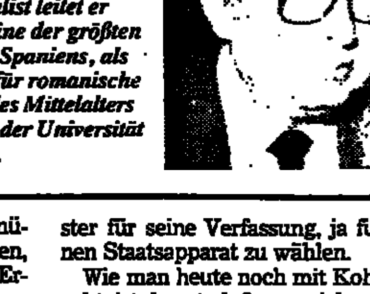


die Deutschen natürlich – wie übrigens der Rest der Welt –, was sie können. Aber es gibt wenige Völker, welche die Dinge so „restlos" wie die Deutschen machen wollen.

Dieser positive Phänotyp der Bundesrepublik verliert aber an Pluspunkten, wenn man ihre Politik beobachtet. Vielleicht liegt es daran, daß es einem schwerfällt zu bewundern, was man nicht versteht. Und es gibt genug Aspekte der deutschen Politik, die einem südlichen Beobachter wie die deutsche Grammatik vorkommen, nämlich kompliziert.

So fällt es einem schwer, die Leidenschaft – oder wäre es treffender, Sadismus zu sagen? – zu verstehen, mit der die Parteien ihre Spitzenpolitiker zerstören. Natürlich kann man genügend Einzelerklärungen anführen, um die „Innenzerstörung" eines Erhard, Brandt, Schmidt oder Barzel zu erläutern. Aber das Phänomen als solches, die beständige Wiederholung dieser Tatsache, unabhängig von den jeweiligen Umständen, ist für den Bewohner eines mediterranen Landes einfach verblüffend. Vielleicht handelt es sich um etwas Ähnliches wie die Faszination der Zirkusspiele in den Zeiten des Caligula . . ., was übrigens keinen Hinderungsgrund für das demokratische Spanien dargestellt hat, die Bundesrepublik als Muster für seine Verfassung, ja für seinen Staatsapparat zu wählen.

LA VANGUARDIA



Francesc Noy, Jahrgang 1928, hat gleich zwei Karriereleitern erfolgreich bestiegen. Als Journalist leitet er seit 1983 eine der größten Zeitungen Spaniens, als Professor für romanische Literatur des Mittelalters lehrt er an der Universität Barcelona.

Wie man heute noch mit Kohl umgeht, ist derart, daß man sich geneigt fühlt, den jetzigen Bundeskanzler auf die Liste der „morituri" zu schreiben. Daß der Regierungschef kritisiert wird, ist nur natürlich und selbstverständlich. Daß die Opposition behauptet, sie fände nichts Akzeptables an ihm, kann man den Methoden des politischen Kampfes zuschreiben, von denen wir in Spanien über gute Beispiele verfügen. Aber unverständlich bleibt, wieso der Bundeskanzler gleichzeitig sowohl von der oppositionellen Presse als auch von den eigenen Parteifreunden und sogar von der kanzlerfreundlichen Presse madig gemacht wird (naturgemäß ist mir aus der Distanz nicht möglich, das Verhalten der anderen Massenmedien in dieser Frage zu beurteilen). Diese Haltung wird darüber hinaus unverständlicher, wenn man – auch aus der Distanz – bedenkt, daß die Bilanz der CDU/FDP-Regierung bislang gar nicht so übel aussieht . . . zumindest für ihre Anhänger.

Im Falle von Koalitionsregierungen besteht immer die Neigung, ihre Probleme als Ergebnis von Koalitionsschwierigkeiten zu erklären: die Probleme von Kohl also in den Beziehungen mit den Liberalen zu sehen. Es fällt aber auf, daß im Laufe der Jahre – seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland – dieses Land allmählich an politischer Stabilität verloren hat. Oder anders gesagt, und um damit die eingangs verwendete Terminologie wieder aufzugreifen, könnte man sagen, daß die Bundespolitik sehr viel an Dynamik gewonnen hat. Heutzutage ist die Stabilität eines Kabinetts nur möglich, wenn es der Regierungsmannschaft gelingt, ihre Dynamik mit der Ungeduld auf der Straße in Einklang zu bringen. Die alte Technik des Zeitgewinnens, die den Kanzler Kohl in vielen schwierigen Situationen geradezu zu begeistern scheint, funktioniert anscheinend nicht so gut.

Aber zurück zur Koalition: Von außen sieht man Anzeichen von Rissen in der liberal-konservativen Koalition. So ist der zunehmende persönliche Einsatz des Kanzlers Kohl in der Außenpolitik auffällig. Ist es nur reiner Zufall, daß die Erklärungen Genschers immer weniger mit der Bonner Außenpolitik übereinstimmen?

Es sieht nicht so aus, als würde dem Kanzler seine CDU nach rechts entgleiten – wie letzterer dem Kanzler Helmut Schmidt die Sozialdemokratische Partei nach links ausrutschte –, aber es bleibt die Frage, ob ihm nicht die liberalen Minister der Regierungskoalition nach allen Seiten hin ausscheren.

Für den deutschen Leser mag erstaunlich sein, daß in meinen Ausführungen über deutsche Regierungsprobleme der Name Franz Josef Strauß noch nicht gefallen ist. Ein Ausländer aber, der nicht in Deutschland lebt, bekommt von der „Straußpsychose" vieler Deutscher wenig mit. Noch stärker – viel stärker – ist der Eindruck, daß Strauß ein Zeichen von Nationalbewußtsein, von Regionalismus ist. Mit ihm – oder in ihm, denn aus der Entfernung ist dies schwer einzuschätzen – scheint politisch das Nationalbewußtsein einer Gegend gewachsen zu sein. Die doppelte Funktion einer Partei, der CSU, als Stolz einer Heimat einerseits, und als Herausforderung für das historisch dominierende Deutschland andererseits – Preußen nämlich – scheint das Werk der politischen Fähigkeiten von Strauß zu sein. Dieses Phänomen ist außerdem sehr interessant für ein Land mit vielfältigen Regionen und Kulturen wie Spanien, und noch mehr für einen Katalanen, der sich wie sonst keiner seiner Persönlichkeit und nationalen Identität bewußt ist. Und dennoch, von der anderen Seite der deutschen Grenze und aus der Ferne scheint nicht Strauß die Ursache der wackeligen Situation der jetzigen deutschen Regierungskoalition zu sein.

Man neigt eher dazu zu meinen, daß dieses Phänomen eine Folge des deutschen Fundamentalismus ist, seiner Neigung zur Problematisierung insgesamt. Mir persönlich gefällt sehr gut, wie die Deutschen selbst diese Neigung bezeichnen: Prinzipienreiterei, der Vorrang der Prinzipien auf Teufel komm 'raus.

Aber, sogar in diesem Bereich, der sich für die Politik nicht als der günstigste erweist, muß man auf die Dynamik des modernen Deutschland, wovon wir eingangs sprachen, aufmerksam machen. Die deutschen Grünen sind vor allem das erste politisch wichtige Phänomen einer gesellschaftlichen Erschütterung. Dieselbe Problematik – die Ökologie und die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen – läßt sich in vielen anderen westlichen Ländern beobachten. Aber erst in Deutschland hat sich diese Sicht zu einer soliden politischen Antwort herauskristallisiert. Und bei allen Fehlern, die man darin finden mag – wie zum Beispiel die Prinzipien überzustrapazieren, Utopien vorzuziehen, statt handfeste und machbare Kompromisse zu schließen – oder bei der Kurzlebigkeit, die man dieser Bewegung voraussagen kann, Tatsache ist, daß die erste politisch wichtige Antwort auf diese Frage aus der Bundesrepublik kam.

Die deutsche Außenpolitik erscheint bis zu einem gewissen Grade wie das Gegenstück dieses Idealismus, dieser „Prinzipienreiterei", worüber wir vorhin sprachen. Es ist wahr, daß die Kernpunkte der Existenz des deutschen Staates respektiert werden, aber der Rest seines politischen Kurses ist alles andere als geradlinig. Die Unterstützung des Verhaltens der Vereinigten Staaten ist nicht immer standfest . . . besonders, wenn es sich um den Nahen und Mittleren Osten handelt. Und die Konflikte zwischen politischen und wirtschaftlichen Interessen werden so pragmatisch gelöst, daß es dem Beobachter von außen oft nicht leichtfällt, eine klare Linie im Ganzen zu erkennen. Sogar in einem Thema, das für einen Grenzstaat so wichtig ist, wie die Beziehungen zu der kommunistischen Welt, und damit auch zu dem anderen Deutschland, führt Bonn eine so übervorsichtige und konturlose Politik, daß sie von hier aus sehr verwischt aussieht.

Viel deutlicher und auf mehr Prinzipien konstituiert erscheint die deutsche Politik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Vielleicht entsteht diese Durchsichtigkeit aus der Tatsache, daß seit der Ära de Gaulle/Adenauer die Bundesrepublik „ihre" Politik der Gemeinschaft nicht durchgeführt hat, sondern ihren Beitrag in der Politik der Achse geleistet hat, um die herum sich die EG gebildet hat, nämlich der deutsch-französischen Freundschaft. Und dieses Prinzip, das heute von allen Seiten akzeptiert wird, ist eine Garantie für den Aufbau Europas und für den Frieden in der Welt.

Samstag in der WELT
Japan: Asahi Shinbun

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wachsende Drogen-Gefahr

„In Europa steigt der Kokain-Konsum": WELT vom 5. Juli

Sie berichten über das beunruhigende Ansteigen des Kokain-Konsums in Europa und veröffentlichen eine Serie über Drogen-Gefahren. Dies ist ein wichtiger Beitrag zu einer Geißel der Menschheit, die das Leben vor allem vieler junger Menschen zu ruinieren droht.

Sie beklagen die laxen Grenzkontrollen in einigen europäischen Staaten. Das ist richtig. Zur Bekämpfung



Dieter Weirich, MdB, CDU

der Kokain-Gefahr müssen die Regierungen der europäischen Länder und überhaupt der westlichen Industrienationen aber auch künftig vermehrt präventive Wege gehen.

Man muß das Kokain-Übel verstärkt an der Wurzel packen. Und beispielsweise jene gutwilligen südamerikanischen Staaten verstärkt unterstützen, die bereit sind, der Koka-Mafia, die häufig Einfluß bis ins Parlament und die Administration hat, zu trotzen.

Ich denke vor allem an technische Hilfen für den Erwerb von Hubschraubern und Booten zum Aufspüren illegalen Koka-Anbaus und Mittel zur Zerstörung der Labors zur Herstellung des gefährlichen Stoffs. Auch sollten mehr Verbindungs-Beamte des Bundeskriminalamtes an den Botschaften in südamerikanischen Hauptstädten etabliert werden. Die Entsendung der ersten beiden Beamten ist ein wichtiger Schritt, reicht aber nicht aus. Die Drug-Enforcement Agency (DEA) der USA und ihre Aktivitäten bedürfen dringend der deutschen und überhaupt der europäischen Ergänzung.

Schließlich könnte man mit Substitutions-Programmen vor allem in den Anden-Staaten den zumeist armen Bauern einen Anreiz geben, auf Koka-Anbau zu verzichten und beispielsweise vermehrt Gewürze anzubauen. Die italienische Regierung läßt ein solches Programm laufen. Das Problem ist, daß es den Bauern in diesen Staaten im Zusammenhang mit dem sehr einträglichen Koka-Anbau an Unrechtsbewußtsein fehlt, da Koka von altersher ein Volksnahrungsmittel ist. Aber da die Zahl der Drogenkranken in diesen Ländern inzwischen auch immens wächst, steigt auch die Sensibilität für dieses Problem. Diesen Sinneswandel sollten sich die Industrieländer zunutze machen.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Weirich, MdB, CDU

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir nicht auf harte Drogen mit harten Maßnahmen antworten, verlieren wir diesen Krieg bestimmt! Sechzig Prozent der Australier wollen die Einführung der Todesstrafe, außerdem war der Presse zu entnehmen, daß es kaum Empörung über die Hinrichtungen ihrer Landsleute gab.

Ich bin sicher, daß auch wir Deutschen mit der Todesstrafe für Rauschgiftdelikte einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüßen
Christa Dietrich,
Bonn 1

*

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

Ihr Exklusiv-Artikel „Serie über Drogengefahr" ist bei weitem das Beste, das mir seit langer Zeit begegnet ist. Daß Frau Professor Noelle-Neumann auch mit, vor allen Dingen für den Fachmann, interessanten Daten aufwartet, ist natürlich auch sehr wertvoll.

Das Geschehen im Suchtbereich mit seinen unsäglichen Begleiterscheinungen ist kaum zu schildern. „Christiane F." sitzt hier gleich dutzendweise.

Heute nacht ist uns wieder ein junger, intelligenter und gebildeter Mann, nachdem wir ihn im Noteinsatz in eine Krankenhaus-Spezialabteilung bringen konnten, gestorben. Darum geht es letztlich. Um Leben oder Tod. Einen dritten Weg, nach dem alle vergeblich suchen, gibt es nicht.

So haben Sie mit Ihrer Artikelserie viel bewirkt in der Scene. Ganz sicher auch damit für so manchen, dessen Gesicht Sie nicht kennen, lebensrettend oder lebenserhaltend gewirkt.

Mit herzlichen Grüßen
Fred Kollorz,
„Die Fähre"
Suchthilfe-Organisation, Essen

Mitnichten

„Amtsantritt in Wien – zwischen Hochrufen und KZ-Uniformen": WELT vom 9. Juli

Der „typisch deutsche Stahlhelm", den der in Stein gehauene Soldat des Denkmals für den Unbekannten Soldaten in Wien trägt, ist dies mitnichten. Es ist der österreichische Stahlhelm des Ersten Weltkrieges – nicht der von Professor Bier entwickelte der deutschen Armee.

Unweit des Kriegerdenkmals am äußeren Burg-Tor zu Wien ist eine Mahnstätte für die Verfolgten des Dritten Reiches. Es würde mich interessieren, ob der neue österreichische Bundespräsident auch dort seine Reverenz erwiesen hat.

Mit freundlichen Grüßen
Professor Fritz Muliar,
Kammerschauspieler,
Grossenzersdorf (Österreich)

Garten-Politik

„Wir pumpen die Fische direkt in die Küche": Geistige WELT vom 5. Juli

Sehr geehrter Herr Starkmann,

Hans Daiber hat in seinem Beitrag eine hübsch formulierte und auch recht informative Einführung in den englischen Landschaftsgarten des 18. Jahrhunderts gegeben. Allerdings bedürfen seine Aussagen über die ideologischen und sozialgeschichtlichen Grundlagen des Landschaftsgartens einer deutlichen Korrektur.

Von seiner theoretischen Fundierung her ist der englische Landschaftsgarten, in dem die Analogie zwischen politischer und natürlicher Freiheit eine Leitvorstellung war, am ehesten mit der Freiheitsideologie der Whigs in Verbindung zu bringen – sowohl Addison als auch Shaftesbury waren Whigs.

Bei seiner praktischen Verwirklichung nahm der frühe englische Landschaftsgarten dann eine stark oppositionelle Aura an; Pope, der in dieser Phase eine zentrale Rolle spielte, war keineswegs Whig, sondern entschiedener Tory! Von entscheidender Bedeutung war jetzt der stilisierte Gegensatz zwischen Court (der Hof als Ort der Korruption) und Country (das Land als Stätte politischer und moralischer Integrität).

Dabei war der Landschaftsgarten keineswegs das Werk einer geschlossen agierenden Großgrundbesitzerschicht, sondern einer ganz kleinen – gesellschaftlichen und bildungsmäßigen – Elite, die, wie Lord Cobhams Stowe exemplarisch veranschaulicht, sich sowohl aus dissidierenden Whigs als auch aus traditionellen Tories zusammensetzte.

Mit verbindlichen Empfehlungen
Prof. Dr. H.-J. Müllenbrock,
Göttingen

Wort des Tages

„Talleyrand hat gesagt, die Sprache sei dazu da, die Gedanken zu verbergen. Ich glaube aber eher, daß sie dazu da ist, zu verbergen, daß jemand keine Gedanken hat."

Edward Heath, britischer Politiker (geboren 1916)

Nur ein Wort?

„Altersausgrenze": WELT vom 3. Juli

Zwischen Fußball-Weltmeisterschaft und Wimbledon ein großes Sommerloch. Da macht die Not erfinderisch, auch wenn dabei nur eine neue Wortschöpfung herauskommt.

Altersausgrenze, da reitet die WELT wieder einmal eine Attacke wie weiland Don Quichotte gegen die Windmühlenflügel. Wie sieht es denn eigentlich wirklich aus um die Vorruhestandsregelung in den Betrieben?

Seit Mai '84 sind ca. 51 000 Arbeitnehmer in den freiwilligen Vorruhestand gegangen; weitaus weniger, als von der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit erwartet wurden. Viele Arbeitnehmer würden jedoch gerne in den Vorruhestand gehen, scheitern aber am Veto ihrer Arbeitgeber. Aus Kostengründen werden die Vorruhestandwilligen gegen ihren Willen in den Betrieben festgehalten, weil die Bundesregierung das Vorruhestandsgesetz auf materiell zu schwache Füße gestellt hat. Von einem Herausdrängen kann also nicht die Rede sein. An der nötigen Flexibilität des Rentenrechts fehlt es auch nicht.

Wer will, kann in den flexiblen Altersruhestand gehen, wer nicht will oder kann, kann länger bleiben. Die wenigsten können – selbst, wenn sie wollten. Hektik, Arbeitsstreß und Gesundheitsverschleiß machen ihnen einen Strich durch ihre Rechnung.

Sinn hätte die Attacke gegeben, wenn sie gegen die erneut um sich greifende Unsitte geritten worden wäre, den Paragraph 128 Arbeitsförderungsgesetz zu umgehen, um sich von den älteren Arbeitnehmern zu Lasten der Allgemeinheit und des Vorruhestandsgesetzes zu entledigen.

War die Attacke am Ende nur ein Ablenkungsmanöver?

Mit freundlichen Grüßen
Ronald Graf,
Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hamburg

Personen

GEBURTSTAGE

Professor Dr. **Henning Brandes**, emeritierter Direktor des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Immunologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, feiert am Donnerstag seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlaß findet am Samstag, dem 19. Juli, um 9.30 Uhr ein Festkolloquium im Hörsaal des Hygiene-Instituts in Bonn am Venusberg statt, zu dem der Nachfolger Professor Dr. **Klaus P. Schaal** einlädt.

*

Professor Dr. **Gustav Adolf Martini**, langjähriger Direktor der Medizinischen Universitätsklinik Marburg, feierte seinen 70. Geburtstag. Professor Martini hatte in den 60er Jahren den Gruppenunterricht in der Inneren Medizin eingeführt und die Bestallungsordnung für Ärzte entscheidend reformiert. Durch sein wissenschaftliches Werk zieht sich als roter Faden der ständige Bezug zur Klinik. Aus der Fülle seiner über 200 wissenschaftlichen Publikationen ragen unter anderem seine Arbeiten zur Serumhepatitis, ihrer Verhütung und ihrer Bedeutung für die Schwangerschaft, seine Forschung über die sogenannten Leber-Hautzeichen und seine anatomische Darstellung der Morphologie der Gefäßspinnen heraus.

EHRUNGEN

Frau Professor Dr. **Els Oksaar** vom Institut für Allgemeine Sprachwissenschaft und Indogermanistik



Els Oksaar

der Universität Hamburg hat den Forscherpreis 1986 des Schwedischen Immigranteninstituts in Borås erhalten. In der Laudatio heißt es, daß die Forschungen von Frau Professor Oksaar, die 1926 in Estland geboren ist, die schwedische Bildungspolitik gegenüber Einwanderern entscheidend beeinflußt hatte. Außerdem hat Frau Oksaar die Ehrendoktorwürde der Universität Helsinki erhalten.

Die Evangelisch-Theologische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn verleiht heute an Professor Dr. **Frederick Herzog** im Festsaal der Bonner Universität die Ehrendoktorwürde. Professor Dr. Frederick Herzog lehrt an der Divinity School der Duke University in Durham in den USA das Fach Systematische Theologie.

VERANSTALTUNG

Seit 197 Jahren feiern die Franzosen am 14. Juli ihren nationalen Feiertag. In diesem Jahr Anlaß für den französischen Botschafter **Serge Boidevaix**, seit gut drei Monaten in Bonner Amt und Würden, und seiner charmanten Frau **Francine**, sich dem nimmer festmüden Bonner Publikum im festlichen Rahmen auf Schloß Ernich vorzustellen. Der Ansturm auf die Residenz war denn auch groß: 1959 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Aus dem diplomatischen Korps waren unter anderem der Nuntius **Joseph Uhač** und die Botschafter Sir **Julian Bullard** (Großbritannien), **Jurij Kwizinskij** (UdSSR), **Michael van Ussel** (Belgien), **Adrien Meisch** (Luxemburg) und **Jitzhak Ben Ari** (Israel) gekommen, und unter den deutschen Gästen Staatsminister **Friedrich Vogel** und Bundesminister **Wolfgang Schäuble** aus dem Kanzleramt, Umweltminister **Walter Wallmann** sowie aus dem Auswärtigen Amt Staatsminister **Lutz Stavenhagen** und Amtskollege Staatssekretär **Andreas Meyer-Landrut**.

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat den Münchner Neutestamentler Professor Dr. **Joachim Gnilka** zum Mitglied der Internationalen Theologenkommission berufen. Gnilka ist bereits Mitglied in der Bibelkommission. In der Theologenkommission arbeiten außerdem der Tübinger Dogmatikprofessor **Walter Kasper** sowie der Erfurter Moraltheologe **Wilhelm Ernst Mitt**, während der Erfurter Exeget **Heinz Schürmann** ausgeschieden ist. Erstmals berief der Papst auch zwei Laien in die Theologenkommission: Den Briten **Johan Finnis** und den Amerikaner **William May**.

MUSIK

Der Dirigent **Friedemann Layer** wird mit Beginn der Spielzeit 1987/88 neuer Generalmusikdirektor des Mannheimer Nationaltheaters. Er löst **Peter Schneider** ab, der auf eigenen Wunsch vorzeitig aus seinem Amt scheidet. Layer habe einen Vertrag zunächst für drei Jahre unterzeichnet. Er werde in Mannheim auch die Funktion des Operndirektors und des Chefdirigenten der Musikakademie übernehmen. Der 45jährige gebürtige Wiener arbeitete an den Theatern in Ulm und Salzburg und war Erster Kapellmeister an der Deutschen Oper am Rhein in Düsseldorf. In den vergangenen



Friedemann Layer

Jahren war er als freischaffender Dirigent vor allem in Paris, Brüssel und Genf, aber auch in den Niederlanden, Österreich und den USA tätig gewesen.

BERUFUNG

Zum neuen Direktor der Ost-Akademie in Lüneburg ist der 47jährige Dr. **Bernhard Schalhorn** berufen worden. Er war vorher seit mehr als fünf Jahren Studienleiter an dieser Deutschlandpolitischen Lehr- und Forschungsstätte. Die Ost-Akademie in Lüneburg, gegründet 1952, gehört in der Bundesrepublik Deutschland zu den profiliertesten Einrichtungen dieser Art.

ERNENNUNG

Die Gefangenen-Hilfeorganisation Amnesty International hat den 39jährigen Briten **Ian Martin** zu ihrem neuen Generalsekretär ernannt. Martin löst den schwedischen Journalisten **Thomas Hammarberg** ab, der im September nach sechs Jahren diesen Posten verläßt. Martin war bisher Leiter der Asienabteilung bei Amnesty. Er hat sich als Führer verschiedener Verbände in Großbritannien vor allem im Kampf gegen die Diskriminierung von Farbigen und Einwanderern einen Namen gemacht.

WAHL

Professor Dr. **Titus Neufeld** ist vom Hochschulkonvent der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Franziskaner und Kapuziner in Münster erneut zum Rektor gewählt worden.



GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Beck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

STELLENGESUCHE

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Schafft der Kreml jetzt freie Bahn für das Wissenschafts-Abkommen?

Moskau mißt Genscher-Reise hohe Bedeutung bei / Lange Liste prominenter Gesprächspartner

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird bei seinem am Sonntag beginnenden Moskau-Besuch nicht nur mit Parteichef Michail Gorbatschow und Außenminister Edward Schewardnadse, sondern auch mit dem sowjetischen Staatsoberhaupt, Andrej Gromyko, und dem ZK-Sekretär für Außenpolitik, Anatoly Dobrynin, zusammentreffen. Diese Liste ungewöhnlich prominenter Gesprächspartner unterstreicht nach Bonner Ansicht die Bedeutung, die man im Kreml der Reise beimißt.

Nach der Rückkehr von einem Kurzurlaub wird Genscher in der heutigen Kabinettssitzung wahrscheinlich noch einmal über die Ziele seines Besuches referieren. Zu diesem Zeitpunkt wird die Bonner Expertengruppe, die bereits am Montag zur Fortsetzung ihrer Verhandlungen über ein wissenschaftlich-technisches Rahmenabkommen nach Moskau geflogen ist, noch nicht heimgekehrt sein. Spätestens am Donnerstag wird jedoch Aufschluß darüber erwartet, ob die Sowjets einer „personenbezogenen Lösung" für die Einbeziehung von Wissenschaftlern aus Berliner Bundesbehörden zustimmen und damit den Weg zur Unterzeichnung des Abkommens durch den Bundesaußenminister freimachen.

Als wichtigstes Thema der Genscher-Reise bezeichnen Bonner Diplomaten die Abrüstung und Rüstungskontrolle. Erhofft werden nähere Aufschlüsse über die sowjetischen Positionen und vielleicht sogar Hinweise auf Kompromißmöglichkeiten. In dieser Hinsicht haben die jüngsten Konsultationen mit den sowjetischen Abrüstungsunterhändlern Victor Karpow und Victor Issaelyan in Bonn zwar keine überraschenden Neuigkeiten, immerhin aber Andeutungen von „Bewegung" ergeben, wie Experten versichern.

Vorrang für die Bundesregierung hat gegenwärtig die Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE), die bis zum 19. September terminiert ist. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen konkrete Ergebnisse vorliegen, wenn das Treffen nicht als Fehlschlag enden soll. In Bonn hofft man jedoch, daß gerade eine Einigung im Bereich der konventionellen Vertrauensbildung auch die Verhandlungen in anderen Bereichen voranbringen könnte. Als entscheidend wird es angesehen, ob die Sowjets den westlichen Wünschen nach effektiver Verifikation entgegenkommen werden. Nach den Gesprächen mit Karpow gilt das nicht als ausgeschlossen.

Die Verifikation spielt auch bei dem zweiten für Bonn wichtigen Abrüstungsthema, dem globalen Verbot der chemischen Waffen, die am Montag in Genf wieder aufgenommen werden sollen, eine zentrale Rolle. Hierfür wollen die Briten einen Kompromißvorschlag einbringen. Er soll die Unterzeichnerstaaten in die Lage versetzen, eine Überprüfung der Chemiewaffen-Arsenale eines Landes zu fordern.

Weitere Punkte auf Genschers Tagesordnung sind die Wiener Truppenreduzierungs-Verhandlungen (MBFR) und die Genfer Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen.

SPD: Haftung im Umweltrecht neu ordnen

HH, Bonn

In einem Leitantrag zur Umweltpolitik schlägt der SPD-Vorstand dem im August stattfindenden Parteitag in Nürnberg vor, einen Beschluß „über eine grundsätzliche Neuorientierung der Umweltpolitik zu fassen". Umweltschädliche Produkte und Produktionsverfahren sollen durch umweltverträgliche ersetzt und die dazu nötigen technischen Innovationen gefördert werden, erklärte gestern der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Volker Hauff vor Journalisten.

Die SPD will auch das Haftungsrecht neu ordnen. Haftung wäre dann auch ohne schuldhaftes Handeln gegeben. Mit der Beweislastumkehr im Umweltschutz soll erreicht werden, daß nicht der Geschädigte, sondern beispielsweise der Produzent eines bestimmten Erzeugnisses im Schadensfalle beweispflichtig wird. Bereits am Vortag hatte Hauffs Parteifreund Uwe Jens eine stärkere Berücksichtigung der Umweltprobleme in der wirtschafts- und ordnungspolitischen Gesetzgebung gefordert. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz solle entsprechend erweitert werden.

Genscher will in Moskau die „offene Flanke" Berlins ansprechen

Bemühungen Bonns auf nationaler und internationaler Ebene, den Asylantenstrom zu bremsen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

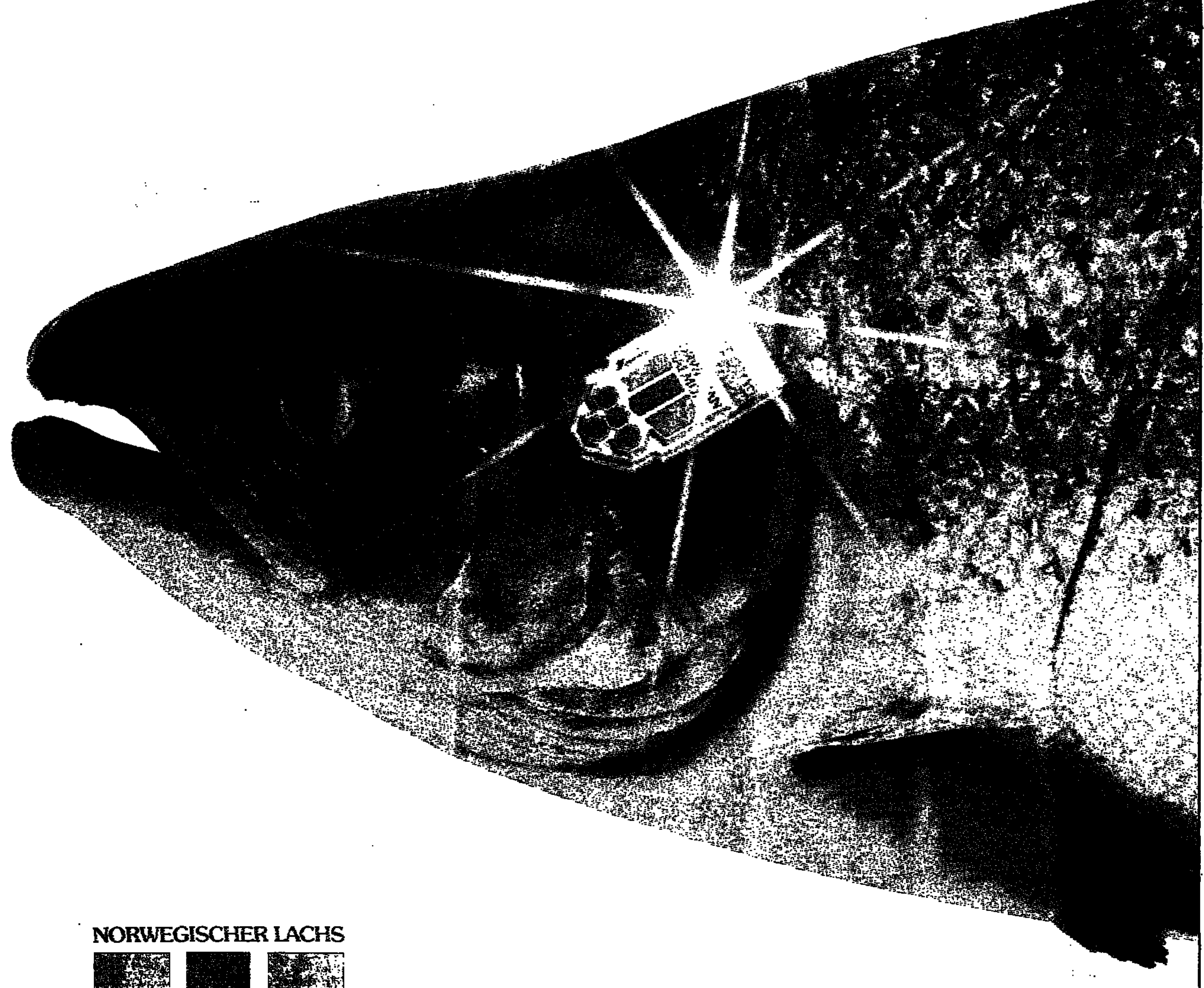
Von den Gesprächen, die Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher kommende Woche in Moskau mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse führen wird, erwartet die Bonner Koalition eine Verminderung des gegenwärtig anschwellenden Stroms von Asylsuchenden in die Bundesrepublik. Rund 70 Prozent der auf dem Ost-Berliner Flughafen Schönefeld ankommenden Flüchtlinge, vor allem aus afrikanischen und asiatischen Ländern, reisen mit der sowjetischen Fluggesellschaft „Aeroflot" ein. Der Rest kommt mit der „DDR"-Gesellschaft „Interflug". Mit dem Zug reisen die Ausländer von West-Berlin ins Bundesgebiet.

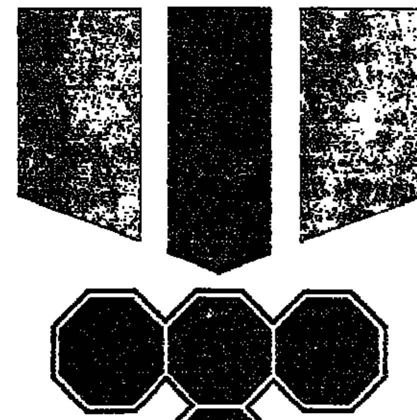
Die Abgeordneten Baum und Hirsch aus der FDP-Fraktion sagten gestern, Genscher werde in Moskau diesen Zustrom von Asylbewerbern über die „offene Flanke" in Berlin ansprechen. Es gehe dabei nicht nur um Verhandlungen mit der „DDR", sondern auch mit jenen Staaten, die wie die Sowjetunion mit ihren Fluglinien am Transport der späteren Asylbewerber beteiligt seien. Mit Hilfe der Einreisemöglichkeit vom Ostteil der Stadt nach West-Berlin werde jene Barriere unwirksam, mit der vor Jahren durch neue Visa-Bestimmungen der Zustrom von Ausländern in die Bundesrepublik gebremst worden sei.

Parallel zu solchen Bemühungen, durch Bonner Absprachen mit der Sowjetunion und der „DDR" den Zustrom von Flüchtlingen in die Bundesrepublik zu dezimieren, will die Bundesregierung die Koalition auf eine vom Bundesrat schon im letzten Sommer angestoßene Änderung des Asylverfahrensrechts einigen und so durch innerstaatliche Maßnahmen den durch wachsende Asylbewerber-Zahlen entstehenden Druck auf Länder, Städte und Gemeinden vermindern. Im Zentrum stehen Verschärfungen, die den Behörden die Beschleunigung der Asylverfahren erleichtern sollen. Möglich werden soll zum Beispiel die Ablehnung eines Asylantrages, wenn der Antragsteller vorher drei Monate ungefährdet durch politische Verfolgung in einem Drittland gelebt hat.

In Kreisen der Bundesregierung erhofft man sich aber selbst von der Beschleunigung des Asylverfahrens nicht die Erleichterung, die man glaubt durchsetzen zu müssen, um in der Bevölkerung in bestimmten, besonders durch Ausländer belasteten Städten und Gemeinden nicht eine neue Ausländerfeindlichkeit aufkeimen zu lassen.

Bonn rechnet in diesem Jahr mit rund 100 000 Asylbewerbern, diese Zahl ist um ein Drittel höher als 1985. Auf längere Sicht setzt man in der Regierung deshalb auf die Einsicht der verantwortlichen politischen Kräfte in Bonn, an einer Änderung des Grundgesetzes mitzuwirken, durch die allein die Bestimmung des Artikels 16, politisch Verfolgte genössen Asylrecht, richtig eingegrenzt werden könne. Anerkennung fand in Bonn darum die Äußerung des amtierenden Präsidenten des Deutschen Städtetages, Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, der Städte und Gemeinde angesichts der Kosten der Unterbringung für die Flüchtlinge für rettungslos überfordert hält.





Paris: Mit Rambouillet nahm alles den Anfang

Premierminister Chirac fühlt sich von Kohl versetzt

PETER RUGE, Paris

„Es ist keine Frage, auch Premierminister Chirac bedauert, daß die Beziehungen zwischen dem Kanzleramt und dem Hotel Matignon nicht die besten sind. Das hängt mit Kohls Visite in Rambouillet zusammen", sagte einer der engsten Berater des französischen Premiers. Der Bundeskanzler hatte Mitte Juni in diesem Schloß Staatspräsident Mitterrand getroffen. Eine Gelegenheit zu einem Abstecher zum Premierminister wäre gegeben gewesen, denn Chirac hielt einen Termin frei. „Eine Stunde hat er sich für den Kanzler reserviert, wir warteten aber im Hotel Matignon vergeblich. Herr Kohl kam nicht."

Daß der Kanzler danach versicherte, er werde sich mit Chirac in den verbleibenden Tagen bis zum europäischen Gipfel in Den Haag treffen, wird im Matignon als unbegreiflich bezeichnet. „Hatte Kohl nicht die Möglichkeit dazu bei seinem Besuch in Paris? War es bisher nicht eine Gepflogenheit, sich noch vor solchen wichtigen Konferenzen erst einmal auf Regierungsebene abzustimmen?"

Der Berater des Premiers zielt damit auf die Erklärung von Rambouillet ab, als Kohl und Mitterrand die deutsch-französische Allianz beschworen und sich gegenseitig versicherten, man wolle das im Absturz befindliche gemeinsame Hubschrauberprojekt wieder flügge machen. „Das ist nicht mehr eine Angelegenheit des Elysee", sagt Chiracs Berater. „Hat der deutsche Kanzler etwa nicht zur Kenntnis genommen, daß nach der französischen Konstitution, Artikel 20, der Premierminister die Politik der Nation bestimmt und leitet? Wozu hat er einen Botschafter in Paris, wenn der ihm nicht diese Verfassungsgrundsätze vermitteln kann?"

Frankreichs Premier scheint auch nicht vergessen zu haben, welches Fingerspitzengefühl Kohl ihm gegenüber vor der Parlamentswahl bewies. Zweimal war der Kanzler damals in Paris. Er fand Zeit, sich mit Raymond Barre, dem Cohabitations-Gegner, zu treffen, aber ein Rendezvous mit Chirac kam nicht zustande.

Bonn darf sich auf den nächsten Konflikt schon vorbereiten. Mit Skepsis wird demnächst dem deutsch-französischen Gipfel im Herbst entgegengesehen. Das Treffen Kohl–Mitterrand soll in Frankfurt stattfinden, im Zeichen der Kultur. Pikiert sagt der Matignon-Berater: „Auch dieses Thema ist eine Sache der französischen Regierung. Wir bereiten das vor – mit welchem Erfolg, das wird auch von der künftigen Haltung im Bundeskanzleramt beeinflußt werden."

Ein Auftrag für Schtscharanskij

SAD, Jerusalem

Nathan Schtscharanskij soll der israelischen Delegation zur Vollversammlung der Vereinten Nationen als Sondermitglied angehören. Das israelische Außenministerium bestätigte jetzt, daß der in Israel lebende, frühere sowjetische Regimekritiker wegen seiner heldenhaften Vergangenheit in den Gefängnissen der UdSSR und seiner genauen Kenntnis der Sowjetunion für diese Aufgabe ausgewählt wurde. Schtscharanskij saß neun Jahre lang hinter Gittern, weil er sich weigerte, sich als amerikanischer Spion zu bekennen. Erst am 3. Februar war er im Rahmen einer internationalen Austauschaktion freigelassen worden.

Schtscharanskij soll sich in erster Linie bei der UNO-Kommission für Menschenrechte betätigen und dort eine Rede über die Verfolgung der Zionisten in der Sowjetunion halten. Eine Antwort Schtscharanskijs steht noch aus.

Gespräche über SALT 2

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan ist offenbar bereit, in Genf mit den Sowjets über seine Entscheidung zu beraten, die Abmachungen des SALT-2-Vertrages künftig nicht mehr einzuhalten. Voraussetzung ist jedoch, daß auch über die sowjetischen Verletzungen des 1979 geschlossenen, aber nie ratifizierten Abkommens gesprochen wird.

Ein Sprecher des Weißen Hauses erklärte, es habe aufgrund des sowjetischen Angebotes diplomatische Kontakte mit Moskau gegeben. Das State Department hat offenbar eine positive Reaktion befürwortet, das Verteidigungsministerium dagegen zu einer Ablehnung gedrängt.

Der sowjetische Parteichef Gorbatschow ist grundsätzlich bereit, die einjährige Pause bei der Erprobung von Kernwaffen zu verlängern. Ein entsprechender Entschluß hängt, so die Nachrichtenagentur Tass, von der amerikanischen Haltung zu Fragen der Rüstungskontrolle ab.

Fehrenbach tritt Sorgen der Arbeitnehmer entgegen

„Es wird nur einen sozial-verträglichen Ausstieg geben"

DW. Düsseldorf

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach hat den Versuch unternommen, den Riß, der Befürworter und Gegner der friedlichen Nutzung der Kernenergie im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) trennt, zu kitten. Fehrenbach, der zugleich CDU-Mitglied ist, trat den Befürchtungen der Arbeitnehmer, die in Atomkraftwerken beschäftigt sind, entgegen, daß sie diese Beschlußlage mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlen müßten. Der Gewerkschaftsbund und seine Mitglieds-Gewerkschaften seien sich einig darüber, daß für den baldigen Austieg Regelungen gefunden werden müßten, die „in jeder Hinsicht" sozial-verträglich seien. Der DGB gefährde mit seinem Hamburger Beschluß vom Mai nicht die Arbeitsplätze in der Atomindustrie.

Fehrenbach versuchte, den Ängsten in der Arbeitnehmerschaft mit einer Interpretation des DGB-Beschlusses die Spitze zu nehmen. Der Bundeskongreß habe lediglich Rahmenangaben zum Ausstieg aus der Kernenergie gemacht. Offenbar zu einem konkreteren Standpunkt will der DGB sich in einer Klausurtagung gemeinsam mit Vertretern der Mitgliedsgewerkschaften, die heute und morgen in Frankfurt stattfindet, durchringen. Fehrenbach fügte mit Blick auf Teile der SPD, die den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie proklamieren, hinzu, Schnellstillegungen von Atomkraftwerken seien nicht möglich.

Ein Teil der Arbeitnehmer, die im DGB organisiert sind, hatten die Gewerkschaftsspitzen ihren Unmut über den Ausstiegs-Beschluß auf dem Betriebsräte-Kongreß in Dortmund deutlich spüren lassen und dem DGB vorgeworfen, sich damit von der Basis seiner Mitgliedschaft zu entfernen (WELT v. 12.7.).



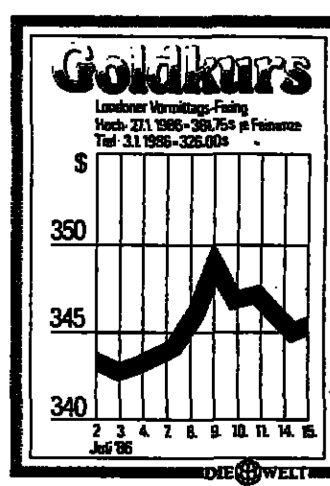
Zum Stückpreis von 310 Mark kommt die Aktie des Sportartikelherstellers Puma AG, Herzogenaurach, an die Börse. Die erste Notierung ist für den 25. Juli in Frankfurt und München geplant. Angeboten werden Vorzugsaktien von nominal 14 Mill. DM zur Zeichnung am 16. und 17. Juli. Mit dem Gang an die Börse fließen Puma – wichtigster Werbeträger ist der deutsche Tennisstar Boris Becker (Foto) – 86,8 Mill. DM in die Kasse. (S. 10) FOTO: LORENZ BAADER

WELTWIRTSCHAFT

USA: Ein neues Rekorddefizit von 220 Mrd. Dollar erwartet Budgetdirektor Miller für das Fiskaljahr 1986, das am 30. September endet. Der für 1987 angestrebte Abbau auf 144 Mrd. wird auch kaum erreicht werden. Hauptgrund ist für Miller die schwache Konjunktur.

EG: Gegen die geplante Festsetzung eines vorläufigen Anti-dumping-Zolls auf japanische Fotokopiergeräte hat der deutsche und europäische Handel „größte Vorbehalte" angemeldet, teilt die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels mit.

FÜR DEN ANLEGER



Zentralbankrat: Für die letzte Sitzung am Donnerstag vor der vierwöchigen Sitzungspause werden keine Beschlüsse erwartet.

Währungen: Der Dollar mit 3 Pfennig auf 2,1610 DM, dem niedrigsten Stand seit April 1981, und das Pfund mit 2 Pfennig auf 3,229 DM notierten in Frankfurt deutlich geringer. Die Bundesbank griff nicht in die Kursfindung ein.

Orenstein + Koppel: Die Kapitalerhöhung erfolgt nach der Umstellung der Notierung von 100 DM auf 50 DM je Aktie am 14. Juli zum Bezugspreis von 135 DM. Die jungen Aktien werden vom 23. Juli bis 5. August angeboten.

Wall Street: Nach schwachem Wochenbeginn stand die erste Börsenstunde gestern auch im Zeichen des weiteren Kursrückgangs. Der Dow Jones fiel noch einmal auf 1789,65 Punkte.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 257,67 (262,05); Chemie: 150,51 (153,31); Elektro: 292,82 (296,10); Auto: 729,12 (742,76); Maschinenbau: 142,91 (143,52); Versorgung: 143,69 (147,64); Banken: 380,79 (387,55); Warenhäuser: 145,48 (148,17); Bauwirtschaft: 469,91 (474,98); Konsumgüter: 166,49 (169,40); Versicherung: 1338,83 (1358,22); Stahl: 150,28 (155,46).

Kursgewinner:	DM	+ %
Seilwolff	36,00	12,5
Hanf Oberach St.	270,00	5,8
Eichbaum Brau	168,00	5,0
Hanf Oberach Vz.	210,00	5,0
Stuttg. Hof. St.	730,00	4,2

Kursverlierer:	DM	– %
Preussag	171,00	9,5
O. & K.	163,00	7,1
Contigas	315,20	6,4
Farb. Liqu.	9,80	5,7
Commerzbk. Reste	13,40	4,9

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Schwach.

MÄRKTE & POLITIK

Versicherungen: Unverheiratete Paare müssen nicht mehr zwei Verträge abschließen, wenn sie sich vor Schadenersatzansprüchen Dritter schützen wollen. Die Mitversicherung erlischt, wenn die Wohngemeinschaft endet, erklärte der HUK-Verband.

Benzin: Deutsche Neuwagen verbrauchen im Durchschnitt nur noch 7,6 (1978: 9,8) Liter pro 100 Kilometer, hat der Verband der Automobilindustrie errechnet.

EG: Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher hat die Importpolitik am Obst- und Gemüsemarkt der Gemeinschaft scharf kritisiert. Zollähnliche Ausgleichsabgaben erreichten teilweise mehr als 50 Prozent des Warenwertes.

Erdöl: Auf etwa 6 Mill. Barrel pro Tag hat Saudi-Arabien seine Produktion in der vergangenen Woche erhöht, wird in Branchenkreisen geschätzt. Anfang des Monats lag die Förderung bei etwa 5,5 Mill. Der Quotenvorschlag der letzten Opec-Sitzung im Rahmen der Gesamtförderung von 17,6 Mill. betrug für die Saudis 4,5 Mill. Barrel.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

PepsiCo: Die Obergesellschaft des zweitgrößten amerikanischen Herstellers alkoholfreier Getränke übernimmt von Philip Morris für 246 Mill. Dollar die internationalen Aktivitäten der Seven Up Co. Die geplante Übernahme des gesamten Geschäfts scheiterte an den US-Wettbewerbsbehörden.

Unterhaltungselektronik: Der französische Thomson-Konzern, Muttergesellschaft von Telefunken, Nordmende, Saba und Dual, will für die 1200 der 7686 Mitarbeiter, die bis Ende 1987 die deutschen Unternehmen verlassen müssen, Abfindungen von insgesamt 36 Mill. DM zahlen. (S. 10)

NAMEN

Harpener: Heyo Schmiedeknecht (47), Sprecher des Vorstands der Dortmunder AG, hat den Dienstvertrag zum Jahresende gekündigt. In seiner Amtszeit seit 1976 hat sich die frühere Bergbaugesellschaft zu einem sehr ertragreichen Mischkonzern entwickelt. Der offiziell nicht begründete Rücktritt erklärt sich wohl daraus, daß die Pariser Holding Gaz et Eaux ihren 51prozentigen Anteil an die Luzerner Finanzgruppe York Hannover Holding AG verkauft hat, die wohl einen neuen Kurs steuern will.

UNO: Professor Karl E. Ganzhorn, bis April Geschäftsführer der IBM Deutschland GmbH, ist auf Nominierung des Bundesforschungsministeriums in den Beratungsausschuß für Wissenschaft und Technologie der vereinten Nationen gewählt worden. In diesem Ausschuß sitzen 28 Fachleute.

Der Marxismus ist nicht wissenschaftlich, er ist bestenfalls wissenschaftsgläubig.

Albert Camus

„Für die Pflegeversicherung wäre ein Gesetz die schlechteste Lösung"

WELT-Gespräch mit Heinrich Frommknecht von den Privaten Krankenversicherungen

THOMAS LINKE, Bonn

Auch der Bundesrat will nun einen Gesetzesantrag zur Einführung einer Pflegeversicherung einbringen. Dort liegt bereits ein Entwurf der Bundesregierung. Die privaten Krankenversicherer sind über diesen Sinneswandel enttäuscht, denn die Bundesregierung wollte ursprünglich auf eine gesetzliche Lösung des Problems Pflege verzichten.

„Wir hoffen aber, daß in der Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen ist", erklärte Heinrich Frommknecht, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Privaten Krankenversicherungen (PKV), in einem Gespräch mit der WELT. Der eigentliche Pflegeberg komme erst nach der Jahrtausendwende auf uns zu: Bis zum Jahr 2030 steige der Anteil der über 65jährigen von jetzt 15,6 Prozent auf 28,3 Prozent, meinte Frommknecht. Eine gesetzliche Lösung lehnt er entschieden ab, „denn dann würde sich das Angebot seine Nachfrage über kurz oder lang selbst schaffen". Deswegen werde eine solche Lösung auch von den gesetzlichen Krankenkassen abgelehnt. Der Abschiebung ins Heim würde Vorschub geleistet – über kurz oder lang würden die Pflegekosten explodieren.

„Bei der Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung in den Niederlanden haben sich von 1968 bis 1981 die Gesamtausgaben für Pflege verneunfacht", rechnet der Verbandschef. Zudem verstärke die Einbeziehung der Pflege das Strukturproblem der gesetzlichen Krankenversicherung, über die Familienhilfe die Höherverdiener gegenüber den Schutzbedürftigen zu begünstigen.

Mit Hilfe der heute bereits zur Verfügung stehenden Angebote der privaten Krankenversicherung könnten laut Frommknecht die erst übermorgen wirklich gravierenden Probleme der Finanzierung der Pflegekosten gelöst werden. Doch die Nachfrage nach Pflegekostenversicherung, Pflegetagegeldversicherung und Pflegerentenversicherung sei noch zurückhaltend. Frommknecht: „Sie würde sich jedoch entscheidend verbessern, wenn sich der Bund zu einer steuerlichen Förderung durchringen würde."

Um zu verhindern, daß eine Zwei-Klassen-Pflegegesellschaft entsteht, sollte den sozial besonders schutzbedürftigen Bevölkerungskreisen mit geringen Einkommen über ein staatliches Leistungsgesetz geholfen werden, fordert die PKV. Es hätte die bisherige Sozialhilfe teilweise durch gezielte Leistungen für den Pflegefall kostenneutral abzulösen.

„Wir halten es für erforderlich, daß die Beiträge zu Pflegeversicherungen den unbeschränkt abzugsfähigen Sonderausgaben zugeordnet werden", erklärt Frommknecht. Damit würde die Steuerbegünstigung unmittelbar der Pflegeversicherung zugute kommen und würde nicht durch andere Vorsorgeaufwendungen ausgeschöpft. Der Lösungsvorschlag der PKV würde Staat und Wirtschaft wesentlich weniger belasten, als die nun vorgelegten Gesetzentwürfe.

„Schließen alle Personen zwischen 30 und 60 Jahren eine Pflegekrankenversicherung ab, und wird der Beitrag bis zu 300 Mark jährlich steuerlich begünstigt, dann entstünde ein jährlicher Steuerausfall von 1,6 Milliarden Mark", errechnet Frommknecht. Dagegen würden die Kosten beispielsweise des Gesetzentwurfs von Bayern, auf den der Bundesrat sich geeinigt hat, auf rund fünf Milliarden Mark geschätzt.

Wallmann: Cattenom birgt keine zusätzlichen Risiken

Sicherheitsstandards sind mit deutschen vergleichbar

HH, Bonn

Die Sicherheits-, Strahlen- und Umwelt- sowie Notfallschutzmaßnahmen bei deutschen und französischen Kernkraftwerken sind vergleichbar. Das hat Umweltminister Wallmann (CDU) auf Fragen des FDP-Bundestagsabgeordneten Schäfer (Mainz) zum Kernkraftwerk Cattenom erklärt. Wallmann konnte auch Meldungen über die „erheblich höhere Störanfälligkeit" dieses Kraftwerks nicht bestätigen.

Er stützt sich unter anderem auf Aussagen der Deutsch-Französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DFK), die seit 1978 einen Informationsaustausch über die Sicherheitstechnik des Kraftwerks Cattenom im Vergleich mit Philippsburg 2 unterhält. Danach sei für die in Grenznähe lebende Bevölkerung im Hinblick auf die jeweilige ausländische Anlage praktisch ein gleicher Schutz zu erwarten wie in der Umgebung der eigenen. „In beiden Ländern gelten vergleichbare Schutzziele", schreibt Wallmann. Dazu würden aber „zum Teil voneinander abweichende technische Lösungswege beschritten ..."

Jeder Staat genehmige die Anlagen autonom nach seinen nationalen Vorschriften. Andere Staaten hätten „grundsätzlich keine rechtlichen Möglichkeiten, auf die nationalen Genehmigungsverfahren einzuwirken oder Errichtung und Inbetriebnahme zu verhindern". Die EG-Kommission prüfe zur Zeit, ob Frankreich seine Verpflichtungen nach Artikel 37 Euratomvertrag über die Meldepflicht radioaktiver Ableitungen einhalte.

AUF EIN WORT




» Nichts erscheint mir momentan gefährlicher für die mittelständische Wirtschaft zu sein als eine längere Phase der „Inflations-Null-Diät". Sie hat schlimme Auswirkungen auf die Rentabilität dieser Unternehmen, weil nämlich die beiden Hauptkostenarten „Personal und Raum" mit einem Anteil von weit über 60 Prozent nicht daran denken, sich dieser „Diät" anzuschließen. «

Dr. Georg C. Neumann, Präsident des Zentralverbandes der genossenschaftlichen Großhandels- und Dienstleistungsunternehmen e. V. (Zentgeno), Bonn. FOTO: DIE WELT

Rindfleisch-Marktordnung bedarf dringend der Reform

Unterschiedliche Positionen im EG-Agrarministerrat

dpa, Brüssel

Die EG-Agrarminister haben bei ihren Beratungen in Brüssel über geplante Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik in wichtigen Punkten keine greifbaren Fortschritte erzielt. Strittig blieb insbesondere die Anpassung der Marktordnung für Rindfleisch.

Die EG-Kommission hat eine gründliche Reform des Rindfleischsektors mit einem Abbau des bestehenden Interventionssystems vorgeschlagen, um die anhaltende Überschußproduktion zu beseitigen. Insbesondere Franzosen, Irländer und Luxemburger sind mit dem vorgelegten Plan nicht einverstanden, die staatliche Intervention bei Rindfleisch bis zum November 1987 schrittweise einzuschränken. Weitgehenden Zuspruch fanden die Brüsseler Vorschläge nur bei den Niederländern, die vor allem von Briten und Griechen unterstützt wurden.

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) wandte sich gegen eine völlige Beseitigung des bestehenden Interventionssystems und gegen die Kommissions-Pläne, die Intervention durch Prämienzahlungen für speziell Rindfleisch produzierende Betriebe zu ersetzen.

Der zuständige EG-Kommissar Frans Andriessen wies im Rat erneut auf die Dringlichkeit einer Reform des Rindfleisch-Markts hin. Derzeit lagerten trotz Rekordergebnissen beim Export in den EG-Kühlhäusern Bestände von 750 000 Tonnen. Jede Woche gingen 11 000 Tonnen in die Intervention. Die EG-Ausgaben für den Rindfleischsektor betragen rund 5 Mrd. Mark im Jahr.

Die Zarenschuld wird abgeschrieben

WILHELM FURLER, London

Der London-Besuch des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse und seine Gespräche mit Premierministerin Margaret Thatcher sowie Außenminister Sir Geoffrey Howe haben offenbar auch zu einer Einigung über jahrzehntealte Querelen im Zusammenhang mit russischen Anleihen aus der vorrevolutionären Zarenzeit geführt. Jedenfalls gab die Londoner Börse bereits gestern vormittag bekannt, daß der Handel in russischen Bonds ausgesetzt worden ist.

An der London Stock Exchange werden rund 40 solcher Russen-Anleihen aus der Zarenzeit gehandelt. Seit ihrer Gründung hat sich die UdSSR geweigert, diese Verbindlichkeiten zu honorieren. Wie ein Sprecher der Bank von England gegenüber der WELT erklärte, sei über diese Außenstände eine Einigung zwischen den beiden Regierungen gefunden worden. Um daraufhin ein Chaos im Handel mit diesen Russen-Bonds zu verhindern, habe man sich zur Aussetzung entschlossen.

Weitere Einzelheiten wollte die Notenbank nicht bekanntgeben, da sie einer parlamentarischen Anfrage gestern am späten Nachmittag und damit vor dem Redaktionsschluß dieser WELT-Ausgabe nicht vorgreifen könne.

Der Vorsitzende der Vereinigung von Besitzern ausländischer Anleihen (Council of Foreign Bond Holders) in London teilte auf Anfrage der WELT mit, daß es zur Zeit der Revolution eine große Zahl russischer Anleihen gegeben habe. Ihre Bedienung ist seither in Verzug. In den sechziger Jahren stellte die britische Handelsbehörde ein Register über die britischen Anleiheeigner auf und wies darin nominal 50 Mill. Pfund in britischem Eigentum nach. Seither habe es von Zeit zu Zeit Verhandlungen über diese Zaren-Anleihen gegeben. Doch im Vordergrund der Gespräche hätten sowjetische Außenstände aus der Zeit nach 1938 gestanden. Über deren Begleichung wurde 1968 eine Einigung erzielt.

Nach Auffassung des Council of Foreign Bond Holders dürfte die mit Außenminister Schewardnadse getroffene Übereinkunft so aussehen, daß beide Seiten ihre Ansprüche fallen lassen. Aus der Zarenzeit bestehen auch Ansprüche gegenüber den Briten, die aufgrund der Weigerung der Sowjets ihrerseits nicht bereit waren, sie zu begleichen. Für die britischen Halter von Russen-Anleihen dürfte dies bedeuten, daß sie von London nur einen vergleichsweise geringen Ausgleich für ihre Ansprüche erhalten.

Hoffnung für Bremen

Von W. WESSENDORF

„Bremen hat nicht nur einen Hafen, Bremen ist ein Hafen." Diesen alten Slogan führen die Hanseaten dauernd im Mund, zu Recht, denn ohne die beiden Häfen in den Schwesterstädten Bremen und Bremerhaven wäre im kleinsten Bundesland so manches nicht möglich; das gilt für ihre Wirtschaft und Politik. Die politische Selbständigkeit des Weserstaates beruht schließlich auf ihren maritimen Funktionen, die sie für die Bundesrepublik Deutschland und damit auch für Europa wahrnimmt.

Die Häfen in Bremen und Bremerhaven halten 300 000 Beschäftigte in Lohn und Brot, ein jährliches Steueraufkommen von 1,3 Milliarden DM ist damit verbunden. Die 93 000 hafenabhängigen Arbeitsplätze – jeder dritte im städtischen Bundesland ist portorientiert – bringen dem Bremer Fiskus pro anno 640 Millionen DM in die leeren Kassen. Die Häfen erfüllen also für die Freie Hansestadt Bremen eine Herzfunktion.

Die bremischen Häfen, in denen 300 000 Menschen arbeiten, werden in diesem Jahre einen Rückschlag erleiden. Hoffnung geben aber neue Regelungen über den Seehafenhinterlandverkehr.

Die Bremer verfolgen deshalb die Entwicklung in ihren Hafenstädten mit Argusaugen. Das Zahlenwerk des Umschlags gleicht dem Pulsschlag. Und der signalisiert jetzt Störungen: Das Umschlagergebnis der ersten sechs Monate in diesem Jahr kann nicht voll befriedigen. Da helfen keine Beschwichtigungen, daß dieses negative Resultat erwartet wurde. Ganz ohne Rückschläge wird dieses Jahr demnach für die bremischen Häfen nicht über die Kajen gehen. Das gilt für Tonnage wie für Erträge.

Im vergangenen Jahr war der Umschlag auf seine Höchstmarke von 30 Millionen Tonnen geklettert; das entspricht einem Warenwert von 60 Milliarden DM. Trotz des Spitzenresultats gab es allerdings keine Freudentänze, weil die Erträge zu wünschen übrig ließen. Die Schimpfkanonade richtete sich gegen die scharfen Wettbewerbsbedingungen zwischen den deutschen und niederländischen sowie belgischen Seehäfen. Deshalb schrumpfte auch der wertschöpferisch bedeutende Stückgutumschlag im ersten Halbjahr 1986 um vier Prozent, macht nur noch 60 Prozent des Umschlags aus. 80 Prozent der bremischen Hafenaktivitäten werden für andere Bundesländer erbracht.

Indes, die Bremer Hafenexperten sehen seit vergangener Woche wieder Land. Der Bundesrat hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, der die Lockerung der Güterverkehrstarife des deutschen Seehafenhinterlandverkehrs zuläßt, damit sie denen des grenzüberschreitenden EG-Verkehrs angeglichen werden können.

Die Novellierung kann dazu führen, daß die gesamte deutsche Wirtschaft, die mit dem Außenhandel verbunden ist, in den Genuß günstigerer Bezugs- und Absatzbedingungen kommt. Die verladende Wirtschaft und die Unternehmen der Verkehrswirtschaft müssen nun aber auch die gebotene Möglichkeit zur Annäherung der Preise auf der Straße nutzen.

Dennoch ist das Kostenproblem noch nicht vollends gelöst, die größere Flexibilität der Preisbildung führt nicht ohne weiteres zu ausgeglichenen Frachtraten, denn die höheren deutschen Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuern werden sich weiter zu Lasten des Lkw-Verkehrs mit den bundesrepublikanischen Seehäfen auswirken. Daher muß das Straßengütergewerbe künftig bei seiner berechtigten Forderung nach Angleichung der unterschiedlichen Kostenstrukturen unterstützt werden. Schließlich nimmt die europäische Verkehrspolitik Kurs auf volle Liberalisierung des grenzüberschreitenden Verkehrs bis 1992.

Bei Ausschöpfung aller Reserven und der Anwendung neuer Technologien können nach Angaben der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG), die zu gut der Hälfte der Stadtgemeinde Bremen gehört, jährlich rund 1,5 Millionen Containereinheiten abgefertigt werden, 50 Prozent mehr als heute. Dann würde es wieder in den Kassen klingeln.

Doch sieht BLG-Chef Rolf Fastenau auch Kapazitätsprobleme im Neustädter Hafen in Bremen-Stadt. Er fordert seinen zügigen Ausbau, außerdem warnte er davor, alte Reviere stillzulegen. In diesem Zusammenhang kam frohe Kunde aus Karlsruhe. Danach erlaubt es „die über 60 Jahre alte Tradition der Berücksichtigung von Hafenlasten im Länderfinanzausgleich dem Gesetzgeber, die Belastungen der Länder aus der Unterhaltung und Erneuerung ihrer Seehäfen jeweils angemessen zu berücksichtigen".

Seit den fünfziger Jahren waren dies nur jährlich 25 Millionen DM. Die Unterhaltung allein kostet unterdessen schon 60 bis 70 Millionen DM pro Jahr. Bremens Finanzsenator Claus Grobecker (SPD) hofft deshalb künftig auf einen Betrag von 130 Millionen DM. Mit 70 Millionen DM schlägt die Investition im Neustädter Hafen allein zu Buche, damit wird es allerdings höchste Eisenbahn.

Trocken geblieben

Nea. – Wie ein trockener linker Leberhaken muß bei deutschen Weinkennern die von einigen Medien irrtümlich oder mißverständlich formulierte Nachricht gewirkt haben, der Bundesrat habe es abgelehnt, für deutsche Weine die Geschmacksbezeichnungen „trokken", „halbtrocken", „lieblich" und „süß" zuzulassen. Aber so schlimm ist es mit dem deutschen Weinrecht nun auch wieder nicht.

Zur Debatte stand lediglich, ob – so wollten es Bundesgesundheitsministerium und Gesundheitsausschuß des Bundesrats – die Geschmacksbezeichnungen obligatorisch eingeführt werden. Erlaubt sind sie, gestützt auf eine entsprechende EG-Verordnung und deutsches Weinrecht, schon lange. Und das bleiben sie auch. Das Fatale an der gegenwärtigen Situation ist allerdings dies: Wer seinen Wein trocken oder halbtrocken ausbaut, schreibt es in der Regel auch auf das Etikett. Diese beiden Geschmacksangaben gelten inzwischen – in der Sache strenggenommen zwar falsch, aber im Sinne der allgemeinen Qualitätsentwicklung erfreulicherweise – fast wie eine Art Qualitätsmerkmal. Von den (genauso) erlaubten Bezeichnungen „lieblich" und „süß" dagegen wird so gut wie überhaupt kein Gebrauch gemacht. Darin kann eine Täuschung des Käufers liegen. Allzu große Erwartungen sollte man freilich auch an obligatorische Regelungen nicht knüpfen.

Die Franzosen zum Beispiel haben bewußt darauf verzichtet, sich vom Staat Geschmacksgrenzen setzen zu lassen. Sie trauen da lieber der eigenen Zunge. Vor allem aber: Sie wissen, welche ihrer Weine eher trocken und welche süß sind. Bis dahin ist es mit dem deutschen Wein noch ein ziemlich langer Weg.

Niedrigstpreise

hg – Wer hat Schuld am Ladensterben? Der Vorstandsvorsitzende der Rewe Zentral AG, Hans Reischl, hat diese Frage jetzt sehr deutlich beantwortet: Die Konditionenpolitik vieler Hersteller. Recht hat er, denn die Industrie neigt mehr und mehr dazu, den Lebensmittelhandel mit vollem Sortiment – darunter auch nachfragestarke Unternehmen – gegenüber den Großdiscountern zu diskriminieren. Dem liefert man ein paar „Renner", die er in großen Mengen zu Niedrigstpreisen einkauft und entsprechend verkaufen kann. Der Vollsortimenter, der ja auch weniger gängige Artikel haben muß, ist zwangsläufig teurer. Bei Rewe erwägt man nun, auf die Marken solcher Anbieter zu verzichten. Weil es sonst nämlich eines Tages nur noch Discounter geben wird. Mit Einkaufsmöglichkeiten zum Niedrigstpreis – Niveau entsprechend.

Ölüberangebot drückt auf Preise und Pfund-Kurs

fu, London

Der Druck auf die britische Währung hat sich auch gestern fortgesetzt. Nachdem das Pfund zum Wochenbeginn gegenüber der D-Mark um immerhin sechseinhalb Pfennige auf 3,2275 DM gestürzt war, kam es gestern morgen zu einem weiteren Rückgang auf 3,2097. Dieser Wert liegt nur geringfügig über dem bisherigen Niedrigststand der Pfund-DM-Parität vom 3. März dieses Jahres mit damals 3,1842 DM. Im Laufe des Dienstags konnte sich das Pfund allerdings leicht auf 3,2311 DM erholen.

Hinter der Pfundschwäche steckt unverändert die schwache Lage am Ölmarkt mit einer erheblichen Überproduktion. Der Preis für britisches Nordseeöl aus dem Brent-Feld ist inzwischen auf das tiefste Niveau bisher gefallen. An den Spotmärkten wird es für Ablieferungen August nur noch zwischen 8,60 und 8,80 Pfund je Barrel (ein Barrel = 159 Liter) gehandelt. Noch vor zwei Wochen lag der Preis bei 11,20 Dollar.

In Londoner Ölkreisen wird für den Preisverfall der vergebliche Versuch der Opec-Minister verantwortlich gemacht, zu einer Übereinstimmung über individuelle Mitglieder-Quoten zu kommen. Inzwischen hat sich die Rohölförderung sowohl der Opec-Länder als auch der nicht dem Ölkartell angehörenden Produzentenländer stark ausgeweitet. Schätzungen gehen davon aus, daß die Opec gegenwärtig 19,5 Millionen Barrel pro Tag verkauft, knapp zwei Millionen mehr als die von der Opec-Mehrheit im vergangenen Monat in Brioni vereinbarte Obergrenze.

Angesichts des Öl-Überschusses wird auch weiterhin mit anhaltendem Druck auf die Ölpreise erwartet, mit allen negativen Auswirkungen auf Großbritanniens Leistungsbilanz, seine Verschuldung aufgrund geringerer Nordseeöl-Steuereinnahmen und einen geringeren Spielraum für vorgesehene Steuererleichterungen.

Der erste Sport-Markenartikler an der deutschen Börse

Puma-Vorzugsaktien werden heute und morgen zur Zeichnung angeboten – Brüder Dassler behalten die Stammaktien

HENNER LAVALL, Frankfurt

Ein „klassischer Markenartikler" geht an die Börse: 280 000 stimmrechtslose Vorzugsaktien über nominal 14 Mill. DM der Puma AG Rudolf Dassler Sport, Herzogenaurach, werden von einem unter der Federführung der Deutschen Bank und der Mitführung der Bayerischen Landesbank Girozentrale stehenden Konsortium heute und morgen (16. und 17. Juli) dem Anlegerpublikum zur Zeichnung angeboten. Der Emissionspreis beträgt 310 DM je 50-DM-Aktie. Die erste amtliche Notierung an den Börsen in München und Frankfurt erfolgt am 25. Juli. Die für das Geschäftsjahr 1986 zur Hälfte gewinnberechtigten Vorzugsaktien sind mit einer nachzahlungspflichtigen Mindestdividende von vier Prozent und einer Mehrdividende gegenüber den Stammaktien von zwei Prozent ausgestattet.

Anläßlich der Präsentation gestern in Frankfurt betonten die Bankenvertreter, daß der gesamte Plazierungserlös von etwa 87 Mill. DM dem Unternehmen zufließt und dessen Eigenmittel weiter stärken wird. Das Grundkapital beträgt nach der Emission 50 Mill. DM und ist eingeteilt in 36 Mill. DM Stammaktien und 14 Mill. DM Vorzugsaktien, die „nach Möglichkeit" in einer breiten Stückelung verteilt werden sollen. Ob dies allerdings tatsächlich so durchgeführt werden kann, bezweifelt Horst Burgard, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank. Eher sei wieder mit einer äußerst kurzen Zeichnungsfrist zu rechnen, „denn schon jetzt ist das in- und ausländische Interesse sehr groß". Die Stammaktien bleiben im Besitz der Brüder Armin und Gerd Dassler. „Sie werden auch nicht zum Börsenhandel zugelassen", bekräftigte Armin Dassler, der neue Aufsichtsratsvorsitzende.

Er sieht den Börsengang seines Unternehmens auch als Vorsorge, denn „die Trennung von Management und Kapital gewährleistet die Zukunft des Unternehmens". Zudem soll der Erlös aus der Emission auch die Eigenkapitaldecke verbessern.

Im vergangenen Jahr hat die weltweit zu den führenden Sportartikelfirmen zählende Puma AG einen Umsatz von 819 Mill. DM erzielt. Der konsolidierte Außenumsatz der Gruppe (also einschließlich ausländischer Tochtergesellschaften) belief sich auf 1179 Mill. DM. Weltweit (einschließlich Lizenznehmern) wurde mit Einzelhändlern ein Umsatz von 1800 Mill. DM unter dem Namen Puma getätigt.

Das Produktionsprogramm umfaßt hochwertige Sportschuhe, Freizeitschuhe, Tennisschläger sowie Sportbekleidung und modische Freizeitkleidung. Vom AG-Umsatz 1985 entfielen nach Aussage von Vertriebs- und Marketingchef Günther Brendle 65 Prozent auf die Produktgruppe Schuhe, 30 Prozent auf Bekleidung und fünf Prozent auf den Tennisbereich. „Der Tennisbereich wächst aber schnell", erläutert Brendle, denn schließlich habe man den zweifachen Wimbledon-Sieger Boris Becker unter Vertrag, der gerade bis 1992 verlängert habe. „Der Boris-Effekt in diesem Bereich macht im laufenden Jahr rund zehn Mill. DM in Deutschland aus", ist man bei Puma sicher. Dies wird auch nötig sein, denn in den USA erlebt das Unternehmen zur Zeit einen „leichten Einbruch", wie Finanzchef Robert Wenzel erläuterte. Dieser stamme von einer „blitzschnellen" Veränderung des Verbraucherverhaltens weg vom athletischen Sportschuh hin zum Soft-Mode-Schuh. Wie alle anderen Anbieter wird Puma 1986 deshalb „wohl einen zweistelligen Millionenbetrag" (Wenzel) verlieren. Der Puma-Umsatz in den USA erreichte 1985 rund 180 Mill. Dollar.

Durch den Absatzrückgang in den USA wird sich das DVFA-Ergebnis je Aktie bei Puma 1986 auch auf 18 DM ermäßigen, nach 19,50 DM in 1985. Bereits für 1987 aber erwartet das Unternehmen wieder eine kräftige Steigerung auf 21,50 DM. Der Umsatz, der in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres um 5,5 Prozent (Inland allein plus 32 Prozent) zulegte, soll dann auf 917 (Erwartung 1986: 834) Mill. DM steigen.

Fazit der Veranstaltung: Die Puma-Aktie bietet eine Beteiligungsmöglichkeit an dem erwarteten hohen Wachstum des Sport/Freizeitbereichs, der an der deutschen Börse bisher nicht vertreten war.

Italiens Konjunktur zieht an

Statistische Daten spiegeln Binnenlage nicht voll wider

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Konjunkturlage ist in diesen Monaten von weiter verbesserten außenwirtschaftlichen Ergebnissen und einer konstant nach oben gerichteten Produktionskurve gekennzeichnet.

Die Industrieproduktion stieg in den ersten vier Monaten gegenüber der gleichen Vorjahreszeit zwar nur um 2,6 Prozent. Das ist aber immerhin mehr als doppelt soviel wie der Zuwachs der Industrieproduktion im gesamten Jahr 1985 (plus 1,2 Prozent). Weit über dem Durchschnitt liegende Steigerungsraten erzielten die Textil- und Bekleidungsindustrie, der Maschinenbau, die Fahrzeugindustrie und die Chemie.

Die Binnenkonjunktur wird vor allem von der anhaltend hohen Konsum- und Investitionsnachfrage getragen. Die Industrieinvestitionen sind in den ersten Monaten dieses Jahres den Schätzungen zufolge um beinahe drei Prozent gestiegen, der Verbrauch der Haushalte um knapp über zwei Prozent. Insgesamt wird im laufenden Jahr ein Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) von real mindestens 2,5 Prozent erwartet.

Die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Positionen ist in erster Linie der abgeflachten Importkurve zu verdanken, insbesondere den stark verminderten Energieeinfuhren. Dagegen ist es der italienischen Exportwirtschaft bisher nicht gelungen, ihre Wettbewerbskraft zu stärken und das Ausfuhrvolumen auszudehnen. In den ersten fünf Monaten erhöhten sich die Exporte wertmäßig um 4,2 Prozent auf 66 519 Mrd. Lire, was real aber einem Rückgang von ungefähr zwei Prozent entsprach. Die Einfuhren sanken um 6,9 Prozent auf 67 612 Mrd. Lire. Die Leistungs- und Kapitalbilanz konnte sich ebenfalls weiter verbessern, so daß 1986 das Ziel einer erheblichen Reduzierung des Zahlungsbilanzpassivums erreicht werden dürfte.

Ziemlich unbefriedigend verläuft die Entwicklung der Verbraucherpreise und der im Vergleich zu den Konkurrenzländern zu stark steigenden Lohnkosten. Während sich das Wachstum der Erzeugerpreise inzwischen bei Null befindet und die Entwicklung in den anderen Industrieländern voll widerspiegelt, betrug die Inflationsrate im Juni 6,3 Prozent.

Die binnenwirtschaftliche Entwicklung kommt nach Einschätzung von Wirtschaftsexperten in den meisten offiziellen statistischen Daten nicht genügend zum Ausdruck. Ausdruck dessen ist, daß die Italiener offiziell ein Pro-Kopf-Einkommen haben, das etwa Zweidrittel des deutschen erreicht; gleichzeitig ist ihre Sparrate ungefähr doppelt so hoch, während der Konsum in den meisten Bereichen dem der Deutschen angeglichen ist. Um diesen Ungereimtheiten ein Ende zu machen, will das italienische Statistische Zentralamt (Istat) in Rom bis zum Jahresende das Bruttoinlandsprodukt neu schätzen.

Realistisch ist dabei für den Präsidenten des Istat, Guido Rey, eine fünfprozentige Höherbewertung. Das sind 35 000 Mrd. Lire, um das sich das heute auf rund 700 000 Mrd. Lire geschätzte BIP von 1987 dann erhöhen würde. Giuseppe de Rita, der Präsident des führenden italienischen Sozial- und Wirtschaftsforschungsinstituts Censis in Rom schätzt die Minderbewertung des BIP auf mindestens 15 Prozent. Andere Wirtschaftler gehen noch weiter. Angesichts der florierenden Schattenwirtschaft halten sie eine Aufwertung um bis zu 30 Prozent für angebracht.

Unterbewertet ist nachweislich nicht nur die Produktion aller Industriebereiche, die sich hauptsächlich aus publizitätsscheuen Klein- und Mittelbetrieben zusammensetzen, also die Mehrzahl aller italienischen Produktionszweige. Weit an der Realität vorbei geschätzt hat bisher das Statistische Zentralamt auch den Immobilienbestand. Wie jetzt eine Zählung ergab, wurden zwischen 1971 und 1981 doppelt so viel Neubauten erstellt als bisher angenommen.

Das heißt, daß die Last des Haushaltsdefizits und der Staatsschulden in Wirklichkeit weniger katastrophal ist, als die offiziellen Zahlen erscheinen lassen. Im Fall einer zehnprozentigen Aufwertung des BIP sänke der Anteil des Haushaltsdefizits am BIP von 8,2 auf 7,4 Prozent. Ginge man noch weiter und korrigierte das Bruttoinlandsprodukt um 20 Prozent, so würde Italien plötzlich auch Länder wie Großbritannien, Holland und Belgien übertreffen.

Aber so weit wird es wohl nicht kommen. Zwar weiß man in Rom, daß zwei Drittel des Landes inzwischen mitteleuropäische Verhältnisse erreicht haben. Das zu sehr an die große Glocke zu hängen, ist aber für italienische Regierungsexperten nicht opportun. Immerhin ist da noch der italienische Süden, der wirtschaftlich in der Tat noch unterentwickelt ist und wo die einzige „Schattenwirtschaft" die ist, die von staatlichen und EG-Hilfen lebt.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Industrieproduktion sank

Washington (dpa/VWD) – Die Industrieproduktion in den USA ist im Juni um rund 0,5 Prozent gefallen. Das teilte das US-Handelsministerium in Washington mit. Der Rückgang im Mai betrug nach revidierten Angaben 0,4 Prozent. Seit Juni 1985 war insgesamt ein Rückgang um 0,2 Prozent verzeichnet worden.

Schiffbau-Beihilfen

Brüssel (VWD) – Die EG-Kommission wird heute ihren endgültigen Vorschlag über eine neue Beihilfen-Richtlinie für die europäischen Werften vorlegen. Nach nicht bestätigten Angaben wird die Kommission den Mitgliedsländern vorschlagen, daß ab 1987 ein fester Prozentsatz für den Subventionsanteil je Schiffbauvorhaben eingeführt wird.

Höherer Heizölabsatz

Hamburg (dpa/VWD) – Der Absatz von Benzin, Dieselkraftstoff sowie leichtem und schweren Heizöl ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 20 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres auf 48,8 Mill. Tonnen gestiegen. Wie die Esso AG in Hamburg weiter mitteilte, entfielen jedoch allein 90 Prozent des Absatzzuwachses auf Bestandsaufstockungen beim leichten Heizöl, während die Autofahrer ihren Kraftstoffverbrauch nur geringfügig erhöhten.

US-Engagement verstärkt

Leverkusen (dpa/VWD) – Eine 20prozentige Beteiligung an dem US-Unternehmen Autographix Inc. in Waltham/Massachusetts hat die Agfa-Gevaert Inc., Teterboro/New Jersey, erworben. Damit sollten die Agfa-Bürosysteme „zukunftsorientiert" ergänzt werden, berichtete die Agfa-Gevaert-Pressestelle in Leverkusen. Autographix gehörte nach Agfa-Angaben zu den führenden Unternehmen für computergesteuerte Systeme zur Herstellung farbiger Geschäftsgrafiken.

Mexiko: Kreditgespräche

New York (dpa/VWD) – Mexiko wird in dieser Woche die Gespräche mit dem Steuerungsausschuß einer internationalen Bankengruppe wieder aufnehmen, um den neuen wirtschaftlichen Reformplan der Regierung vorzustellen. Dem Vernehmen nach sollen die Banken 2,75 Mrd. Dollar eines Finanzierungspakets von insgesamt 6,25 Mrd. Dollar aufbringen. In Bankkreisen wurde diese von mexikanischen Beamten genannte Zahl nicht bestätigt. Eine Einigung mit dem IWF liege noch nicht vor.

Keine Konjunkturbelebung

Zürich (AP) – Die an den Ölpreisverfall geknüpften Hoffnungen auf eine weitere Konjunkturbelebung haben sich in der Schweiz nicht erfüllt. Wie die Schweizerische Kreditanstalt (SKA) in Zürich berichtet, erlebte die Schweiz stattdessen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres eine deutliche Verlangsamung ihres Wirtschaftswachstums. Geringere Auslandskäufe der Erdölförderstaaten waren vor allem für einen Rückgang der Exporte verantwortlich.

Viag will verkaufen

Bonn (DW.) – Die Viag AG, Berlin/Bonn, will ihre über die Elektrowerke AG, Berlin, gehaltene Beteiligung an der Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke AG (BKB), Helmstedt, an die Preußenelektra AG, Hannover, verkaufen. Wie die Viag-Verwaltung mitteilt, würde dies eine Intensivierung der stromwirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen BKB und Preußenelektra ermöglichen. Preußenelektra ist bereits mit 49,92 Prozent am Aktienkapital der BKB von 148,5 Mill. DM beteiligt. Ein gleich großes Paket besitzt die Elektrowerke AG.

Pepsi kauft Seven Up

Purchase/Lausanne (AP) – Der zweitgrößte Soft-Drink-Produzent der Welt, der amerikanische Pepsi-Cola-Konzern (PepsiCo), hat die außeramerikanische Niederlassung des Konkurrenten Seven Up vom Tabak-Konzern Philip Morris übernommen. Wie PepsiCo in Purchase im US-Bundesstaat New York bekanntgab, betrug der in bar bezahlte Kaufpreis 246 Mill. Dollar.

„Rheinpfalz" am Ziel

Mannheim (dpa/VWD) – Die Ludwighafener „Rheinpfalz"-Gruppe wird künftig stärker bei der Bibliographisches Institut und F. A. Brockhaus AG (BIFAG), Mannheim, mitreden. Nach der von der Hauptversammlung beschlossenen Kapitalerhöhung um 0,58 Mill. auf 5,23 Mill. DM (und Streichung des Höchststimmrechts) dürfte nach Ansicht von BIFAG-Vorstand Karl Felder die „Rheinpfalz"-Tochter Pfälzische Verlagsanstalt GmbH (PVA), Landau, die angestrebte Sperrminorität von 25 Prozent des BIFAG-Kapitals erreichen.

Wayss + Freytag baut auf Umweltaufträge

dpa/VWD, Frankfurt

Der Vorstand der Wayss + Freytag AG beurteilt die Baukonjunktur wieder etwas zuversichtlicher. Vor allem im Wirtschaftsbau und für Umweltinvestitionen der öffentlichen Auftraggeber zeichneten sich positive Aspekte ab. Dagegen sei der Wohnungsbau weiterhin rückläufig, schreibt das Bauunternehmen zur Branchenkonjunktur.

In den ersten vier Monaten 1986 hat die Unternehmensgruppe ihre Bauleistung um 14 Prozent auf 277 Mill. DM erhöht und neue Aufträge im Wert von 262 Mill. DM hereingenommen. Der Auftragsbestand Ende April erreichte 958 Mill. DM, wovon etwa ein Drittel aus dem Ausland stammt.

Für das Gesamtjahr wird jedoch mit einem weiteren Rückgang der Bauleistung gerechnet, da vor allem im Ausland eine anhaltende Abschwächung erwartet werden müsse. Die 85er Bauleistung war bereits um 17 Prozent auf 963 Mill. DM gesunken. Dabei war das Inlandsgeschäft mit plus zwei Prozent auf 774 Mill. DM noch leicht expansiv, während sich das Auslandsgeschäft durch den Auslauf einer Großbaustelle um 53 Prozent auf 189 Mill. DM verminderte. Parallel dazu verminderte sich die Belegschaft um zwölf Prozent auf 5850 Beschäftigte im Jahresdurchschnitt. Derzeit werden etwa 5600 Mitarbeiter gezählt.

1986 soll wieder ein „zufriedenstellendes Gesamtergebnis erwirtschaftet werden", nachdem der 85er Jahresüberschuß von 4,8 (4,87) Mill. DM eine unveränderte Dividende von 6 DM je Aktie erlaubte.

Rettungskonzept für Pieroth-Gruppe

dpa/VWD, Mainz/Frankfurt

Ein Konzept zur Sanierung der nach dem Glykolskandal in Schwierigkeiten geratenen Pieroth Weingut-Weinkellerei GmbH, Burg Layen bei Bingen, hat der Frankfurter Anwalt Wilhelm Schaaf den beteiligten Banken zugeleitet. Dies hat Schaafs Kanzlei bestätigt. Einzelheiten des Konzepts sind zwar noch nicht bekannt, doch verlautete aus der Kanzlei, daß Schaaf einen Vergleich nicht für notwendig hält.

Offenbar soll das Unternehmen mit deutlichen Kosteneinsparungen, darunter Entlassungen und eine drastische Rückführung des Werbeaufwands sowie die Liquidierung oder Zusammenlegung einiger der insgesamt 106 Tochterfirmen, wieder auf Erfolgskurs gebracht werden. Der als AEG-Sanierer bekannt gewordene Rechtsanwalt Schaaf war von der Pieroth-Hauptgläubigerin, der Landesbank Rheinland-Pfalz, mit der Sanierung des größten deutschen Weinhandelsunternehmens beauftragt worden. Bei Pieroth (Umsatz 1985: 400 Mill. DM) wird 1986 mit rund 20 Mill. DM Verlusten gerechnet.

Künftig Verzicht auf Beitragszuschläge

Rechtsschutzversicherer beugen sich dem Bundeskartellamt – Prämien sinken

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der Verband der Autoversicherer (HUK) und das Bundeskartellamt sind übereingekommen, daß die rund 40 Rechtsschutzversicherer künftig auf den in ihren Prämien enthaltenen Risikozuschlag von fünf Prozent verzichten und den gleich hohen Gewinnzuschlag auf drei Prozent senken, wie er auch in anderen Versicherungssparten üblich ist. Beide Zuschläge waren bisher Teil von unverbindlichen Bruttobeitragsempfehlungen des HUK-Verbands.

In einem vom Bundeskartellamt eingeleiteten Mißbrauchsverfahren wegen der HUK-Tarifkalkulation 1984 hatte die Behörde eine Reihe von Kalkulationsansätzen als überhöht und damit mißbräuchlich bezeichnet. Nach intensiven Verhandlungen blieben die beiden Zuschlagansätze übrig.

Der HUK-Verband hat jetzt zugesichert, daß er durch Empfehlung an seine Mitgliedsunternehmen darauf hinwirkt, daß diese bei den mit Beitragsanpassungsklauseln abgeschlossenen Verträgen (Familien-, Vereins- und Mietrechtsschutz) von der gemäß Treuhänderfeststellung möglichen Erhöhung der Folgejahresbeiträge ab 1. 10. 1986 um zehn Prozent keinen Gebrauch machen und im Bereich der Familien- und Verkehrsrechtsschutz sowie Landwirtschafts- und Verkehrsrechtsschutz eine künftige Erhöhungsmöglichkeit um fünf Prozent nicht wahrnehmen.

Nach Auffassung des Bundeskartellamtes ergeben sich für die Bestandskunden der Rechtsschutzversicherer (Prämienaufkommen 1985: rund 2,5 Mrd. DM) Beitragseinsparungen zwischen 90 und 100 Mill. DM. Im Neugeschäft werde der Verzicht auf den Sicherheitszuschlag und den beanstandeten Teil des Gewinnzuschlags ebenfalls zu „spürbaren Beitragsentlastungen" führen.

Der HUK-Verband stimmte dem Kompromiß letztendlich deswegen zu, weil eine endgültige Klärung der unterschiedlichen Rechtsauffassungen nur durch einen jahrelangen Rechtsstreit hätte herbeigeführt werden können. Dies wiederum hätte die künftigen Kalkulationsüberlegungen belastet und die Versicherten verunsichert. Nach wie vor sind die Versicherer von der Rechtmäßigkeit der Zuschläge überzeugt, obwohl sie bereits vor der jetzt beschlossenen Kompromißformel vorsorglich ihre Tarifempfehlungen für den Herbst ohne Zuschläge beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) eingereicht haben, um den Termin für die Beitragsanpassungen nicht zu gefährden.

Der HUK-Verband hatte argumentiert, daß die Beiträge der Rechtsschutzversicherer in erster Linie von gesetzlich vorgeschriebenen Gebührenerhöhungen bestimmt werden, die voll auf den Beitragsbedarf durchschlagen. Auch Inflationsraten, Streitwerterhöhungen und Änderungsrisiken müßten wegen der Vertragsdauer vorher mit Zuschlägen berücksichtigt werden.

Der HUK-Verband sieht durch neuerliche Kostenänderungsgesetze durch den Bundestag Gebührenerhöhungen von über 30 Prozent auf sich zukommen. Diese müßten sich rechnerisch in 10prozentigen Beitragserhöhungen niederschlagen.

Aktion Restpfennig für Welthungerhilfe

H. Wl. Bonn

Hauptthema der gestrigen Pressekonferenz anläßlich des Jahresberichts der Welthungerhilfe 1985 war ein neues Spendenkonzept: „Aktion Restpfennig". Dabei geht es um die Beträge hinter dem Komma auf der monatlichen Gehaltsabrechnung. Die Erwerbstätigen werden aufgefordert, auf diese Pfennige zu verzichten und auf ein Sammelkonto der Organisation zu überweisen. Mindestens zwölf, höchstens jedoch 1188 Pfennige pro Jahr könnte jeder einzelne auf diese Weise spenden, bei durchschnittlich 50 Pfennig pro Monat und Erwerbstätigen. Bei nur zwei Mill. Teilnehmern an dieser Aktion ergibt sich danach bereits ein jährliches Spendenaufkommen von zwölf Mill. DM. Mit diesem Betrag könne, so Frau Hensel-der-Barzel, Vorstandsvorsitzende der Deutschen Welthungerhilfe, 240 000 Kleinbauernfamilien die Ernte für ein Jahr ermöglicht werden.

Weiteres Schwerpunktthema der Konferenz war Afrika, nach der Hungerkatastrophe mit 63 Mill. DM Hauptempfänger der Spendenmittel 1985.

Thomson will Image aufpolieren

Großzügiger Sozialplan für die deutschen Werke

dpa/VWD, Hannover

Der französische Thomson-Konzern, der in den vergangenen Jahren die deutschen Unternehmen Telefunken, Nordmende, Saba und Dual erworben hatte, will offensichtlich sein Image in der Bundesrepublik wieder etwas aufpolieren. Die Franzosen, die bei der Schließung ihres Ulmer Bildröhrenwerkes vor Jahren mit dem Wort „Job-Killer" bedacht worden waren, wollen die bevorstehende Arbeitsplatzstreichung finanziell versüßen.

Für die 1200 von insgesamt 7686 Mitarbeitern, die bis Ende 1987 die deutschen Unternehmen verlassen müssen, soll eine Abfindung von insgesamt 36 Mill. DM gezahlt werden; rein rechnerisch also pro Mitarbeiter rund 30 000 DM. „Wir haben in der Vergangenheit schon schlechtere Sozialpläne gesehen", kommentiert der Betriebsrat in Hannover. Die Geschäftsleitung der Deutsche AG für Unterhaltungselektronik (Dagfu) in Hannover, Holding der vier deutschen Unternehmen, will sich zu den Zahlen zwar nicht äußern, doch gehen Beobachter davon aus, daß innerhalb des Sozialplans nach regionalen Gesichtspunkten wegen der unterschiedlichen Arbeitsmarktlage entschieden wurde.

Von den entlassenen Mitarbeitern sollen auf den Standort Bremen 322, Hannover 257, Villingen 211, Celle 59 und auf Braunschweig 12 Personen entfallen. Hinzu kommen aus Kundendienst und Vertrieb 181 und sonstigen Bereichen 158 Beschäftigte. Erst kürzlich hatte George Golan, Generaldirektor der Muttergesellschaft Thomson Grand Public in Paris und weltweit verantwortlich für Unterhaltungselektronik im Konzern, Standortgarantien für die einzelnen Werke in der Bundesrepublik gegeben. Bei Ankündigung der Entlassungen hatte es jedoch schon geheißen, daß die Lage neu überdacht werden müsse, wenn das Ziel der Rationalisierungsmaßnahmen, mittelfristig wieder schwarze Zahlen zu schreiben, nicht erreicht würde.

Dagfu-Chef Manfred Schmidt will 1987 den roten Bereich verlassen und den Verlust in Höhe von rund 100 Mill. DM aus 1985 in diesem Jahr halbiert haben. Insider vermuten, daß in dem zu erwartenden Verlust von 50 Mill. DM in diesem Jahr noch Sozialplankosten von mehr als 14 Mill. DM enthalten sind, nach 21 Mill. DM im vergangenen Jahr.

Daß die deutschen Dagfu-Unternehmen auch künftig Kosten einsparen müssen, verdeutlichen folgende Zahlen, die in der Branche genannt werden: Allein in der Bundesrepublik sollen von 100 Mill. DM Gesamtverlust 1985 mehr als 47 Mill. DM auf den Video- und gut 26 Mill. DM auf den Hifi-Bereich entfallen sein. Lediglich die Farbfernseher sollen mit einem deutlichen Plus von annähernd 27 Mill. DM im schwarzen Bereich gewesen sein. Im Ausland soll der Verlust annähernd 25 Mill. DM ausgemacht haben. Dagfu hatte 1984 einen Umsatz von 2,87 Mrd. DM erzielt. Den Umsatz für 1985 nennt das Unternehmen nicht, er dürfte aber zurückgegangen sein.

PERSONALIEN

Hans Kuschel, Präsident der Leas-Europe, dem Dachverband von 16 nationalen Leasing-Verbänden, vollendet heute sein 70. Lebensjahr.

Otto Geitner, Geschäftsführer der Universal Maschinenfabrik, wird heute 60 Jahre alt.

Gunther Vowinkel, zuletzt Managing Director bei der englischen Tochter, ist vom 15. Juli an als Geschäftsführer der Deminex Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH, Essen, für das Ressort Finanzen zuständig.

Seinosuke Kuraku, Geschäftsführer der Panasonic Deutschland GmbH, Hamburg, wird Ende September nach Japan zurückkehren, um dort neue Aufgaben im Mutterhaus zu übernehmen. Zu seinem Nachfolger wurde der jetzige Vizepräsident der Panasonic Svenska AB, **Morihisa Kaneko,** bestimmt.

Belgische Stahlindustrie hat sich nur wenig erholt

Produktivitätsfortschritt durch hohe Lohnkosten aufgefressen – Subventionen auf Forschung und Umwelt beschränkt

WILHELM HADLER, Brüssel

Die belgische Stahlindustrie hat Mühe, ihren Produktivitätsrückstand gegenüber der europäischen Konkurrenz aufzuholen. Fortschritte drohen immer wieder durch hohe Lohnkosten aufgefressen zu werden. Wie aus dem Jahresbericht ihres Verbandes hervorgeht, hat sich die Produktion der belgischen Unternehmen 1985 weniger stark erholt als die der italienischen und deutschen. Cockerill Sambe und Clabecq schrieben nach wie vor rote Zahlen, während Sidmar und einige kleinere Unternehmen Gewinne verbuchten.

Die Rohstahlproduktion ging in Belgien mit 10,6 Mill. Tonnen um etwa fünf Prozent zurück. 9,4 Mill. Tonnen entfielen (wie im Vorjahr) auf warmgewalzte Erzeugnisse. Nur ein Fünftel der Produktion war für den belgischen Markt bestimmt, mehr als die Hälfte für den Export in andere EG-Staaten, der Rest ging in Drittländer. Ein starker Rückgang der Lieferungen in die USA (minus acht Prozent) konnte durch Exporterfolge in der Sowjetunion (plus 51 Prozent) wettgemacht werden.

Die Marktanteile in anderen EG-Ländern wurden nach dem Bericht im großen und ganzen konsolidiert. Leichte Gewinne registrierten die Belgier in Holland und in der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik bezog 1985 rund 1,2 Mill. Tonnen. Sie war nach Frankreich (zwei Mill. Tonnen) der zweitwichtigste Auslandskunde.

Die Investitionen in der belgischen Stahlindustrie betrugen im Berichtsjahr 14 Mrd. Franc (knapp 700 Mill. Mark) oder 1200 Franc (60 DM) je Tonne Rohstahl. Dieses Verhältnis ist um ein Viertel höher als beim Durchschnitt der europäischen Konkurrenz. Die Restrukturierungsbemühungen konzentrierten sich vor allem auf die Erhöhung der Kapazität von zwei Hochöfen und die Verbesserung der Transportwege für Rohstoffe und Gußeisen.

Die Beschäftigung in den stahlerzeugenden Betrieben ging 1985 nochmals um über sieben Prozent zurück. Seit 1974 wurde die Zahl der Arbeitskräfte damit von 63 700 auf 34 500 reduziert. Die Belgier liegen mit einem Gesamtverlust an Arbeitsplätzen von 45,8 Prozent leicht unter dem EG-Durchschnitt (47 Prozent).

Die belgische Walzstahlerzeugung je geleisteter Arbeitsstunde stieg im Zeitraum zwischen 1980 und 1985 um jährlich 4,2 Prozent, verglichen mit 5,8 Prozent in der Bundesrepublik, 4,8 Prozent in Frankreich, 6 Prozent in Italien und 13,3 Prozent in Großbritannien. Die Produktivität stieg 1985 um 7,7 Prozent, die Lohnkosten kletterten jedoch gleichzeitig um sieben Prozent. Wenn sich diese Tendenz nicht ändert, muß also noch mit einer recht langen Anpassungszeit gerechnet werden.

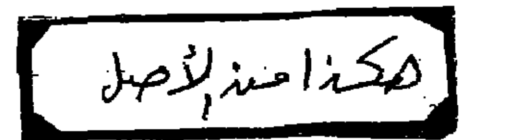
Der Verband geht davon aus, daß die staatlichen Subventionen für die Branche künftig (entsprechend den EG-Beschlüssen) strikt auf Forschungs-, Umwelt- und Stillegungsbeihilfen beschränkt werden. Die Stahlerzeuger befänden sich damit sogar in einer ungünstigeren Lage als andere Industrien, meint der Verband, da sie nicht einmal in den Genuß von Regionalbeihilfen gelangen könnten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Christian Frühsorge, Kaufmann; **Augsburg:** Günther Plass; **Betzdorf:** Dengler-Damen GmbH, Horhausen; Peter Hensel, Kirchen; **Delmenhorst:** J. F. Hohenböken-Beteiligungsges. mbH; Textil- u. Modehaus J. F. Hohenböken GmbH & Co. KG; **Dortmund:** Anton Bein, Castrop-Rauxel; **Heidenheim/Brenz:** Dr. Ing. Friedrich Wilhelm Wahl; **Itzehoe:** Kröger Fenstertechnik GmbH, Dägeling; **Kassel:** During GmbH & Co. KG Betonwerk; **Kleve:** HBS Hallenbau Service GmbH, Kalkar-Niedermörmter; **Lampertheim:** Frambs u. Freudenberg GmbH & Co. KG, Viernheim; **Nördlingen:** H + T Hoch- u. Tiefbauges. mbH, Donauwörth-Riedlingen; **Waldshut-Tiengen:** Nachl. d. Werner Fritz Richard Peuser, Bauingenieur, St. Blasien; **Wesel:** Ernst Grünebohm, Oberhausen.

Anschlußkonkurs eröffnet: Heidenheim/Brenz: W. Wahl u. Söhne KG; Wahl Touristik GmbH; **Kassel:** Albert Veit GmbH.

Vergleich beantragt: Bielefeld: Wilhelm Cronjaeger GmbH u. Co. KG; **Bruchsal:** ROWIN GmbH, Waghäusel.



Jährlich zwei neue Baumärkte

Hornbach will in fünf Jahren den Umsatz verdoppeln

Wb. Mannheim

Der Branchenpionier Hornbach-Baumarkt GmbH & Co. KG, Bornheim in der Pfalz, will in den nächsten fünf Jahren seinen Umsatz noch einmal verdoppeln. Für den letzten 100-Prozent-Sprung hat das Unternehmen nur die Jahre von 1982 (102 Mill. DM) bis 1985/86 (197 Mill. DM) benötigt.

Mit einer weiteren Erhöhung auf 227 Mill. DM will das Familienunternehmen auch 1986/87 (28. 2.) in diesem Tempo vorankommen. Nach dem „nicht ganz einfachen" Jahr 1985 sei nun wieder „etwas mehr Geld da", so Geschäftsführer Otmar Hornbach. Das Umsatzziel der Gruppe einschließlich des ursprünglichen Stammhauses Hornbach-Baustoff- und Fließen GmbH & Co. KG wurde auf 248 (217) Mill. DM festgelegt.

Bei der weiteren Expansion setzt Hornbach nicht nur auf den immer noch leicht wachsenden Heimwerkermarkt, sondern auch auf die Umschichtung des Geschäfts von anderen Handelsformen (Kaufhäuser, Baustoffgroßhandel) auf die Baumärkte. Dieser Einschätzung entspricht die Zielsetzung, auch in den kommenden Jahren wenigstens zwei Märkte pro Jahr neu zu eröffnen. 1986/87 steigt ihre Zahl um zwei auf 17 Bau- und Gartenmärkte.

Mit Aussagen zum Ertrag halten sich die Familiengesellschafter gewohnheitsmäßig zurück: „Mindestens fünf Prozent" mache die Umsatzrendite vor persönlichen Steuern aus, so Hornbach. Daß die kräftigen Investitionen 1985/86 wieder vollständig aus dem Cash-flow (Gewinn vor Steuern plus Abschreibungen) von 21 (18) Mill. DM finanziert werden konnten, deutet aber ebenso auf eine etwas höhere Ertragskraft hin, wie die trotz aller Expansion weiter auf 41 (36) Prozent gestiegene Eigenkapitalquote.

Auch mit anderen Kennzahlen kann sich Hornbach im Handelsvergleich sehen lassen. So stieg der Pro-Kopf-Umsatz der 580-Mitarbeiter-Kette auf 433 000 (405 000) DM, der Absatz je Quadratmeter Verkaufsfläche auf 3300 (3000) DM.

Großaktionär Oetker gleicht Bilanz aus

Neue Absatzpolitik macht die Dortmunder Actien-Brauerei wieder zuversichtlich

ews. Dortmund

Nach der Schreckensmeldung für die Aktionäre der Dortmunder Actien-Brauerei AG (DAB) vom letzten Jahr, daß die Dividende bis mindestens 1987 ausfallen wird, weil einmal Absatz und Umsatz sanken und andererseits die Altlasten der 1976 übernommenen Hansa-Brauerei noch drücken, wurde für das Geschäftsjahr 1985 der Umschwung in bessere Zeiten erreicht.

Darin sieht Wolfgang Burghard, im Vorstand zuständig für den Bereich Absatz, eine Bestätigung der neuen Unternehmenspolitik, bei der vor allem auf einen neuen Markenauftritt für das Pilsener, das schon 80 Prozent am Gesamtabsatz der DAB erreicht, und eine Stärkung der Gastronomie-Kompetenz gesetzt worden ist.

Erreicht wurde dies durch einen verstärkte Werbung und Verkaufsförderung. Der Etat wurde um stolze 5 Mill. auf 34 Mill. DM aufgestockt. Damit wurde beim Absatz mit einem Plus von 3,3 Prozent auf 2,67 Mill. Hektoliter (hl) und beim Umsatz, der allerdings wegen des verschärften Wettbewerbs mit 2,4 Prozent auf 352 Mill. DM nicht mit dem Absatzwachstum mitziehen konnte, eine über dem Branchendurchschnitt (0,8 Prozent Absatzplus auf insgesamt 93,3 Mill. Hektoliter) liegende Entwicklung eingeleitet. Im Inland wurden 1,5 Prozent mehr abgesetzt, im Ausland mit 300 000 hl sogar 20 Prozent mehr.

Dieser Trend hielt auch im ersten Halbjahr 1986 mit einer Absatzsteigerung von vier Prozent bei der DAB an. Der Umsatz liege wegen der zu Jahresbeginn durchgesetzten Preiserhöhung sogar leicht darüber. Mit der Volksrepublik China steht die DAB vor neuen Vertragsabschlüssen für zwei neue Brauereien.

Für die „Zukunft ist damit zwar Mut gemacht", wie Finanzvorstand Heinz Möllmann weiter erklärte, aber „unbefriedigend bleibt, daß wir derzeit keinen verteiligungsfähigen Gewinn haben." Das erwartet negative Betriebsergebnis konnte nur durch außerordentliche Erträge von etwa 11 Mill. DM durch den Großaktionär ausgeglichen werden. Die Dr. August Oetker KG, Bielefeld, hält 45 Prozent des Grundkapitals von unverändert 33 Mill. DM. Verkauft wurden an Oetker voll abgeschriebene geringwertige Wirtschaftsgüter. Möllmann sieht darin die Bestätigung, daß die „neue Absatzpolitik nicht nur vom Aufsichtsrat, sondern auch vom Großaktionär voll unterstützt wird".

Für dieses Jahr ist er zuversichtlich, daß das Ergebnis auf „mindestens Plus-Minus-Null" verbessert wird. Belastet wird das Ergebnis – nicht nur 1985, sondern auch weiterhin bis 1991 – durch Teilwertabschreibungen von jährlich rund 3,2 Mill. DM für die Hansa Brauerei. Etwa 4 Mill. DM sind 1985 für Sozialpläne aufgewendet worden. Dabei ist das Abspecken beim Personal noch nicht beendet. Nachdem im letzten Jahr 104 Mitarbeitern gekündigt wurde, sind es 1986 schon 60. Die Beschäftigtenzahl liegt derzeit bei 940.

Berthold benötigt Kapitalspritze

Werk in Offenbach wird bis Ende 1986 geschlossen

tb. Berlin

Die H. Berthold AG, Berlin, namhafter Hersteller von Systemen für den Fotosatz ist aus den Schwierigkeiten noch nicht heraus. Zwar äußerte sich Vorstandsvorsitzender Wolfgang Geerken zuversichtlich über die Zukunft, doch gegenwärtig haben Umsatzrückgang, Sommerloch und neue Belastungen aus dem USA-Engagement in eine Klemme geführt. Für 1985 werden 13,99 (37,81) Mill. DM Verlust ausgewiesen. Bis zum Jahresende will man die Produktion in Offenbach schließen und auf Berlin konzentrieren; die Belegschaft wird um 200 Mitarbeiter schrumpfen.

Außerdem soll ein Kooperationspartner aus der Branche – Einzelheiten wollte Geerken nicht mitteilen – für eine Kapitalzufuhr sorgen. Der Hauptversammlung am 20. August in Berlin wird die Schaffung eines neuen genehmigten Kapitals von 12 Mill. DM vorgeschlagen; 9 Mill. DM sind davon für den neuen Großaktionär vorgesehen. Bisher ist C. A. Weidmüllter, Detmold, mit mehr als 25 Prozent am Berthold-Kapital von 24 Mill. DM einziger Großaktionär. Die Verhandlungen mit dem Partner, mit dem auch das Geschäft in Amerika angekurbelt werden soll, laufen noch.

Die Zukunft sieht Geerken optimistisch. 1987 sei man „über den Berg". Die neuen Produkte kämen gut an, das Vertrauen der Kunden sei wiedergewonnen. Der Auftragsbestand lag zur Jahresmitte mit 65 Mill. DM doppelt so hoch wie im Vorjahr, der Umsatz ging bis Juni allerdings um 21 Prozent auf 65 Mill. DM zurück.

Mit der Auslieferung der neuen Produkte im Herbst hofft man auf einen Boom, der den Umsatzrückgang wieder wettmacht. Die Berthold AG sei im Kern gesund – die Verlustekommen von den Töchtern, vor allem von Alphatype in den USA. Hier hat man die Mehrheit inzwischen an einen Privatmann abgegeben, doch muß die Bilanz bereinigt werden. Dafür wurden bei Berthold rund 27 Mill. DM Eventual-Verbindlichkeiten eingeplant.

FINANZANZEIGEN

RODAMCO

RODAMCO N.V.

Rotterdam

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 15. Juli 1986 hat u. a. beschlossen, für das Geschäftsjahr 1985/86 eine Dividende in Höhe von hfl 2,20 pro Aktie in bar sowie 4% in Aktien z.L. der Agiorücklage auf jede Aktie zu nom. hfl. 25,— auszuschütten. Die neuen Aktien sind mit voller Gewinnanteilberechtigung erstmals für das Geschäftsjahr 1986/87 ausgestattet. Den Aktionären stehen aufgrund ihres Besitzes an alten Aktien im Verhältnis 25 : 1 neue Aktien zu, so daß auf 25 alte Aktien im Nennwert von je hfl 25,— eine neue im Nennwert von hfl 25,— entfällt. Für ein entsprechendes Vielfaches werden Urkunden zu 2, 20, 2000 oder 20.000 Aktien zur Verfügung gestellt. Eine bei der Ausgabe der Aktien notwendig werdende Spitzenregulierung werden die unten genannten Banken nach Möglichkeit vermitteln.

Die Dividende kann vom 24. Juli 1986 an und die Bonusaktien können vom 24. Juli 1986 an bis einschließlich 16. Dezember 1986 entgegengenommen werden. Für die Bardividende ist der Dividendenschein Nr. 13 einzureichen. Für die Ausschüttung in Aktien berechtigen 25 Dividendenscheine Nr. 14 zum Bezug einer neuen Aktie. Der Gegenwert der Bardividende wird in Deutscher Mark zum Tageskurs oder auf Wunsch in holländischen Gulden gutgeschrieben oder ausgezahlt. Zahlstellen sind im Bundesgebiet und in Berlin (West) sämtliche Niederlassungen der nachstehend genannten Banken:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bankhaus H. Aufhäuser
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Dresdner Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt KGaA
Vereins- und Westbank AG
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG.

Die Aktien unserer Gesellschaft werden ab 16. Juli 1986 an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg und München „ex Dividende" gehandelt und amtlich notiert. Für die Anrechte auf Bonusaktien wird in der Zeit vom 24. Juli 1986 bis 29. August 1986 börsentäglich ein Preis im ungeregelten Freiverkehr an den oben genannten Börsen festgestellt.

Besteuerung der Erträge in Deutschland
In der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) sind die Erträge gemäß § 17 des Auslands-Investmentgesetzes zu versteuern.

1. Die Bardividende von hfl 2,20 je Aktie über hfl 25,— ist in voller Höhe einkommen- bzw. körperschaftsteuerpflichtig.
2. Darüber hinaus sind weitere hfl 4,01 je Aktie über nom. hfl. 25,— als ausschüttungsgleicher Ertrag zu versteuern. Die ausschüttungsgleichen Erträge gelten mit Ablauf des am 28. Februar 1986 beendeten Geschäftsjahres als zugeflossen.
3. Die Ausschüttung in Aktien zählt gemäß §§ 1, 7 Abs. 1 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei der Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln (KapErhStG) nicht zu den Einkünften i.S. des Einkommensteuergesetzes.

Besteuerung in den Niederlanden
Die Dividende wird grundsätzlich unter Abzug einer niederländischen Dividendensteuer (Quellensteuer) von zur Zeit 25% ausgezahlt.

Nach dem deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 16. Juni 1959 (BGBl 1960 II. S.1781) haben in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) ansässige Aktionäre auf Antrag einen Anspruch auf Ermäßigung der niederländischen Dividendensteuer auf 15%. Der diesbezügliche Ermäßigungsantrag ist grundsätzlich zusammen mit den Dividendenscheinen einzureichen bzw. nach den niederländischen Ausführungsbestimmungen innerhalb einer vertretbaren Zeit nach dem Fälligkeitstermin der Dividende nachzureichen. Bei der gegenwärtigen Praxis der niederländischen Stellen empfiehlt es sich in diesem Falle jedoch, eine Frist von etwa 3—4 Wochen einzuhalten. Der Ermäßigungsantrag ist auf dem vorgeschriebenen Vordruck zu stellen und mit einer Wohnsitzbestätigung des für den Aktionär zuständigen Finanzamtes versehen zu lassen.

Demnach wird von der Dividende von	hfl 2,20
25% in den Niederlanden einbehalten	hfl 0,55
worauf auf Antrag 2/5 erstattet werden	hfl 0,22

Ausschüttung in Aktien
Die Aktionäre erhalten in Höhe der auf ihren Aktienbesitz entfallenden neuen Aktien Gutschrift auf ihr Depotkonto. Sie werden gebeten, ihrer Bank bis zum 25. August 1986 Mitteilung zu machen, ob sie sich unter Auf- oder Abrundung der Spitze beziehen wollen.

Konsolidierte Bilanz zum 28. Februar 1986

Aktiva	hfl	Passiva	hfl
Immobilien:		Aktienkapital	423.836.700
Vereinigte Staaten		Agiorücklage	1.264.891.108
von Amerika	744.847.000	sonstige Rücklagen	425.618.115
Niederlande	301.411.000	Reingewinn	105.239.905
Bundesrepublik			2.219.585.828
Deutschland	159.356.000		
Frankreich	104.857.000		
Belgien	93.828.000		
Aktien von Immobiliengesellschaften	256.523.593	Rückstellungen	50.604.517
Forderungen	125.818.179	Hypotheken und Darlehen Immob.	260.365.044
Flüssige Mittel	896.904.448	Kurzfristige Verbindlichkeiten	152.989.831
	2.683.545.220		2.683.545.220

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. März 1985 bis zum 28. Februar 1986

	hfl		hfl
Zinsen	27.745.771	Bewirtschaftungsergebnis	85.761.231
Abschreibungen	18.512.592	Dividenden und Zinsen	76.269.812
Allgemeine Kosten	9.879.899		
Gewinnsteuern	652.876		
Reingewinn	105.239.905		
	162.031.043		162.031.043

Der Aufsichtsrat
H.H. Nauta
H.J.E. van Beuningen
The Earl of Cromer
J.M. Goudswaard
J. Kremers
J.-M. Lévêque
P.A.W. Boef
W. Schell
S. Veil
J.-Ch. Velge
H.-J. Witteveen
J. Zijlstra

Der Vorstand
Th. M. Scholten
C. van Rijn
W.M. Engelberts
N.J.H. van der Meer

Prüfungsvermerk
Wir haben den konsolidierten Jahresabschluß 1985/86 der Rodamco N.V. geprüft. Aufgrund dieser Prüfung bestätigen wir, daß dieser Jahresabschluß einen getreuen Einblick in den Umfang und die Gliederung des Vermögens der Gesellschaft zum 28. Februar 1986 und des Ergebnisses des Geschäftsjahres 1985/86 vermittelt.

Rotterdam, den 14. Mai 1986

Dijker en Doornbos/Registeraccountants

Die Hauptversammlung vom 15. Juli 1986 hat folgende Gewinnverwendung beschlossen:

Reingewinn des Geschäftsjahres	hfl 105.239.905
Verteilung der Dividende	
— Bardividende hfl 2,20 pro Aktie	hfl 37.297.629
— Zuführung zur allgemeinen Rücklage	hfl 67.942.276

Rotterdam, im Juli 1986

DER VORSTAND

RODAMCO

RODAMCO N.V.

Rotterdam

Bekanntmachung über die ausschüttungsgleichen Erträge

Die in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) gemäß § 17 des Auslands-Investmentgesetzes zu versteuernden ausschüttungsgleichen Erträge betragen hfl 4,01 je RODAMCO-Aktie zu nom. hfl. 25,—. Die ausschüttungsgleichen Erträge gelten mit Ablauf des am 28. Februar 1986 beendeten Geschäftsjahres als zugeflossen.

Rotterdam, im Juli 1986 — RODAMCO N.V.

BEKANNTMACHUNGEN

Amtsgericht Osterholz-Scharmbeck
– Konkursverfahren –

In dem Konkursantragsverfahren über das Vermögen der HAGA Bau- und Sanierungs GmbH, ehemals vertreten durch den Geschäftsführer Lothar Pausch, nunmehr vertreten durch den Geschäftsführer Karl Basse, Wiesenstraße 36, 2822 Schwanewede-Beckedorf, vertreten durch den Rechtsanwalt Werner Busch, Bremerhavener Heerstraße 24, 2820 Bremen 77, wird die Sequestration des Geschäftsbetriebes der Gemeinschuldnerin angeordnet zwecks Sicherung der Masse. Der Gemeinschuldnerin wird allgemein verboten, Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen. Zahlungen durch Dritte sind bei Fälligkeit an den Sequester zu zahlen. Zum Sequester wird Rechtsanwalt Wolfgang Wutzke, Contrescarpe 54, 2800 Bremen 1, bestimmt. – 9 N 38/86 (9 N 49/86 (01. 07. 86).

Schwacher Dollar drückt die Kurse

In den Standardaktien überwiegend deutliche Einbußen

DW. – Der im Zusammenhang mit der Zinssenkung in den USA stehende schwächere Dollar und die sich daraus für den deutschen Export ergebenden Folgen haben die Anlagekäufe auf dem Aktienmarkt gestoppt. Kleinere Abgaben lösten relativ hohe Abschläge aus. Es wird befürchtet, daß der Dollar seinen Tiefpunkt noch nicht erreicht hat. Dies wiederum hat zur Folge, daß Ausländer nicht mehr auf der Verkäuferseite liegen, sondern an ihren deutschen Aktien festhalten, um zusätzliche Währungsgewinne kassieren zu können.

Mit Abschlägen von 3 bis 7 Punkten kamen die Großchemiewerte ziemlich glimpflich davon. Bei ihnen bremsen die gesunkenen Ölpreise den Kursabstieg. Ziemlich stabil auch Mannesmann-Aktien, die nunmehr eine Widerstandslinie erreicht haben dürften. Gewinnrealisationen sind hier wegen des vorangegangenen scharfen Kursrückganges nur noch in Ausnahmefällen möglich. Der weitere Kursverfall der RWE-Aktien wird mit der Verweigerung einer angemessenen Tariferhöhung begründet, so daß die Umweltschutzauflagen an der Rentabilität des Unternehmens zehren werden. Elektroaktien lagen überwiegend schwächer. In den Handel eingeführt wurden die Alldephi-Genußscheine von 1986 zum Kurs von 98 DM. Großbanken gaben um etwa 10 DM nach, stärker wie üblich die Bayerische Vereinsbank, wo die letzte Kapitalerhöhung für ein gewisses Maß an Empfindlichkeit zu sorgen scheint.

Frankfurt: Conti Gas verminderten sich um 21,80 DM, Feldmühle und Flachglas gaben je um 11 DM nach. Gehe, Gestra und Varta erhöhten sich um 5 DM und Rheinmetall stiegen um 15 DM.

Düsseldorf: Bilfinger gaben um 6 DM nach, Gildemeister verloren 2,50 DM und Alexander fielen um 1,50 DM. Hochtief stiegen um 10 DM. Keramag verbesserten sich um 13 DM und Kochs Adler um 4 DM.

Hamburg: Vereins- und Westbank wurden um 7 DM zurückgenommen. Phoenix Gummi schwächten sich um 5,50 DM und Hapag Lloyd um 2,80 DM ab. HEW gaben um 0,90 DM nach und Beiersdorf fielen um 1 DM.

Berlin: Berthold verbesserten sich um 7,90 DM und Engelhardt um 6 DM. Kempinski wurden um 20 DM niedriger taxiert. Springer büßten 12 DM und Orenstein 10 DM ein.

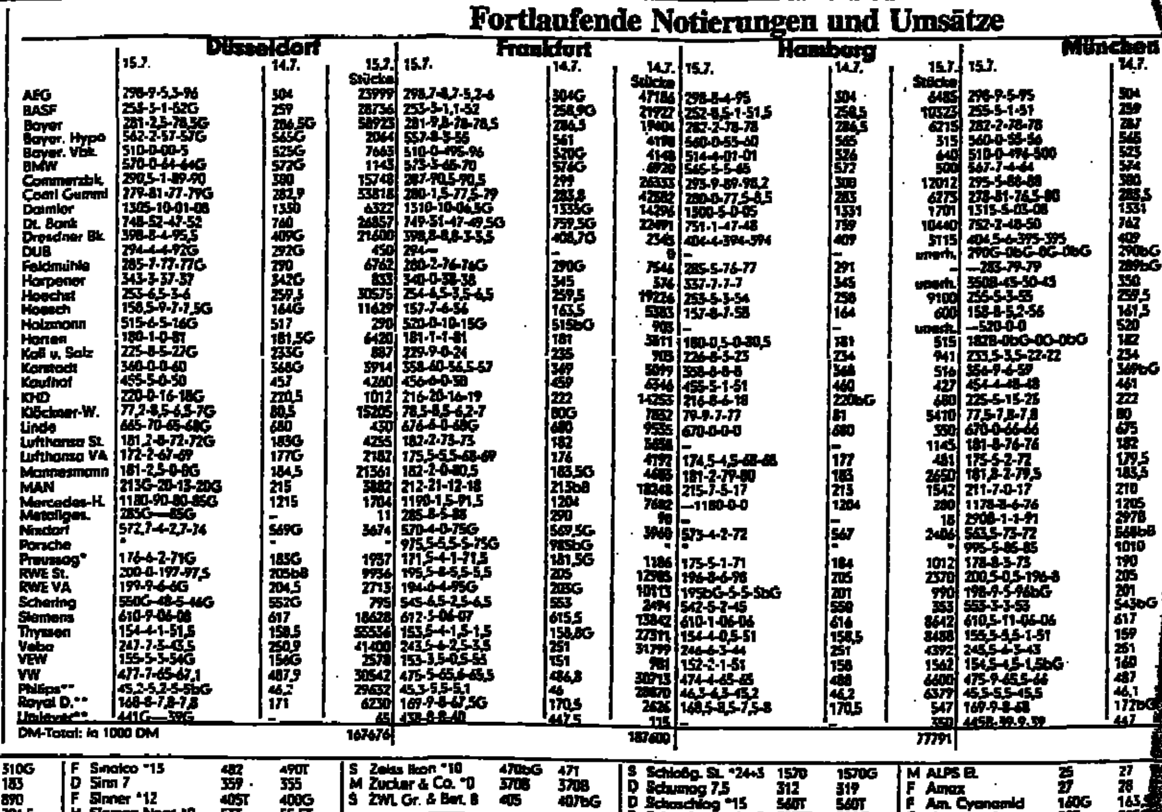
München: Aigner gaben um 1 DM, Agrob St. um 9 DM und Audi um 10 DM nach. Deckel verloren 2 DM und Dywidag 1 DM. Großkraft Franken schlossen mit einem Plus von 5 DM ab.

Stuttgart: Porsche verloren 33 DM. Daimler mußten 19 DM und Mercedes 6 DM abgeben. Traub verloren 8 DM und Progress sanken um 4 DM. Boss wurden 50 DM billiger umgesetzt.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 257,67 (262,05)
WELT-Umsatzindex: 3012 (2755)
Advance-decline-Zahl: 58 (84)
38-Tage-Linie: 270,99 (271,35)
200-Tage-Linie: 270,12 (269,92)

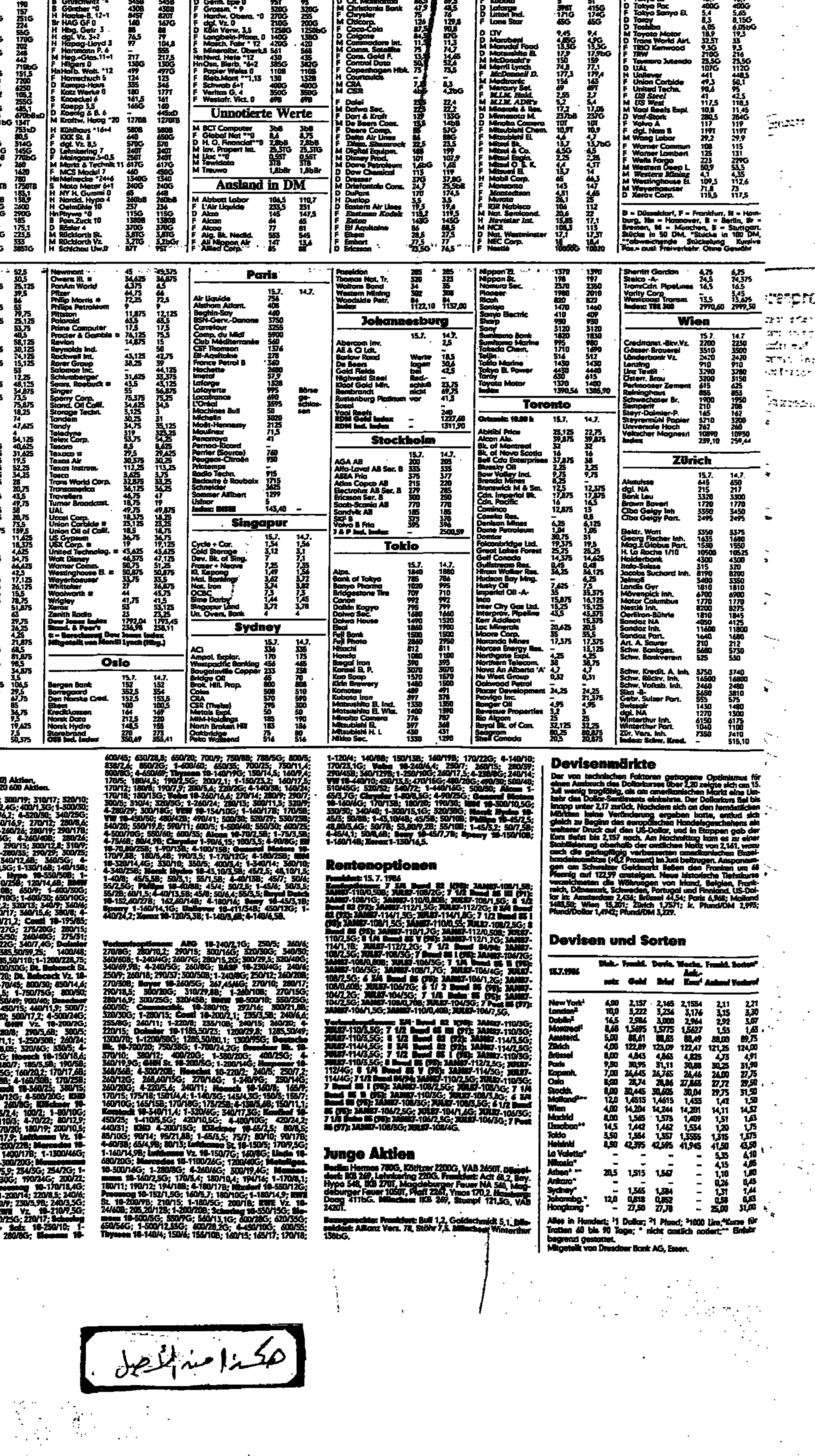
Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Inland



Ausland



Inlandszertifikate

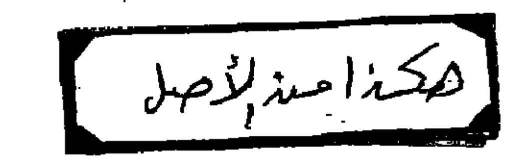
Optionshandel

Devisenmärkte

Rentenoptionen

Devisen und Sorten

Junge Aktien



Renten wieder uneinheitlich

Die freundlichere Tendenz auf dem US-Bonds-Markt als Reaktion auf die Diskontsenkung in den USA löste im deutschen Rentenhandel zunächst Hoffnungen auf eine Stabilisierung der Märkte aus. Zumindest wurde mit einem wieder wachsenden Interesse der Ausländer an deutschen öffentlichen Anleihen gerechnet. Bei kleinen Umsätzen tendierten öffentliche Langläufer zwischen plus 0,15 und minus 0,30 Prozentpunkte. Bundesobligationen lagen gut behauptet. Gleiches gilt für die Pfandbriefe, bei denen die Renditen sogar leicht rückläufig waren.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Schwächer notierten zu Wochenbeginn die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Einbußen mußten auch die Kupfernotierungen hinnehmen. Fester schlossen dagegen die Kaffee- und Kakaonotierungen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	14.7.	11.7.
Juli	269,75	263,50
Sept.	259,25	257,50
Dez.	258,75	258,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St L 1 CW	233,03	230,53
Am. Durum	230,81	228,31

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Juli	101,20	103,80
Okt.	101,50	102,70
Dez.	103,00	104,20

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Juli	82,70	82,70
Okt.	76,20	76,20
Dez.	75,90	75,90

HAFER Chicago (c/bush)		
Juli	101,50	98,75
Sept.	101,50	100,00
Dez.	109,75	108,25

MAIS Chicago (c/bush)		
Juli	209,00	202,00
Sept.	175,25	173,25
Dez.	172,75	173,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Juli	108,30	108,40
Okt.	83,90	84,90
Dez.	83,90	84,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	14.7.	11.7.
Juli	178,75	171,00
Sept.	181,50	172,25
Dez.	178,24	174,24

KAKAO New York ($/t)	14.7.	11.7.
Juli	1842	1818
Sept.	1876	1852
Dez.	1929	1901
Umsatz	3736	1630

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Sept.	5,30	5,17
Okt.	5,62	5,58
Jan.	5,68	5,67
März	6,35	6,35
Mai	6,57	6,54
Umsatz	12909	11234

Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,06	unverh.

KAFFEE London (£/t) Robusta	14.7.	11.7.
Juli	1835-1840	1765-1770
Sept.	1873-1874	1795-1800
Nov.	1898-1900	1825-1830
Umsatz	5830	5471

KAKAO London (£/t)		
Juli	1345-1355	1310-1317
Sept.	1379-1380	1338-1339
Dez.	1420	1381-1382
Umsatz	2772	2750

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)	14.7.	11.7.
Aug.	115,00-116,60	118,00-119,80
Okt.	126,40-126,60	127,80-128,20
Dez.	132,40	133,60-135,60
Umsatz	2517	5784

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	15.7.	14.7.
schw. Saraw.spez.	857,50	857,50
weiß Saraw.	1127,50	1137,50
weiß Munt.	1142,50	1152,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)	14.7.	11.7.
Juli	99,50	102,40
Sept.	99,50	102,00
Nov.	100,50	103,00
Jan.	101,30	103,25
März	102,15	105,00

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	14.7.	11.7.
	24,50	25,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	18,00	18,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Juli	16,05	14,30
Aug.	16,05	16,30
Sept.	16,22	16,48
Okt.	16,30	16,54
Dez.	16,80	16,95
Jan.	16,85	17,00
März	17,21	17,41

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	16,75	16,75

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	14,00	14,00
Choice white hog 4 % fr. F.	9,00	9,00

TALG New York (c/lb)		
top white	10,00	10,00
fancy	9,50	9,50
bleichf.	9,25	9,25
yellow max. 10% fr.F	7,75	7,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Juli	58,95	58,10
Aug.	56,40	55,55
Okt.	52,75	51,65

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Juli	85,00	86,10
Aug.	82,95	83,50
Febr.	75,00	83,40

HÄUTE Chicago (c/lb)	14.7.	11.7.
Ochsen einh. schwere River Northern	68,00	68,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	–

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Juli	531,25	527,25
Aug.	509,50	509,00
Sept.	491,00	491,75
Nov.	488,00	487,75
Jan.	497,50	496,50
März	506,50	505,50
Mai	512,50	511,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Juli	154,50	151,70
Aug.	146,50	145,00
Sept.	141,20	141,50
Okt.	139,20	139,20
Dez.	141,00	141,00
Jan.	142,20	142,20
März	144,00	143,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	14.7.	11.7.
Juli	250,00	249,70
Okt.	258,00	258,50
Dez.	262,70	263,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	14.7.	11.7.
	11,00	10,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	15.7.	14.7.
	540,00	540,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	450,00	415,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif		
	225,00	230,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	88,50	82,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif		
	230,00	240,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	14.7.	11.7.
Aug.	29,57	29,80
Okt.	30,05	30,30
Dez.	30,48	30,86
März	31,30	31,60
Mai	32,10	32,50
Juli	32,90	33,30

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	43,25	43,25

WOLLE London (Neuseel. c/kg) – Kreuzz.	15.7.	14.7.
Aug.	510-520	512-519
Dez.	520-524	523-525
Jan.	520-525	525-527
Umsatz	2227	2211

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	15.7.	14.7.
Juli	41,00	
Okt.	41,50	
–	–	geschl.
–	–	
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	15.7.	14.7.
Juli	670,00-685,00	670,00-685,00
Okt.	621,00-623,00	–
Dez.	624,00-627,00	619,00-623,00
Umsatz	9	4

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	15.7.	14.7.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	15.7.	14.7.
Juli	12490	12486
Aug.	12400	12399

KAUTSCHUK London (p/kg)	14.7.	11.7.
RSS 1 Aug.	57,25-58,25	56,75-57,75
RSS 1 Sept.	57,25-58,25	56,75-57,75
RSS 2 Aug.	56,00-57,00	55,50-56,50
RRS 3 Aug.	55,00-56,00	54,50-55,50
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	15.7.	14.7.
Aug.	212,00-214,00	212,00-214,00
Sept.	209,50-211,50	209,50-211,50
Nr. 2 Aug.	207,50-208,50	207,50-208,50
Nr. 3 Aug.	205,50-206,50	205,50-206,50
Nr. 4 Aug.	202,00-203,00	202,00-203,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	15.7.	14.7.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	291,72-293,99	298,74-301,02
BLEI in Kabeln	88,25-89,25	89,00-90,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	15.7.	14.7.
MS 58, 1.VS	276-278	280-282
MS 58, 2.VS	330-334	334-339
MS 63	301-305	306-312

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	15.7.	14.7.
Leg. 225	290-305	290-305
Leg. 226	292-307	292-307
Leg. 231	327-342	327-342
Leg. 233	337-352	337-352

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

PLATIN (DM/g)	15.7.	14.7.
	32,35	32,35
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	28021	28397
Rückn.-Pr.	23830	24160
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	24610	24920
Rückn.-Pr.	23960	24260
verarbeitet	25820	26140
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24150	24425
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	358,90	364,30
Rückn.-Pr.	348,00	353,20
verarbeitet	374,60	380,30

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	15.7.	14.7.
10.30	345,85	346,20
15.00	346,00	345,75
Zürich mitt.	346,10-346,50	346,30-346,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	77950	geschl.

Londoner Metallbörse

Energie-Terminkontrakte

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Die Verringerung der Dollarabschläge gegen DM am 15. 7. resultierte aus rückläufigen Euro-Dollar-Depots.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,45-0,35	1,15-1,05	2,20-2,00
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,28-1,25	2,57-2,50
Pfund/DM	2,20-0,80	5,00-3,60	9,20-7,80
FF/DM	15+1	29-13	50-34

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15.7.: Tagesgeld 4,55-4,65 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.
Privatdiskontsätze am 15.7.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 15.7.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 15.7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6½-6⅝	4½-4⅝	5-5⅛
3 Monate	6½-6⅝	4½-4⅝	4⅞-5⅛
6 Monate	6½-6⅝	4½-4⅝	4⅞-5⅛
12 Monate	6½-6⅝	4⅝-4¾	4¾-5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 15.7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 15.7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	980,00	1311,00
5 US-Dollar (Indian)**	610,00	759,70
5 US-Dollar (Liberty)**	370,00	502,90
1 £ Sovereign alt	177,50	225,15
1 £ Sovereign Elizabeth II.	170,50	217,17
20 belgische Franken	136,50	181,83
10 Rubel Tscherwonez	177,50	229,71
2 südafrikanische Rand	165,25	210,06
Krüger Rand, neu	734,50	877,23
Maple Leaf	757,00	902,88
Platin Noble Man	961,50	1136,01
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	210,75	268,76
20 schweiz. Franken „Vreneli“	150,25	199,79
20 franz. Franken „Napoléon“	145,25	194,09
100 österr. Kronen (Neuprägung)	705,75	860,42
20 österr. Kronen (Neuprägung)	140,50	182,97
10 österr. Kronen (Neuprägung)	72,00	99,18
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	326,50	406,41
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	74,75	100,02

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,00, Rendite 5,74.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 15.7.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,404	6,60
Commerzbank	100,00	22.5.95	59,50	6,03
Commerzbank	100,00	4.8.00	42,00	6,36
Deutsche Bk. $	287,00	25.1.95	137,00	9,05
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	110,84	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,90	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,35	6,55
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,69	6,80
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,35	6,60
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,89	6,35
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,13	6,80
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,41	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,07	6,93
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,94	6,85
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,57	6,95
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,17	6,55
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,08	6,50
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,70	6,46
WestLB 608	100,00	1.6.01	38,60	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,10	6,75
WestLB 500	126,86	16.2.89	112,60	4,73
WestLB 501	137,01	16.2.90	114,25	5,21
WestLB 505	115,76	3.10.88	105,06	4,49
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,85	5,41
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	–
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,50	8,20
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,00	10,26
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	62,875	8,67
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	62,75	8,62
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	59,50	8,19
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,375	8,91
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,125	8,95
Sears (AA)	100,00	27.5.94	53,125	8,63
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,875	8,66
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,875	8,38

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65 (4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	5,04 (5,02)	99,95	101,6	103,5	105,3	107,2	109,0
3	5,35 (5,35)	99,05	101,5	104,2	106,9	109,6	112,3
4	5,65 (5,65)	97,40	100,9	104,4	107,9	111,4	114,8
5	5,83 (5,84)	96,10	100,7	104,5	108,8	113,0	117,2
6	6,02 (6,02)	94,50	99,90	104,3	109,2	114,1	119,0
7	6,33 (6,32)	92,15	98,20	103,2	108,7	114,2	119,7
8	6,63 (6,62)	89,55	95,60	101,7	107,7	113,7	119,8
9	6,75 (6,75)	87,85	94,45	101,7	107,6	114,1	120,7
10	6,77 (6,77)	86,80	93,85	101,7	108,0	115,1	122,1
15	7,05 (7,05)	80,60	89,60	99,55	107,7	116,7	125,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,601 (112,599)
Performance-Rentenindex: 244,171 (244,124)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	14. Juli	6,375-6,441
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,375
	60–270 Tage	6,00
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,375
	60 Tage	6,35
	90 Tage	6,30
Certificates of Deposit	1 Monat	6,35
	2 Monate	6,30
	3 Monate	6,30
	6 Monate	6,30
	12 Monate	6,35
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,78
	26 Wochen	5,80
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,21
	30 Jahre	7,14
US-Diskontsatz		6,00
US-Primerate		8,00
Geldmenge M1	30. Juni	666,3 Mrd. $

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

Euro-Yen

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

TOUR DE FRANCE

Schotte Millar: Der Sieger wird englisch sprechen

dpa, Bordeaux

Früher gab es bei der Tour de France eine sogenannte „Königsetappe". Diese Bezeichnung verdienen diesmal mindestens fünf Abschnitte. Bis zum einzigen Ruhetag am nächsten Dienstag im Wintersportort Alpe d'Huez wird die Vorentscheidung gefallen sein. Davor türmen sich vor den Fahrern jeweils sechs Berge der höchsten und der ersten Kategorie auf, darunter die Tour-Klassiker Tourmalet (2115 Meter), Izoard (2361 Meter), Granon (2413 Meter), Galibier (2460 Meter) und der Anstieg nach Alpe d'Huez (1860 Meter).

Nach elf Flachetappen und 1332 Kilometern beginnt für die Bergspezialisten und die Favoriten Bernard Hinault, Laurent Fignon (beide Frankreich), Greg Lemond (USA) und Stephen Roche (Irland) die Woche der Wahrheit. Der zierliche Kolumbianer Luis Herrera, vor den Pyrenäen mit 8:21 Minuten Rückstand viel besser als erwartet im Rennen, möchte wieder Bergkönig werden. „Ich konzentriere mich auf fünf Gegner: Hinault, Fignon, Lemond, Roche und den Schweizer Zimmermann, werde aber nichts überstürzen", sagte der frühere Gärtner aus Bogota, der im letzten Jahr in Morzine und St. Etienne gewann.

Fignon, der im Vorjahr nach einer Achillessehne-Operation acht Monate nicht im Sattel saß und deshalb noch heute seiner Form von 1984 hinterherfährt, hat da kaum Bedenken: „Was will Herrera denn groß tun. Er hat ja nur noch vier Fahrer in der Mannschaft, die ihn unterstützen können. Er kann die Tour nicht gewinnen." Genauso äußerte sich Hinault, der wieder auf eine Allianz mit Ex-Weltmeister Lemond hofft.

Zwei, die Herrera nicht auf seiner Rechnung hat, fühlen sich auf seinem bevorzugten Terrain genauso zu Hause: Der Spanier Pedro del Gado, im Vorjahr Sieger der Spanienrundfahrt, und vor allen Dingen der Kapitän von Peter Posts „Panasonic"-Mannschaft, Robert Millar. Der kleine Schotte mit dem Diamant im Ohr, der sich bisher geschickt im Feld versteckte und Kräfte schonte, ließ über seine Absichten keine Zweifel aufkommen: „Das Bergtrikot interessiert mich nicht. Die Tour gewinnt diesmal jemand, der englisch spricht."

Boris für Urlauber – enttäuschend

Wenn ein Deutscher nach Mallorca fliegt, dann kann das durchaus eine Geschäftsreise sein. Doch zur Zeit steht ihm wohl eher der Sinn nach Erholung. Boris Bekker erfüllte mit seiner Reise auf die Ferieninsel dienstliche Verpflichtungen – und die vielen Urlauber aus seiner Heimat sollten für das Geschäft sorgen.

Der Tennisstar bei seinem ersten öffentlichen Auftritt nach dem zweiten Sieg in Wimbledon, ausgerechnet auf Mallorca: 2800 Zuschauer, einige waren eigens aus Deutschland angereist oder vom spanischen Festland, zahlten bis zu 4000 Peseten (60 Mark) Eintritt für den „Palacio de Deportes" in Palma de Mallorca. Das Katalanische Fernsehen TV 3 übertrug live und zahlte dafür 64 000 Mark. Manuel Santana, Wimbledonsieger von 1966, hatte das alles organisiert und sich wahrscheinlich mehr versprochen als die 525 000 Mark Einnahme. Rund 550 000 Mark müssen an die Spieler ausgezahlt werden.

Der Sportpalast war mit seinen 3500 Plätzen noch nicht einmal ausverkauft. Und die deutschen Urlaubs- und Becker-Fans waren am Ende enttäuscht. Becker (vielleicht eben doch eher in Ferien- als in Arbeitsstimmung) unterlag im ersten Spiel eines Schauturniers dem Schweden Hendrik Sundstroem mit 3:6, 6:7. Der erste Satz dauerte dabei nur 35 Minuten, dafür dann aber allein der Tiebreak im zweiten Durchgang (13:11 für den Schweden) 20 Minuten.

Sundstroem, nach einer Verletzungspause auf Platz 79 der Weltrangliste abgesackt, darf nun im Finale gegen den Spanier Emilio Sanchez antreten, der Thierry Tuslane aus Frankreich 6:1, 6:3 besiegte. Für Boris Becker, der für seinen zweitägigen Auftritt rund 175 000 Mark kassieren soll, bleibt höchstens Platz drei. Die schwedischen Urlauber werden zufriedener sein als ihre Strandnachbarn aus Deutschland.

*

Die sportliche Arbeit für die besten deutschen Tennisspielerinnen beginnt am nächsten Dienstag in Prag mit einer leichten Aufgabe. In der ersten Runde des Federation-Cups, der inoffiziellen Mannschaftsweltmeisterschaft, ist der Sieger der Begegnung Belgien gegen Finnland der Gegner. Das ergab gestern die Auslosung der Spiele. Die deutsche Mannschaft mit Steffi Graf, Claudia Kohde Kilsch, Bettina Bunge und Claudia Porwik ist hinter den Teams der USA und der CSSR (Titelverteidiger) als Nummer drei gesetzt. Übersteht sie die erste Runde, gibt es gegen Brasilien, Rumänien oder Irland eine weitere lösbare Aufgabe. Auf die USA mit Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd träfe Deutschland erst im Halbfinale.

SPORT-NACHRICHTEN

Berthold nach Verona?

Rom (dpa) – Fußballprofi Thomas Berthold wechselt möglicherweise im Sommer 1987 von Eintracht Frankfurt zum italienischen Erstliga-Klub Hellas Verona. Während der italienische Rundfunk den Transfer gestern als sicher meldete, sagte Berthold, bei einer Besprechung am Sonntag in Verona sei „man einer Übereinkunft sehr nahe gekommen".

Leistner macht weiter

Düsseldorf (sid) – Die zweimalige deutsche Eiskunstlauf-Meisterin Claudia Leistner (21) aus Mannheim setzt ihre Karriere fort, nachdem Ondrej Nepala (CSSR), Olympiasieger von 1972, als neuer Coach für das Leistungszentrum in Mannheim verpflichtet werden konnte.

Box-Kampf abgesagt

München (sid) – Der Kampf um die Box-Europameisterschaft im Weltergewicht zwischen Titelverteidiger Lloyd Honeyghan und José Varela (Rüsselsheim) ist wegen einer angeblichen Handverletzung des Engländers abgesagt worden. Der Manager des deutschen Meisters legte gegen die Verschiebung offiziell Protest ein.

Röhrl nicht zu Lancia

Regensburg (sid) – Der zweimalige Rallye-Weltmeister Walter Röhrl aus Regensburg hat das Angebot abgelehnt, nach dem Audi-Rückzug aus der WM bei der Rallye San Remo im Oktober einen Werks-Lancia zu fahren. Das Zuschauerproblem bei WM-Läufen sei nach wie vor ungelöst, sagte Röhrl. „Wenn ich jetzt doch wieder in ein 500-PS-Auto steige, werde ich doch unglaubwürdig."

Wiesel auf der FIFA-Liste

Frankfurt (sid) – Wolf-Günter Wiesel (Ottbergen) ist vom Deutschen Fußball-Bund auf die Schiedsrichter-Liste des Weltverbandes FIFA gesetzt worden. Der 38jährige nimmt den Platz von Volker Roth (Salzgitter) ein, der seine Laufbahn nach der WM in Mexiko beendete.

Eugen Haas 70 Jahre alt

Düsseldorf (dpa) – Eugen Hass, Obmann und Manager des VfL Gummersbach, feierte gestern seinen 70. Geburtstag. In 38 Jahren formte Haas aus seinem Verein den erfolgreichsten Handballklub der Welt, der es auf neun Europacup-Erfolge, zehn deutsche Meisterschaften und fünf Pokalsiege brachte.

ZAHLEN

BASKETBALL

WM in Spanien, Zwischenrunde, Gruppe A: Kuba – Griechenland 74:66, UdSSR – Spanien 88:83, Brasilien – Israel 90:75. – Gruppe 2: Italien – Jugoslawien 76:102, USA – Kanada 77:65, Argentinien – China 97:80.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: TV 21 Büchenbach – Blau-Weiß Berlin 0:11, FC Homburg – 1. FC Kaiserslautern 3:2, SC Eldersdorf – 1. FC Nürnberg 0:15.

TENNIS

Galea Cup (Junioren bis 21 Jahre) in Saloniki: Griechenland – Deutschland 0:3. – Einzelergebnisse: Kabakoglou – Steeb 2:6, 2:6, Economou – Riglewski 1:6, 3:6, Glavas/Katsibis – Kühnen/Braasch 3:6, 2:6.

KUNSTTURNEN

Goodwill Games, Zwölfkampf: 1. Korlew 117,15 Punkte, 2. Mogilny 116,55, 3. Artemow (alle UdSSR) 116,45, 4. Kroll („DDR") 116,05, 5. Chunseng (China) 115,15, 6. Teippelt („DDR") 114,45.

HANDBALL

Goodwill Games, Frauen: UdSSR – Deutschland 26:20.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 1 595 204,90, 2: 132 933,70, 3: 7936,30, 4: 136,80, 5: 9,80. – **Toto**, Elferwette: 1: 324,40, 2: 21,30, 3: 3,80. – **6 aus 45**: 1: unbesetzt, 2: unbesetzt, 3: 8986,80, 4: 127,90, 5: 9,80. – **Rennquintett**, Rennen A: 27,80, 2: 4,30. – Rennen B: 92,30, 2: 6,00. – Kombinationsgewinn: 78 245,50. (ohne Gewähr)

FUSSBALL / Trikot-Werbung in der Bundesliga

Hoechst gegen Bayer, BASF winkt noch ab

sid, Hamburg

Deutsches Bier und deutscher Fußball gehören für Werbestrategen offensichtlich zusammen. Gleich vier Klubs der Fußball-Bundesliga lassen ihre Spieler in der Saison 1986/87 Trikots tragen, die mit einem Schriftzug den Gerstensaft anpreisen. Nach dem Aufstieg des FC Homburg ist die dort ansässige Karlsberg-Brauerei, die bislang nur mit dem 1. FC Kaiserslautern warb, gleich zweimal in der höchsten deutschen Fußball-Klasse vertreten. Der 1. FC Nürnberg macht für „Patrizier" Reklame, der VfB Stuttgart gibt sich alternativ und versucht die Fans für das alkoholfreie „Sanwald Extra" zu begeistern.

Ansonsten ist die Werbepalette bunter denn je. Spitzenreiter Bayern München kassiert vom Computerhersteller Commodore 1,1 Millionen Mark pro Jahr. Siebenstellig sind auch die Honorare für den 1. FC Köln (Daimon) und den Hamburger SV (BP). Borussia Mönchengladbach erhält von Erdgas zwischen 500 000 und 750 000 Mark, je nachdem wie erfolgreich das Team spielt. Zum ersten Mal und dazu vergleichsweise billig wirbt eine Hotelkette (Relexa) in der Profiliga: Neuling Blau-Weiß 90 Berlin gab seine Trikots schon für 280 000 Mark frei.

Die wichtigsten Wechsel fanden in Bremen und Frankfurt statt. Der Türenhersteller Portas, zuvor schon Werbepartner von Kickers Offenbach, dem 1. FC Kaiserslautern und zuletzt Eintracht Frankfurt, kam mit dem Meisterschafts-Zweiten Werder Bremen ins Geschäft. Neben neuen Türen für die privaten vier Wände von Präsident Franz Böhmert („Mein Hund zerkratzt sie immer wieder") muß Portas pro Saison 800 000 Mark zahlen.

Auf den Frankfurter Trikots wirbt nun Chemie-Gigant Hoechst. 910 000 Mark, von denen allerdings 260 000 Mark für die jetzt ebenfalls erstklassigen Eishockey-Spieler bestimmt sind, stellt das Unternehmen zur Verfügung. Konkurrent für den Bayer-Konzern, dessen Mannschaften Leverkusen und Uerdingen mit dem Firmenkreuz auf der Brust antreten. Mit welchen Summen die Bayer AG ihren Teams unter die Arme greift, läßt sich allerdings kaum exakt ermitteln. Die Unterstützung reicht schließlich von der Bereitstellung eines sicheren Arbeitsplatzes für die Spieler bis zum konzerneigenen Haberland-Stadion in Leverkusen.

Als einzige Klubs sind der SV Waldhof Mannheim und Schalke 04 noch nicht fündig geworden. Sie starten ohne Trikot-Werbung in die Saisonvorbereitung. „Seit Januar sind wir verzweifelt auf der Suche. Selbst Zeitungsannoncen haben uns nicht weitergebracht", sagt Mannheims Vereinspräsident Wilhelm Gruber. Die Mannheimer fordern eine halbe Million Mark, eine Summe, bei der selbst der benachbarte Chemie-Konzern BASF paßte.

Werbepartner der Vereine

Verein: Werbepartner	Betrag
Bayern München: Commodore (Computerhersteller)	1,1 Millionen Mark
1. FC Köln: Daimon (Batteriehersteller)	eine Million Mark
Hamburger SV: BP (Mineralölkonzern)	eine Million Mark
VfB Stuttgart: Sanwald extra (alkoholfreies Bier)	800 000 Mark
Werder Bremen: Portas (Türenhersteller)	800 000 Mark
Eintracht Frankfurt: Hoechst (Chemiekonzern)	650 000 Mark
Borussia Dortmund: Continentale (Versicherungen)	600 000 Mark
Mönchengladbach: Erdgas (Energieversorgung)	500 000 bis 750 000 Mark
VfL Bochum: Opel (Automobilhersteller)	500 000 Mark
Fortuna Düsseldorf: ARAG (Versicherungen)	450 000 Mark
1. FC Kaiserslautern: Karlsberg (Bier)	400 000 Mark
1. FC Nürnberg: Patrizier (Bier)	300 000 Mark
Blau-Weiß 90 Berlin: Relexa (Hotelkette)	280 000 Mark
FC Homburg: Karlsberg (Bier)	nicht bekannt
Bayer Uerdingen, Bayer Leverkusen: Bayer AG (Chemie)	nicht bekannt
Schalke 04, Waldhof Mannheim:	noch ohne Werbepartner

STAND ● PUNKT

Die verblüffend schnelle Wandlung des FC Homburg

Irgendwann, irgendwie sehnt sich das Herz nach Idylle, läßt den Verstand im Abseits stehen. Selbstverständlich auch im Hochleistungssport, der so kühl geworden ist wie eine Registrierkasse. So ein wenig „ach, wie war das früher schön", verbunden mit diebischer Freude, wenn ein Kleiner mit hausgemachten Rezepten einen der Großen an der Nase rumführt – das tut gut, immer wieder.

Und so etwas schien denn auch zu kommen: Provinzstadt mit 43 000 Einwohnern, aber trotzdem höchste Spielklasse im Fußball, der Trainer singt zur Gitarre, wenn es Streit gibt, und der Mannschaftskapitän ist Polizeibeamter auf der Autobahnwache Kaiserslautern. Das alles heißt FC Homburg und war stolz auf sein Modell, Profitum nach Feierabend und gesunden, bodenständigen Einsatz erfolgreich zu mischen.

Und so, das sagten sie alle beim Aufstieg in die Bundesliga, sollte es auch weitergehen. Ein Versuch, mehr nicht, das Scheitern lächelnd kalkuliert. Herzerfrischend sympathisch, ein Hauch von Seele in karger Geschäftslandschaft des Sports.

Es war, so scheint es, doch nur der Traum von der Idylle. Homburg ist Bundesligastadt und unterscheidet sich nicht von anderen, höchstens in der Einwohnerzahl. Zwei Polen wurden eingekauft (Buncol und Wojcicki). Jetzt hat der singende, harmonie-preisende Trainer Fuchs noch zwei andere Zugänge angekündigt, die zu allem und jedem passen könnten, nur nicht in die Heimat des modellhaften Versuchs, sich bescheiden und im besten Sinne amateurhaft durchzuschlagen.

Dieter Schatzschneider soll kommen, gescheitert in Hamburg und Schalke, Jimmy Hartwig soll ihn begleiten, ausgemustert in Köln und Salzburg. Zwei Marktschreier und Blechtrommler in eigener Sache, Unruhestifter eher neben als auf dem Spielfeld.

Auch Homburg also ein Großhändler mit der Illusion, man müsse nur wahllos einkaufen, klotzen statt rechtschaffen kleckern, um den Abstieg zu vermeiden. Trainer Fuchs, der zur Gitarre spielt, wenn es Streit gibt, sollte schon mal ein paar neue Griffe auf dem Instrument üben.

que.

Im Urlaub: Auf diesen Wellen klingt es deutsch

An Nord- und Ostsee, in Dänemark, Skandinavien, England und Holland:

Sender der Heimat:

Auf Mittelwelle: Radio Bremen: 936 kHz = 320 m, Programm Hansawelle. NDR Hamburg: 972 kHz = 309 m; NDR Flensburg: 702 kHz = 427 m; NDR Hannover: 828 kHz = 362 m und NDR Kiel: 612 kHz = 490 m; Kiel nur bis 18 Uhr. Ab Einbruch der Dunkelheit: Europawelle Saar: 1422 kHz = 211 m. WDR Köln: 1593 kHz = 188 m. SWF Rheinsender: 1017 kHz = 295 m. HR Frankfurt: 594 kHz = 505 m.

Auf Langwelle: Deutschlandfunk (DLF) Neumünster: 1269 kHz = 236 m (werktags ab 19.30, sonntags ab 20 Uhr in Fremdsprachen). DLF Donebach/Odenwald: 153 kHz = 1960 m.

Auf Kurzwelle: Deutsche Welle (DW) Köln: 6075 kHz im 49-m-Band (Schaltpause von 7.47 bis 8 Uhr) Rundstrahlung für Europa in Deutsch. DW: 3995 kHz im 75-m-Band (von 20 bis 7.47 Uhr). RIAS Berlin: 6005 kHz im 49-m-Band (rund um die Uhr). Radio Bremen und SFB Berlin: 6190 kHz im 49-m-Band (die beiden Anstalten teilen sich die Frequenz). BR München: 6085 kHz im 49-m-Band. SDR Stuttgart: 6030 kHz im 49-m-Band. Südwestfunk Baden-Baden (SWF 3): 7265 kHz im 41-m-Band.

Sender der Gastländer in Deutsch:

Dänemark: kurze Nachrichten für Touristen werktags 9.30 Uhr (nur Juli und August): MW 1062 kHz = 282 m und über viele UKW-Sender.

Schweden: 22 bis 23 Uhr auf MW 1179 kHz = 254 m und den KW 9655 und 6065 kHz im 31- bzw. 49-m-Band.

Finnland: Samstag 9 bis 9.30 Uhr auf MW 558 kHz = 538 m und 963 kHz = 311 m und LW 254 kHz = 1181 m. Samstag 20.30 bis 21 Uhr auf MW und LW wie oben.

England (BBC): 5.45 bis 6.30 Uhr auf MW 648 kHz = 463 m. 6.45 bis 7 und 17.15 bis 18 Uhr auf MW 1296 kHz = 231 m und 20 bis 21.45 Uhr auf MW 648 kHz = 463 m. Tips für Touristen: täglich 6.25 Uhr und (außer sonntags) 20.55 Uhr auf allen erwähnten Wellen.

Alle Zeiten in MESZ. Generell gilt: Empfang auf Mittelwelle oft erst ab Dunkelheit; bei den Kurzwellen-Sendern dagegen besonders guter Empfang tagsüber. (MW = Mittelwelle, KW = Kurzwelle, LW = Langwelle) HERMANN JÄGER

Karlas Ehen: Die Polin Ewa Dalkowska (Foto) spielt eine Frau vom Lande, die durch zwei gescheiterte Ehen sich ihrer selbst bewußt wird; ein Reifeprozeß, an dessen Ende sie ihr Leben in die Hand nimmt. Sie kehrt in ihr Bergdorf zurück, aus dessen Isolation sie einst geflohen war. (ZDF, 22.40 Uhr) FOTO: ZDF

Das wütende Meer vor sich, den Berg im Nacken

Nach Ratten Touristen

Die einen sagen, sie sei eines der letzten Paradiese in Europa, die anderen sprechen von einem verlorenen Paradies: die 12,6 Quadratkilometer kleine Insel Stromboli, zwischen Neapel und Sizilien gelegen, beherrscht von dem 926 Meter hohen Vulkan, dem Feuerberg. Seit Jahrtausenden speit er in gleichmäßigen Abständen glühendes Gestein mit der Regelmäßigkeit eines Uhrwerks über die Sciara del fuoco (die Aschenbahn) ins Meer. Manchmal aber bricht es aus ihm heraus, dann bebt die Erde und goldglühende Magma schwemmt ins Meer.

Das ist der Grund, auf dem die Strombolianer leben. Das oft wütende Meer vor sich, den Berg im Nakken, so haben sie Jahrhunderte überstanden und einen Insulaner-Stolz entwickelt, den kein noch so arroganter Tourist brechen kann.

Die ersten kamen in größerer Zahl vor wenig mehr als 20 Jahren, als die Insel und ihre Bewohner zum drittenmal in diesem Jahrhundert zerstört schienen. Der erste Zusammenbruch kam noch vor der Jahrhundertwende, als die sich ausweitende Dampfschiffahrt den Seglerhafen Stromboli – günstig zwischen Neapel und der Meerenge von Messina gelegen – überflüssig machte.

Die zweite Zerstörung bewirkte der Berg mit seinem gewaltigen Ausbruch 1936, der auch Menschenleben forderte; der dritte Einbruch kam als Folge des Zweiten Weltkrieges, war leibliche Not. Die Menschen versanken in eine Lethargie, die Elio Vittorini in seinem Buch „Gespräch in Sizilien" mit den Worten umschreibt: „Das war das Schreckliche, die Ruhe in der Hoffnungslosigkeit". Wieder wanderten die Mobilen aus. Wo um 1900 noch 3000 Menschen gewohnt hatten, waren es 1960 noch knapp 300.

In diese bislang letzte Phase des Niedergangs kamen die Touristen, angelockt vom brodelnden Berg. Es kamen aber auch die ersten ständigen Gäste auf der Suche nach einer Oase der Ruhe. So fand die Insel seit Beginn der 70er Jahre einmal wieder einen neuen Anfang. Der Wiederaufbau verfallener Häuser brachte nicht nur neue Einkünfte, sondern eine neue Infrastruktur. Der Schweizer Maler Falk, der Freiburger Archäologe Professor Wegener, der amerikanische Schriftsteller Richard Mason oder der Turiner Architekt Nino Pozzati gehörten zu den Pionieren, die buchstäblich die Ratten aus den Ruinen vertrieben, den Konsens mit den Einwohnern behutsam suchten und auch fanden.

Feuerberg – ARD, 20.15 Uhr

Heute leben wieder rund 600 Einheimische aller Altersgruppen auf der Insel. Sie lernen eine neue Rolle, die entsteht aus dem raschen Sprung vom 19. in das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts. Wer heute dorthin kommt, Filme dreht und dabei klagend die „Idylle" von vor 50 Jahren sucht, der muß dann auch die Not jener Zeit aufspüren. Alles andere ist romantische Illusion.

KLAUS J. SCHWEHN

Vor allem US-Sender im Osten beliebt

Eine Umfrage (1985/86), die acht Institute in fünf westeuropäischen Staaten unter Besuchern aus der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien durchgeführt haben, bestätigt, daß westliche Rundfunksender als einzige freie Quelle der Information angesehen werden. Fast 6500 Leute wurden gefragt, ob sie Westsender, die in ihren Landessprachen Informationen ausstrahlen, hören. Das Ergebnis: 71 Prozent der Ungarn, 73 Prozent der Bulgaren, 78 Prozent der Tschechen und Slowaken sowie 89 Prozent der Rumänen und Polen gaben an, daß sie Westsender mehr oder weniger regelmäßig hören.

Die meisten nannten die beiden US-Sender an erster Stelle: Voice of America (VoA), die ihren Sitz in Washington hat, und Radio Freies Europa (RFE) in München. Solide hält sich seit der Nachkriegszeit mit mehr oder weniger unveränderten Hörerquoten die Londoner BBC. Die beiden westdeutschen Sender – die Deutsche Welle (DW) und der Deutschlandfunk (DLF) in Köln – sind zwar in der Tabelle – abgesehen von Radio Vatikan mit seinen fast ausschließlich religiösen Sendungen – meist abgeschlagen am Ende, konnten allerdings in einigen Empfangsländern an Hörern gewinnen. Wenn RFE von 34 Prozent in der Tschechoslowakei bis zu 61 Prozent in Rumänien, und die VoA von 23 Prozent in Ungarn bis 53 Prozent in Polen gehört werden, bewegt sich die Zahl der „Stammhörer" der DW und des DLF bei 9 bis 15 Prozent.

Dabei konnte die DW in Staaten, wohin sie ihre Sendungen ausstrahlt, einige Prozentpunkte mehr als der DLF gewinnen. So erzielte der DLF unter allen Hörern von Westsendern in Ungarn einen Anteil von zehn Prozent (plus drei Prozent im Vergleich zur Umfrage 1984/85), in Polen neun Prozent (gleichbleibend) und in der CSSR neun Prozent (minus eins). Dazu muß allerdings festgestellt werden, daß in der CSSR alle westlichen Sender Hörer eingebüßt haben.

Pluspunkte konnte die DW bei ihren beiden in Richtung Südosteuropa ausgestrahlten Sendungen verzeichnen. So stieg die Anzahl ihrer Hörer in Bulgarien – trotz der Störsender – von 13 auf 15 Prozent. Außer RFE haben in Bulgarien allerdings alle westlichen Sender mehr Hörer als in der Zeit der letzten Umfrage.

In der CSSR, Polen und Ungarn gehören sind sehr viele Hörer zwischen 21 bis 30 Jahre alt, in Rumänien und Bulgarien 31 bis 40. Hoch ist auch die Zahl der über 61 Jahre alten Hörer. R. STRÖBINGER

ARD Mittwoch 

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Ratgeber TV-Kochbuch
10.00 heute
10.05 Eine blaßblaue Frauenschrift (2)
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.20 Klamottenkiste
Larry in Sing-Sing
14.55 Unsere kleine Farm
Die Reise nach Walnut Grove (2)
15.20 Tagesschau
15.30 Reiz der Extreme
16.15 Wilde Tiere
Dieser Film, im Süden Kenias gedreht, zeigt auf, warum der Gepard so lange Beine hat und das schnellste Säugetier der Welt ist, wie er die große Dürre überlebt, wie die Mutter ihre Jungen beschützt und wie die Geparden einen Fluß überqueren.
17.15 ARD-Sport extra
Tour de France
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Feuerberg
Film von Herbert Brödl
21.45 Brennpunkt
Licht für Dunkelmänner?
Richterspruch zu Parteifinanzen
Leitung: Ernst Elitz
22.30 Tagesthemen
23.00 Berliner Nachtschwärmer (Ost)
Von Jürgen Boettcher
14 Tage lang hat der Autor – erstmals für das westdeutsche Fernsehen – die „Szene" im Ost-Teil Berlins beobachtet.
23.45 Einsatz in Manhattan
Die Prinzessin
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Grisu, der kleine Drache
Technisches
15.30 Ferienkalender
16.05 Mickys Trickparade
Mit Bauchredner Fred Roby
16.30 Väter der Klamotte
Geben sie den Barsch her!
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Robin Hood
Teil 1: Der magische Pfeil
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.10 Lotto am Mittwoch
Ziehung A
18.20 Robin Hood
Teil 2: Der magische Pfeil
18.55 Lotto am Mittwoch
Ziehung B
19.00 heute
19.30 Ich bin Janet
Kanadischer Jugendfilm (1981)
20.15 Kennzeichen D
„DDR" als Kinohit. Verfassungsschutz und Aktion Sühnezeichen. Wohin führt der Weg der Grünen?
21.00 Die Profis
Die Feinde des Löwen
21.45 heute-journal
22.10 Zwischen Amt und Gemeinde
Film von Meinolf Fritzen
Zur Krise des katholischen Priesteramtes
22.40 Karlas Ehen
CSSR-Spielfilm (1980)
Deutsche Erstaufführung
Regie: Vladimir Manželstvá
0.10 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich
Bernhard Paul, Gründer und Direktor des Circus Roncalli
21.45 Wissenschaftsshow
Reiten mit und ohne Sattel
22.30 Mit dem Kopf gegen die Wand
Französischer Spielfilm (1958)
Original mit Untertiteln
Mit Jean-Pierre Mocky und Pierre Brasseur
Regie: Georges Franju
0.00 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Das internationale TV-Kochbuch
19.30 Agrarland UdSSR
Mit dem Traktor in die Zukunft
20.00 Tagesschau
NDR, HR und RB:
20.15 Münchehagen – und kein Ende
Die Sondermüll-Deponie im Landkreis Nienburg kam ins Gerede, als 1983 dort nach Giftfässern aus Seveso gesucht wurde.
SFB:
20.15 Berliner Platz
Kinder auf Demonstrationen
21.00 Offerte
21.15 Erbe der Väter (5)
22.10 Hoffnung
Französischer Film (1938)
Original mit Untertiteln
Der Film von André Malraux über den Spanischen Bürgerkrieg, an dem der französische Schriftsteller und spätere Minister de Gaulles auf republikanischer Seite teilnahm, beschreibt eine Episode aus seinem Roman „L'Espoir".
23.20 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Ein Platz für Tiere
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr wie Nord

SÜDWEST
16.00 Wo die Lilien blühen
Amerikanischer Spielfilm (1974)
17.30 Englisch für Anfänger (24)
18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny (2)
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
20.05 Detektiv Blunt
21.00 9 aktuell/Neues um Neun
21.15 Guten Abend aus Mainz
22.15 Ein Brief bei Tagesanbruch
Italienischer Spielfilm (1949)
23.45 Nachrichten

BAYERN
19.00 James Last im Allgäu
20.30 Magisches Intermezzo
Mikro-Magie und Partyzauberei
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Hollywood (4)
Geschichten aus der Stummfilmzeit
22.35 Lese-Zeichen
23.10 Die Kinder von Tucurui
Private Entwicklungshilfe beobachtet von Claus Bienfait
23.55 Rundschau

SAT 1

15.00 Captain Future
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Die deutsche musicbox
17.00 Der Magier
Anschl.: Rund um die Welt
18.00 Es darf gelacht werden
Festival mit Charlie Chaplin
Anschl.: Dick Tracy
18.30 APF-blick
18.45 Sport
19.45 Der letzte der feurigen Liebhaber
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Mit Paula Prentiss
21.30 APF-blick
22.15 Wunder – Mystik – Phänomene
Fremde Welten – gibt's die?
22.45 Tennisschläger und Kanonen
Die Glocke von T'Sien Cha
Anschl.: APF-blick



19.00 Der schlimmste Nebenfluß der Seine
Strawinsky-Brunnen
19.45 Follow me (15)
20.00 Tagesschau
20.15 Jede Woche hat nur einen Sonntag (1)
Steter Tropfen
21.05 MS Franziska
Verspätung
22.05 Ein Hauch von Sinnlichkeit
Amerikanischer Spielfilm (1968)
Mit Omar Sharif und Anouk Aimée
Regie: Sidney Lumet
0.00 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Land der Berge
Alpenmagazin
Die Polin Wanda Rutkiewicz gilt als weibliches Pendant zu Reinhold Messner.
20.30 Volksmusik aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Terra-X
Sie brauchten keine weißen Götter
Die verschollenen Kulturen Ecuadors
Mit Peter Baumann
22.30 Begegnungen
Boleslaw Barlog, Film- und Theaterregisseur
23.30 Nachrichten



18.15 Regional 7
18.35 Auto-Auto
18.55 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Knight Rider
Tödliche Bakterien
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der kleine Schwarze mit dem roten Hut
Italienisch-österreichische Westernkomödie (1974)
22.05 RTL-Spiel
22.10 Popeye
22.15 Wer bin ich?
22.50 Geheimauftrag für John Drake
23.17 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Deutschland, deine Sterne

vl. – Die Sorge, daß der historische Hintergrund des Deutschlandliedes nicht der Jugend vermittelt wird, scheint sich erledigt zu haben, seit Kreise, denen die Internationale genehmer ist, gegen den ersten Vers Sturm liefen. Sie haben ungewollt nicht nur die öffentliche Erörterung dieses Hintergrundes veranlaßt und das Lied neu populär gemacht, sondern sie haben auch Theodor Eschenburg und Golo Mann zu der Antwort veranlaßt, daß „über alles" eben nicht „über allem" heißt. Es besagt also, daß man Deutschland über alles liebt. So weit, so verdienstvoll.

Nur hat Golo Mann in seiner feurigen Verteidigung einige andere Hymnen etwas zu hart mit der demgegenüber „zarten Lyrik" des Deutschlandliedes konfrontiert. Das erfordert doch eine eigene Klarstellung mit historischem Hintergrund. Daß die französische Hymne „aggressiv" sei („Auf, ihr Kinder des Vaterlandes"), läßt sich vielleicht am Wortlaut behaupten, wenn auch kaum am in zwei Jahrhunderten geläuterten Wortsinn; derselbe Vorwurf geht aber an „Gott erhalte unsere gnädige Königin" vorbei. Und die „besonders blutrünstige amerikanische" Hymne, „wo das Blut strömt, die Granaten platzen und zum Schluß noch die Fahne steht", wird dem „Star Spangled Banner" nicht gerecht.

Francis Scott Key erwähnt Blut mit keinem Wort in seiner packenden Schilderung von Fort McHenry im nächtlichen Hagel der Bomben und Congreve-Raketen am 14. September 1814, als er mit einem Arzt, den er vor der Hinrichtung durch die Engländer gerettet hat, über die Bucht von Baltimore blickt und der halbblinde alte Mann immer wieder spähend fragt: „Is the flag still there?" Keys Antwort, daß das Sternenbanner noch immer über dem Land der Freien und der Heimat der Tapferen weht, ist gute Nachricht bis zum heutigen Tage für uns.

Londoner Intendanten

Reich durch Erfolg – das darf nicht sein

Es ist noch nicht lange her, da wanderten englische Regisseure mit hohem Marktwert zu den Fleischtöpfen amerikanischer Supermärkte ab. Die beiden Regie-Stars des britischen Theaters – der Intendant des Nationaltheaters, Sir Peter Hall, und der Ko-Direktor der Royal Shakespeare Company, Trevor Nunn – haben dem Sog des Exodus der Talente widerstanden. Es ist auch ihr Verdienst, daß ihre Bühnen zu den ersten der Welt gerechnet werden.

Hall, Oliviers Nachfolger als Chef der drei Bühnen des Nationaltheaters, und Nunn, Halls Nachfolger als Leiter (mit Terry Hands) der fünf Bühnen der Shakespeare Players, sind plötzlich unter Beschuß geraten. Als Chefs subventionierter Institutionen (und die sind im Königreich rar gesät) hätten sie mit Inszenierungen ihrer Theater im kommerziellen Sektor ganz groß abgesahnt: Tantiemen in die eigene Tasche, bis zum Multimillionär.

Die Hamlet-Frage bei dieser Intendantenschelte lautet: Müssen die Chefs subventionierter Theater wie Staatsbeamte immer fleißig und unbemittelt bleiben, oder dürfen sie mit Stippvisiten im kommerziellen Theater noch fleißiger und darüber reich werden? Rupert Murdochs „Sunday Times" fand es bedenklich, wenn so ein großer Kulturmanager mit einem Bein auf öffentlich-rechtlichem, mit dem anderen auf privatwirtschaftlichem Boden steht.

Das Blatt kanzelte die beiden Großverdiener in Englands Kulturbetrieb öffentlich ab und wirbelte so viel Staub auf, daß der für die Vergabe der öffentlichen Gelder verantwortliche Kunstrat zu einer Krisensitzung aufgeschreckt wurde. Hall und Nunn waren bei ihren Stippvisiten freilich außerordentlich erfolgreich und hatten eine glückliche Hand: Hall mit Peter Shaffers „Amadeus", den er nach der Londoner Uraufführung zu einem lukrativen Dauerbrenner am Broadway machte, der ihm 2,8 Millionen Mark einbrachte.

Trevor Nunn verdient an der Übernahme des Musicals „Les Miserables" vom eigenen Haus im Londoner Barbican durch eine kommerzielle West-end-Bühne. Nunn hat bei dreimonatigem Urlaub vom Amt „Cats" in London und New York zum Hit inszeniert und auch mit Lloyd Webbers Musical „Starlight Express" ein Vermögen verdient.

Beide Intendanten klagen gegen die Zeitung wegen Rufschädigung. Da die von Hall und Nunn bei den Kommerziellen erzielten Erfolge ihren Theatern nicht geschadet, aber sehr genützt haben, wartet man in England jetzt gespannt darauf, ob Hall mit seinem Verdacht recht hat, hinter der Intendantenschelte stecke ein Hieb gegen den subventionierten Kulturbetrieb. SIEGFRIED HELM

Komponistinnen – verkannt oder nur unbegabt?

Wenn Kinder beim Luxusberuf stören

Das Defizit der Frau im Komponistenberuf ist erst durch feministische Bewegungen zum Diskussionsthema geworden, obschon der Sachverhalt in der Neuen Musik keineswegs mehr so eindeutig ist und berühmte Komponisten weiblichen Geschlechts sind: Nadia Boulanger, Germaine Tailleferre, Grazyna Bacewicz, Tona Scherchen, um nur die bekanntesten zu nennen. Trotzdem bleibt die Frau – in Deutschland noch stärker als anderswo – unterrepräsentiert. Um diesen Sachverhalt zu erklären, gibt es verschiedene, einander ausschließende Interpretationen.

- Geschichtsverdrängung: Komponierende Frauen hat es zu allen Zeiten gegeben, sie wurden aber abgetan und nicht zur Kenntnis genommen;
- Unterdrückung: Immer wieder wurde kreativer Frauengeist von eifersüchtigen Männern – Vätern, Brüdern, Ehegatten – entmutigt, von den biologisch-sozialen Belastungen der Frau ganz abgesehen. Felix Mendelssohn hat seiner Schwester Fanny, Gustav Mahler seiner Frau Alma das Komponieren verleidet.
- Stichwort „Frauenmusik": Weibliches Komponieren folgt eigenen Gesetzen, die sich dem männlich geprägten Musikbegriff entziehen.

Für jede dieser Interpretationen lassen sich Belege finden; umfassend überzeugen kann eigentlich keine. So bleibt nichts, als sich den Vorurteilen zu stellen und den Kampf aufzunehmen: Komponistinnen der Geschichte bekannter zu machen und den Lebenden mehr Gehör zu verschaffen.

Dieser Aufgabe verschrieb sich jetzt die Heidelberger „Gesellschaft der Freunde der Kammermusik", die auf der Bergfeste Dilsberg jährlich Konzerte veranstaltet, zusammen mit dem 1978 gegründeten „Arbeitskreis Frau und Musik" und der Künstlerinnengesellschaft Gedok. Ein viertägiges Festival mit Konzerten, Vorträgen und Diskussionen galt Komponistinnen, und über zwei Jahre soll der „International Congress on Women in Music" auf dieser Bergfeste oberhalb des Neckars stattfinden.

Eine Trutzburg soll es schon, aber ein Ghetto will es nicht sein: Männer waren zugelassen als Mitwirkende wie als Mitorganisatoren und Disputanten, als der allerdings der Komponist Robert Wittinger beinahe zerrissen worden wäre, als er gegen gewisse feministische Wehleidigkeiten plädierte und darlegte, männliche Komponisten hätten es genau so schwer, machten nur nicht so viel davon her.

Mit Opernaufträgen und Preisen eingedeckt

Mehr Realität in die Diskussion brachten dann die Selbstauskünfte der anwesenden jüngeren Komponistinnen: Violeta Dinescu (über ihre Opernpremiere „Hunger und Durst" berichtete die WELT am 6. 11. 85), Adriana Hölszky (gerade in einem Komponisten-Workshop bei den Darmstädter Ferienkursen beschäftigt, an der Stuttgarter Musikhochschule lehrend) und Susanne Erding: Alle drei mit Opernaufträgen eingedeckt, fleißig komponierend und Preise empfangend, kennen sie das Problem der diskriminierten Komponistin eher aus Verlautbarungen als am eigenen Leibe.

Wie denn überhaupt – so ein Fazit in der Diskussion – das Verständnis für die Problematik in der jüngeren Generation abhanden kommt, weil sich die Verhältnisse wandeln. In den USA sind von rund 10 000 registrierten Komponisten der „ernsten Musik" 1500 bis 2000 Frauen; in Polen wirken etwa 200 Komponistinnen.

Aus der älteren Generation bezeugte die 1925 geborene, aus Hamburg stammende Hindemith-Schülerin Ruth Schonthal ein Schicksal, wie es für die jüdischen Emigranten ihrer Jahrgänge typisch ist: Aktiv in der Neuen Welt schaffend und angesehen, bleibt sie im Thema ihres Komponierens (und ihres virtuosen Klavierspiels) der verlorenen Heimat einer besseren deutschen Kultur verpflichtet. Da klingt es nostalgisch nach Schumann und Mahler, nicht ohne daß Clusters und Klavierpräparationen im Stile Henry Cowells diese Idylle konsequent konterkarierten.

Tönendes Tagebuch aus dem Blickwinkel der Frau

Ist solches Komponieren „typisch weiblich"? Eher sind es dann die spezifischen Blickwinkel und Erfahrungen einer Frau, wenn sie in ihren „Fragments from a Woman's Diary" unter anderem Kinder porträtiert, und zwar ungezogene. Jedenfalls: In Ruth Schonthal lernte man eine Komponistin kennen, von deren Sprache man auf der Szene der Neuen Musik bisher nichts erfuhr.

Wie war das nun mit den Komponistinnen der Vergangenheit? Auf Johanna Kinkel, Bonner 48er-Revolutionärin und auch Schriftstellerin im Bettina-von-Arnim-Kreis, stieß die Musikwissenschaftlerin Eva Weissweiler schon als Bonner Studentin. Gleichwohl mag man sich fragen, ob sie nicht doch als begabte Dilettantin zu Recht in Vergessenheit geraten ist. Nicht so bei Johanna Kinkels musiktheoretischen Arbeiten: In ihrem Chopin-Aufsatz lassen völlig unzeitgemäße, weit vorausweisende Gesichtspunkte aufhorchen.

Als Komponistin weithin unentdeckt ist die Venezianerin Barbara Strozzi (1619–1664), als Buxtehude-Zeitgenossin ein Vulkan an geistvoller, auch karikaturistischer Musikalität, an motorischer Belebung des Satzes, die auf Vivaldi und Bach vorausweist, kurzum: ein künstlerisches Temperament, das sich nicht in Zeitgebundenheit erschöpft. In diesen frühen Zentren ökonomischer Blüte gab es für die kreative Frau durchaus Gleichberechtigung, und so entwikkelte sie sich: in Venedig Babara Strozzi, in Florenz Francesca und Settimia Caccini.

Was aus der komponierenden Frau wird, hängt also großteils auch von den kulturellen Umständen ab. Schließlich ist Komponieren ein Luxusberuf, der meist kein Geld bringt – oft waren es Aristokratinnen, die sich ihm verschrieben, wie die Bach-Enkelschülerin Prinzessin Anna Amalia von Preußen. Wie sehr er von Umständen abhängt, demonstrierte sich unfreiwillig: Violeta Dinescu und Adriana Hölszky, dereinst Kommilitoninnen am Bukarester Konservatorium, hatten sich sehr gefreut, ihre verehrte Lehrerin Myriam Marbé wiederzusehen. Sie war eingeladen, und man wartete bis zur letzten Minute, um schließlich zu erfahren, sie habe kein Ausreisevisum bekommen. Es sind offenbar nicht mehr so sehr die Ehemänner oder Brüder, die der komponierenden Frau den Weg verstellen, als vielmehr die Funktionäre.

DETLEF GOJOWY

Schallplatte: Japans Jazz-Trompeter T. Kondo

Klänge wie Farbkleckse

Ein wenig Cool Jazz, ein bißchen Funk und schillernde Discoklänge, das Ganze untermischt mit einigen fernöstlichen Klängen: Das ist der Cocktail, den der japanische Trompeter Toshinori Kondo auf seinem Album „Taihen" serviert (Jaro 4124). Und über allem, vor allem und hinter allem donnert der harte Rhythmus des Schlagzeugers Cecil Monroe und Percussionisten Kiyohiko Semba.

Dennoch sollte man die Ohren spitzen, denn was da beim ersten Abhören wie eine wuchtige Rhythmusmaschine über den Zuhörer hereinbricht, enthält einige Feinheiten, die zum Überhören zu schade sind. So improvisiert Kondo seine Trompetenpassagen häufig unabhängig vom rhythmischen Gerüst, was den Titeln eine unterschwellige Spannung verleiht. Silbenkaskaden und Wortfetzen werden den Songs untermischt, asiatisches Schlagwerk wird hinzugefügt, und so entsteht fernöstlich-abendlische Fusion-Musik. Selbst Heul- und Quietschtöne vermögen die Grenzen der Musik nicht zu sprengen, denn der Rhythmus ist das eherne Skelett.

Entblößt vom musikalischen Beiwerk, entpuppen sich Kondos Melodien als recht einfache Konstrukte: So kommt er im Titelsong mit einem viertaktigen Motiv aus, das sich leitmotivisch durch das gesamte Stück zieht. Nach dem gleichen Schema ist auch „Takao Blue" aufgebaut, in dem Kondo immerhin zwei Wiederholungen des gesamten Chorus braucht, ehe sich das Kopfthema weiterentwickelt. Verfremdete Stimmen und elektronische Geräusche sind die Zutaten zu „A Song For Buddha" und „The Day After", in dem abrupte Trompetenklänge wie Farbkleckse wirken, die sofort weggewischt werden.

Noch variantenreicher und raffinierter ist die Rhythmusgestaltung bei Kondos zweiter LP, „Metal Position" (Jaro 4127). Die Skala reicht hier vom verhaltenen Beat des „Black Dance", einem fast schlagerähnlichen Lied, bis zu den metallischen Stakkatoschlägen des „We Know Smart". Barocke Klangentwürfe treiben den „Night Drive" voran, und verschleifende Töne putzen die „Metalic [!] Position" auf. Schließlich noch eine Huldigung an die Musik seiner Heimat: Mit „Kaze" entwirft Kondo ein Geflecht aus abendländischen und asiatischen Klängen.

Der Clou dieser Platte jedoch ist der Ohrwurm „Cerezo Rosa", der als „Cherry Pink And Blossom White" manchem Tanzschuleleven den Weg zum Cha-Cha gewiesen hat. Man traut seinen Ohren nicht, wenn man inmitten dieser „Hi-Tech-Mix-Music" ein Fossil aus jenen Tagen hört, als ein Schlager noch das Produkt eines 20-Mann-Orchesters war. Aber einem altgedienten Evergreen kann selbst die Bearbeitung zu einer Jazzrock-Nummer nichts anhaben.

RAINER NOLDEN





„All American Girls" als gleichbleibendes Motiv, doch je nach Land wechselnde Sprache: Zwei Coca-Cola-Plakate aus der Pariser Ausstellung FOTOS: DIE WELT

Erinnerung an Raymond Loewy: Paris zeigt Coca-Cola-Plakate aus 100 Jahren

Ein Ober auf Skiern serviert eiskalt

Bis Anfang Oktober läuft im Pariser Museum für Werbewesen, wie das frühere Plakatmuseum inzwischen heißt, eine Plakatausstellung, die einem Produkt gewidmet ist, das den „American Way of Life" ebenso mitgeprägt hat wie es zum Sinnbild desselben geworden ist: Coca-Cola.

Unvermittelt ist diese heitere Ausstellung nun auch zu einer Huldigung an den Designer Raymond Loewy geworden, der vorgestern 93jährig in Monaco gestorben ist. Loewy, ein Amerikaner aus Paris, nämlich war es, der das wichtigste Markenzeichen von Coca-Cola entworfen hat: die Flasche mit ihren Rundungen von speziellem Appeal, die als Trademark gegen Nachahmungen geschützt wurde. Loewys Devise war auch Titel eines seiner Bücher: „Häßlichkeit verkauft sich schlecht". Der Pionier des modernen Industriedesigns lieferte übrigens auch Shell und den amerikanischen Greyhound-Bussen ihre Signets, entwarf die Studebaker-Straßenkreuzer und wirkte bei der inneren Gestaltung der Apollo-Raumkapseln wie des Skylab mit.

Die 100jährige Erfolgsstory von Coca-Cola ist nicht zuletzt eine Story erfolgreicher Werbung. Public Relations – konsequent zum Aufbau eines Markenimages genutzt. Firmenpräsident Asa Chandler machte sich bereits 1906 stark für verbesserte Arbeitsbedingungen; so trat er für das Recht auf Pause am Arbeitsplatz ein, mit Coca-Cola, versteht sich. Und für die weltweite Verbreitung von Coca-Cola sorgten ganz nebenbei die GIs, denen man ihr Leib- und Magengetränk vorwegschickte.

Für die Künstler von Coca-Cola, die die Vorlagen für die Plakate immer zuerst in Öl malten, waren die Kriegsjahre Anlaß für eine umfangreiche „Er kommt heim"-Kampagne in unzähligen Variationen. Dank der GIs, die, wo immer sie ihren Fuß hinsetzten, auch den „Beaujolais von Texas" mitführten, fand Coca-Cola auch in Europa eine immer weitere Verbreitung.

Mag man auch den Slogan vom gesunden, erfrischenden Getränk nicht mehr so ganz ernst nehmen, vor den zwischen 1940 und 1960 entstandenen, unverändert den Typus des All American Girl repräsentierenden Coca-Cola-Schönheiten mit ihrem Gesundheit und Optimismus ausstrahlenden Zahnpasta-Lächeln wird man doch leicht unsicher. Damit beweist sich die Überzeugungskraft von Männern wie Archie Lee, der 50 Jahre lang die Konzepte der Coca-Cola-Werbung bestimmte und dafür Künstler wie Haddon, Wyeth, Sundblom und Norman Rockwell gewann, die mit ihren aus dem Leben gegriffenen Szenen dem Hyperrealismus den Weg bahnten – so wie Andy Warhol und die Adepten der Pop-Art wieder auf Coca-Cola als Symbol der Konsumgesellschaft zurückgriffen.

Zufall oder Absicht – einzig die kleine Schweiz wagte es, aus der alle nationalen Unterschiede ausradierenden, globalen Werbekampagne auszuscheren. Herbert Leupins Plakat aus den fünfziger Jahren zeigt einen „Herrn Ober" auf Skiern den Berg hinunterflitzen, fünf Coca-Flaschen auf dem leger hinskizzierten Tablett balancierend. Aus der Jukebox der 50er Jahre ertönen derweil die Andrews Sisters mit „Rum Coca-Cola".

BEATRICE SCHAFFHAUSER

Musée de la Publicité, bis 13. Oktober; Broschüre 20 Franc; Buchkatalog (Editions Denoël), 298 Franc.

Frankreichs Wagner-Mekka: „Tannhäuser" im Théâtre antique von Orange

Die Pilgerfahrt endet im Venusberg

Die Wiedereröffnung des Antiken Theaters in Orange 1971 müßte in Frankreich eigentlich als nationale Großtat gefeiert werden, denn immerhin bietet sie der ungehemmten Wagner-Begeisterung der Franzosen genügend Nährboden, kanalisiert zudem eine Nachfrage, die von Bayreuth kaum befriedigt werden kann. „Tristan und Isolde", „Der fliegende Holländer", „Die Walküre" und „Lohengrin" standen in den letzten Jahren auf dem Programm. 1987 wird neuerlich der „Holländer" gebracht und 1988 dürfte sich die französische Wagnergemeinde zur großen Pilgerfahrt in den Süden aufmachen, wenn an vier Juli-Wochenenden der komplette „Ring" unter Marek Janowski auf dem Programm steht.

Doch das ist noch Zukunftsmusik, bis dahin wird man sich nochmals gründlich nach einem geeigneten Konzept umschauen müssen. Denn was jetzt beim „Tannhäuser" Jacques Karpo und sein Ausstatter Jean-Noël Lavesvre auf der über 60 Meter breiten und nur 13 Meter tiefen Bühne als Inszenierung ablieferten, lag deutlich unter der Toleranzgrenze selbst der nachsichtigsten Wagnerianer.

Nun ist es sicherlich schwer, vor der fast 40 Meter hohen Abschlußmauer – für Ludwig XIV. war sie schlichtweg „die schönste Mauer des Königsreiches" – und deren noch rudimentär erkennbaren fünfgeschossigen Wandgliederung Wartburgtal und Venusberg entstehen zu lassen. Als deutliches Wegwerfprodukt für eine einmalige Aufführung wies sich denn der bemalte Styropoporhaufen, den Lavesvre auf der Bühne ausgeschüttet hatte.

Die biedere Sinnfälligkeit der Einheitsdekoration, hier Madonna – dort Venus, dürfte kaum zu übertreffen sein. Und die schiefen Pappsäulen neben den marmornen Überresten einer festlichen Inkrustation zeugen von ausgeprägtem Selbstbewußtsein. Was Karpo dagegen eingefallen war, hätte eigentlich nie das Bühnenlicht erblicken dürfen. In den gelungensten Momenten erlebte Slezaks Opernführer eine unfreiwillige Neuauflage. Ansonsten ging es zu wie in einer ausrangierten Geisterbahn.

Dabei fehlte es Karpo nicht an Ideen. Bereits das Vorspiel wurde in aller Deutlichkeit ausinszeniert. Da marschierten die Pilger von links nach rechts über die Bühne, Tannhäuser warf sich zu brünstigem Gebet nieder, worauf Frau Venus erschien und ihn in ihrem weiten roten Satinmantel einlullte. Da wollten die Pilger natürlich nicht zurückstehen, kehrten eilends zurück, warfen ihre Kittel ab und hetzten sich, jetzt lauter junge Mädchen und Knaben, mit einer merkwürdigen Sexgymnastik ab.

Mitten im größten Durcheinander erscheint eine schwarz verhüllte Gestalt – Elisabeth, die nur noch die Hände über dem Kopf zusammenschlagen kann und ein Überpensum an verzweiflungsvoll ringenden und leidenden Betgesten vor der Madonna ausführt. Tannhäuser zuckt hilflos mal zu dieser, mal zu jener und fällt schließlich in den Schoß der Venus zurück. Wenn das darstellerische Vermögen der Sänger, wie im Falle des Tannhäusers, mit den Fähigkeiten der Inszenierung Schritt hält, wird jede Pawlatschenbühne mit ihrer Nestroy-Parodie ins Abseits gedrängt.

Erwin Stephan, der Jungtannhäuser, auf den die größeren zur Nachsicht gezwungenen Bühnen gewartet haben dürften, speiste die Göttin der Liebe mit einigen müden verquollenen Tönen ab und seine in der Höhe sicheren Phrasen setzt er auch im Verein mit den Wartburg-Wettstreitern nur sparsamst ein. Was eine wirkliche Bühnenfigur ist, zeigten ihm seine beiden Kolleginnen.

Natürlich wird bei beiden der Gesang etwas kalkulierter eingesetzt, muß die überragende szenische Präsenz aushelfen, wenn sich Grauschleier auf die Stimmbänder legen, aber dem kostbaren Timbre von Grace Bumbrys Venus muß jeder Tannhäuser ebenso verfallen wie Leonie Rysaneks (Elisabeth) ewig blühender Mädchenhaftigkeit.

Hätte Kaiser Augustus, unter dessen Standbild die Aufführung stattfand, die Wahl gehabt, er hätte aus den Preissängern der Wartburgrunde wahrscheinlich Bernd Weikls Wolfram als Statthalter inthronisiert und den Landgrafen (Viktor van Halem) aufs Altenteil gesetzt. Unter dem sicheren, Impulse gebenden Christof Prick fand das Orchestre National de France zu einer mäßig inspirierten Wiedergabe, die durch die Choeurs de Radio France an Glanz gewann.

ROLF FATH



Markus Raetz: Zeichnung ohne Titel, aus der Zürcher Ausstellung FOTO: KATALOG

500 Zeichnungen und Objekte von Markus Raetz im Kunsthaus Zürich

Trickfilmmännlein, Netzhauttänzer

Außerhalb der Kunstmoden hat der 45jährige Berner Markus Raetz ein eigenständiges und vielfältiges Werk geschaffen. Das belegt das Kunsthaus Zürich mit einem Überblick über Arbeiten von 1962 bis 1986. Im geschickt durch Stellwände und Nischen unterteilten großen Bührle-Saal wird der Besucher an thematischen Leitlinien zu fast fünfhundert großen und kleinen bis kleinsten Zeichnungen, Malereien, Wandinstallationen und Objekten geführt.

Den Einstieg bildet ein Werk, das mit anamorphotischen Effekten spielt. Der Künstler hat an den Wänden scheinbar chaotisch kleine Aststücke befestigt; dazwischen und an den Fensterscheiben befinden sich Spiegel. Je nach Standort des Betrachters fügen sich die hölzernen Linien an der Wand oder im Spiegel zu menschlichen Köpfen.

Dieses Spiel mit vorgefundenen Formen aus der Natur wird fortgesetzt mit „Wandzeichnungen" aus Bruyèrezweigen oder Eukalyptusblättern bis zu dem riesigen Bilderrätsel „Neapelfries". Aus nichts als drei kleinen Ulmenästen wachsen die sinnlichen Formen von „Eva", und am Boden schläft, aus großen Balken gefügt, die rührende „Mimi".

Dieselben sparsam gesetzten, makellosen Linien erwecken auch in den Pinsel- oder Federzeichnungen geheimnisvolle Poesie. In unendlichem Bilderfluß verwandelt sich Vertrautes in Verblüffendes, lösen sich Landschaften auf in hell-dunkle Fleckenmuster oder entstehen Gesichter aus einem Raster farbiger Tupfen. Serien von Motorradfahrern oder Strichmännlein scheinen wie auf Trickfilm in Bewegung zu geraten – „Netzhauttänzer" nennt sie der Künstler. Und blickt durch den Doppelausgang einer Meeresgrotte – oder ist es doch bloß ein Feldstecher? – in die Unendlichkeit.

Sein Werk ist von spontaner, spielerischer Leichtigkeit, zugleich stellt es die Frage nach der Subjektivität unseres Sehens und damit nach der Relativität unserer Erkenntnis, nach der verschwimmenden Grenze zwischen Wirklichkeit und Illusion. (Bis 17. August, danach Köln und Stockholm; Katalog 36 Sfrs.)

MARIE-LOUISE ZIMMERMANN

JOURNAL

Lindenoper eröffnet mit „Euryanthe"

AP, Berlin

Nach fast einjähriger Schließung wegen Rekonstruktionsarbeiten wird die Deutsche Staatsoper Unter den Linden in Ost-Berlin am 15. November mit der Premiere von Carl Maria von Webers „Eurynanthe" wiedereröffnet. Im Anschluß daran plant die Oper drei weitere Premieren: Janáčeks „Jenufa", Henzes Ballett „Undine" und die Uraufführung der „Büchner"-Oper von Friedrich Schenker. In dem 1742 eingeweihten Knobelsdorff-Bau werden insbesondere technische Umrüstungen im Bühnenbereich vorgenommen sowie architektonische Details denkmalpflegerisch erneuert.

Geschichte der Diven von Malibran bis Callas

AFP, Montpellier

„Diva – Weg eines Mythos", ist der Titel einer Ausstellung, die das Musee Fabre in Montpellier bis 14. September zeigt. An Hand von 200 Kostümen, Gebrauchsgegenständen, Bildern und Photos will Sergio Segalini zeigen, „wie Anfang des 19. Jahrhunderts in Europa, vor allem mit den Opern von Rossini, die Diva entstand, und in welchen Formen sich der Mythos ausgedrückt hat bis zu Maria Callas". Erinnert wird an die Malibran, die Grisi, die Sontag, Pauline Viardot und andere. In Paris wird die Ausstellung vom 5. Oktober bis 2. November zu sehen sein.

Wandmalereien Heckels werden restauriert

AP, Erfurt

Jahrzehntelang vernachlässigte Wandmalereien des Expressionisten Erich Heckel werden gegenwärtig zum 100jährigen Bestehen der Erfurter Angermuseums im Oktober restauriert. Zwischen 1921 und 1923 hatte Heckel einen als Lager genutzten mittelalterlichen Raum des Museums mit den Lebensstationen aus der Welt des Mannes und der Welt der Frau ausgemalt. Ende der zwanziger Jahre wurden die freskenähnlichen Gemälde durch Nässe bedroht. Heckel nahm 1931 eine provisorische Restaurierung vor. Als er von den Nazis 1937 als „entarteter" Künstler eingestuft wurde, blockierte die damalige Museumsdirektorin Magdalena Rudolph den Zugang zu dem ausgemalten Raum und rettete so die Fresken, während rund 700 andere Werke Heckels verschwanden.

Stadtbildhauer sollen Skulpturenpark schaffen

dpa, Hanau

Im Herbst dieses Jahres wird erstmals der Wettbewerb „Stadtbildhauer von Hanau" ausgetragen. Mit dieser Aktion will die Stadt die barocke Parkanlage von Schloß Philippsruhe langfristig in einen Skulpturenpark umgestalten. Der künstlerische Leiter des Wettbewerbs, Claus Bury, hat Michael Croissant, James Reineking und Klaus Simon eingeladen, jeweils ein mit 20 000 Mark gefördertes Kunstwerk zu schaffen. Eine Jury wird die Skulpturen prämiieren und damit den Stadtbildhauer bestimmen.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Mitunter klappt es also doch, daß man sein Geld im Schlaf verdient. Der junge Graham fällt nach einer Periode quälender Schlaflosigkeit in eine Art Koma, aus dem er 200 Jahre lang nicht mehr aufwacht. Zu Beginn seines Dauerschlafes verfügte er über ein kleines Vermögen, das sich im Lauf der Zeit zu einem immensen Vermögen verzinst hat. Als er aufwacht, genauso jung und unbedarft wie zu jenem Zeitpunkt, da er einschlief, ist er zum reichsten Mann der Welt geworden. H. G. Wells' 1899 veröffentlichter Roman ist nicht nur eine spannende Science-fiction-Geschichte, sondern auch eine Parabel über die Chancen des Menschen in einer unmenschlicher werdenden Welt. no

H. G. Wells: „Wenn der Schläfer erwacht", Ullstein, 256 Seiten, 7,80 Mark.

Parkplätze – ewiges Problem in der Ewigen Stadt

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

In Rom geht der Schreckensruf „Ausweidung" um. Der Ewigen Stadt, so wird behauptet, sollen die Innereien herausgerissen werden, um in ihrem von der Geschichte geheiligten Leib Platz zu schaffen für profane Tiefgaragen. Ein soeben publik gemachtes Projekt, mit dem die Stadtverwaltung die drohende Erstickung Roms durch Tausende und aber Tausende von parkenden Autos abzuwenden hofft, hat sofort die Archäologen und Altertumsschützer auf den Plan gerufen.

Wie kaum in einer anderen Weltmetropole werden in Rom strahlender Glanz und tiefer Schatten von derselben Sonne bestimmt: Die Geschichte ist das Schicksal der Stadt. Sie ist Fundament ihrer Größe, gleichzeitig aber auch das goldene Gefängnis ihrer Bewohner.

Ausbau der Verkehrsnetze durch Funde blockiert

Beim Verkehr fängt das an und beim Fast Food hört das keineswegs auf. So wurde der dringend notwendige Bau eines modernen U-Bahn-Netzes jahrzehntelang immer wieder durch archäologische Funde bei den Ausschachtungen blockiert. Sogar die *Einrichtung* einer „*Hamburgeria*" an der Piazza di Spagna stieß wegen der dadurch angeblich bewirkten Veränderung der überkommenden Atmosphäre auf erbitterten Widerstand.

Jüngstes Beispiel ist die Diskussion über den Bau von 40 Tief- oder Hochgaragen im historischen Stadtzentrum. Der Promotor des Projektes ist der christdemokratische Stadtrat für Verkehr, Massimo Palombi. „Rom muß schnellstens und möglichst mit wenig Geld Raum schaffen. Die Autos sind überall. Sie haben die schönsten Plätze besetzt, sie verschandeln die berühmtesten Straßen, belagern Fußgängerinseln und Bürgersteige. Beseitigen kann man sie nicht, unter die Erde schicken aber sehr wohl."

Autofahrer sollen Garagen selbst finanzieren

Sein Vorschlag, der von Bürgermeister Signorello bereits gebilligt worden ist, läuft auf die Schaffung vorwiegend unterirdischen Parkraums in den am meisten betroffenen Vierteln der Innenstadt hinaus, etwa an der Stazione Termini, am Parlamentsplatz, am Tiberufer und auf der Tiberinsel, an der Piazza del Popolo, um St. Peter und auf dem Lateran.

Das eine große Hindernis für die Verwirklichung dieses Projektes meint Palombi leicht umgehen zu können. Der Stadtkasse, die chronisch leer ist, sollen so gut wie keine Kosten entstehen. Zahlen sollen die Autobesitzer selbst. Dazu sollen sie sich in Konsortien zusammenschließen. Angeblich gibt es bereits genügend Interessenten.

Das andere Hindernis wird, wenn überhaupt, schwerer zu nehmen sein, denn mit ihm kommt wieder die Geschichte Roms ins Spiel: Sobald die Bagger bei den Erdarbeiten auch nur auf Spuren alter Mauerreste stoßen sollten – was mehr als wahrscheinlich ist –, müßte zunächst die Arbeit eingestellt werden. Die Superintendantur für die Altertümer hat bereits kompromißlose Kampfbereitschaft signalisiert und es scheint keineswegs sicher, daß man mit dem Plan, die fünf bis sechs Meter dicke „archäologische Schicht" einfach zu untergraben, Erfolg haben wird.

Großbritannien fiebert der Hochzeit des Jahres entgegen / Prinz Andrews Braut Sarah Ferguson strahlt Natürlichkeit aus

Erfrischende Erscheinung in der königlichen Firma

REINER GATERMANN, London

Königin Elizabeth II. kann sich glücklich schätzen. Heute in einer Woche, am 23. Juli, bekommt ihre „Firma" – so bezeichnet sie gerne ihre Familie – eine neue Mitarbeiterin, die während ihrer nur viermonatigen „Lehrzeit" so viele Sympathien erworben hat, daß man sie schon jetzt als „sehr wertvollen Zugang" bezeichnen kann: Sarah Ferguson.

Entdeckt wurde die 26jährige vor fast genau einem Jahr bei einer Filiale der königlichen Familienholding, der Rennwoche in Ascot, von Prinz Andrew, dem zweitältesten Sohn der Queen, an vierter Stelle in der Thronfolge. Kurz vor Weihnachten stellte Andrew offenbar fest, daß er nach langer Suche, vorzugsweise unter Fotomodellen und Filmsternchen, nun „die Richtige" gefunden habe. Ende März fragte er schließlich die vier Monate ältere Sarah Ferguson, ob sie als seine Partnerin in die „Firma" eintreten wolle, und am kommenden Mittwoch wird sie zu den Klängen von Elgars „Imperial March" in die Westminster Abbey einziehen, um diesen Pakt vor 1800 direkten Zeugen und zighundert Millionen Fernsehzuschauern in aller Welt offiziell zu besiegeln.

„Wir sind ein gutes Team", beschrieb die Braut ihren Bund mit dem Prinzen, und damit scheint sie die Wahrheit gesagt zu haben. Obwohl noch nicht Mitglied der königlichen Familie, nahm sie seit März schon etliche offizielle Termine wahr, von der Schiffstaufe bis zur Eröffnung einer Ausstellung von Fotografien ihres künftigen Mannes.

Schon bei diesen ersten Auftritten der künftigen Prinzessin Andrew, so ihr protokollarischer Titel (den sie übrigens am liebsten vermeiden möchte), drängt sich ein Vergleich mit Prinzessin Diana auf. Ein Vergleich, der nicht sonderlich fair ist. Als Diana vor fünf Jahren als 20jährige Prinz Charles, den Thronfolger, heiratete, war sie „shy Di", die schüchterne Diana.

Anders Sarah Ferguson: In der Schule avancierte sie schnell zur Schülersprecherin, heute ist sie eine weitgehend selbständig für einen Kunstverlag arbeitende Akquisiteurin, eine Aufgabe, die sie auch nach der Hochzeit nicht aufgeben möchte.

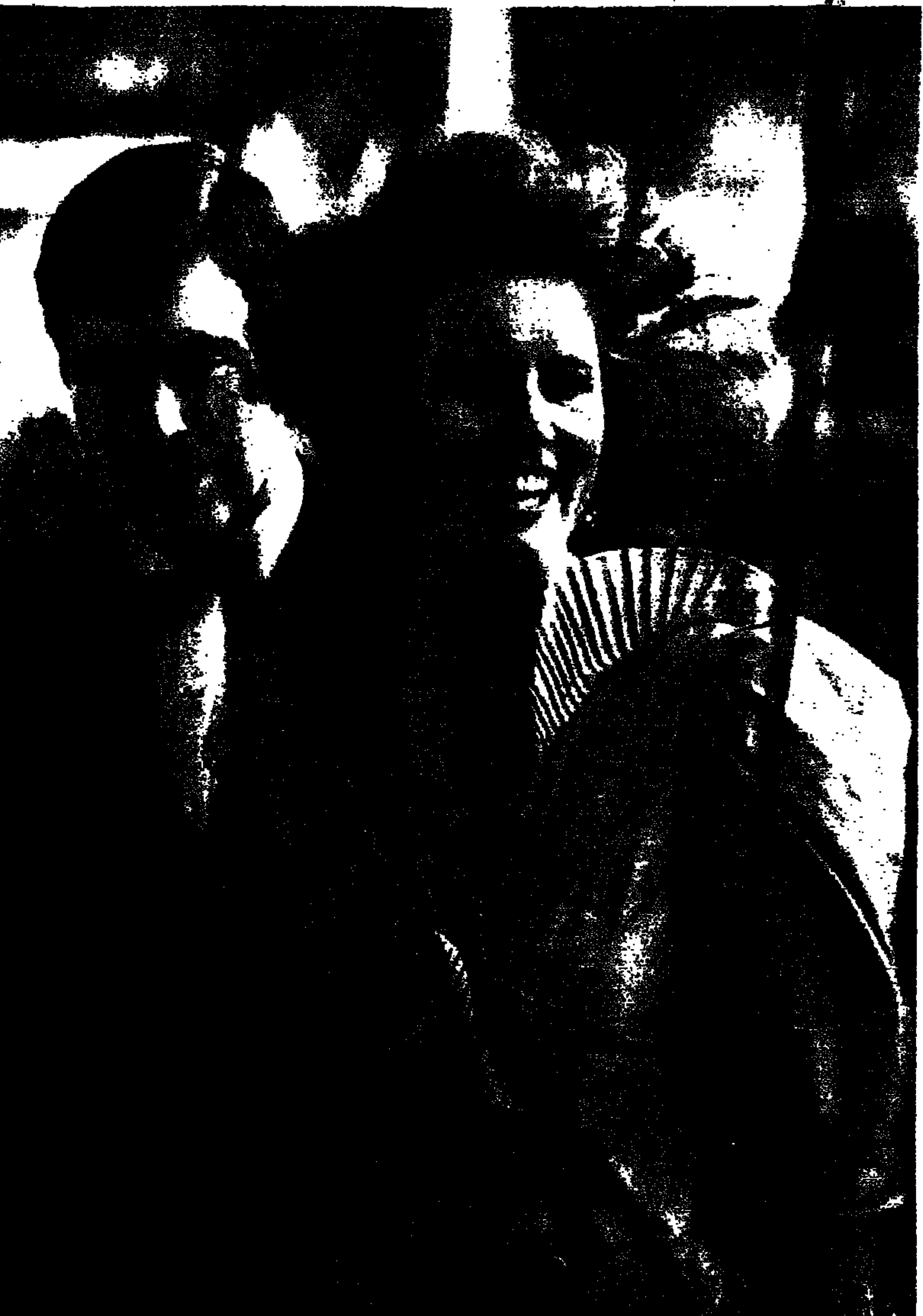
Erst im Herbst vergangenen Jahres zerbrach ihr Verhältnis zum 22 Jahre älteren Paddy McNally, Niki Laudas früherem Manager. In diesen „persönlichen Erfahrungen" sieht denn auch Harold Brooks Baker, Herausgeber von Burke's Adelskalender, eine Gefahr für die königliche Familie, damit würde sie in Zukunft verletzbarer sein. In diesem Zusammenhang kein Wort über die Eskapaden des Prinzen. So wie es jetzt aussieht, dürften zumindest die beruflichen Erfahrungen der Andrew-Braut der „Firma" zum Vorteil sein. Selbstsicher, humorvoll, aufmerksam, oft zu spontanen Bemerkungen aufgelegt, ist „Fergie" zum Liebling des Volkes geworden.

Das Paar beweist immer aufs neue, daß es zu „unkonventionellen" Schritten bereit ist. So beauftragte Sarah die weitgehend unbekannte Designerin Lindka Cierach mit dem Entwurf ihres Brautkleides und bei der Wahl des offiziellen Hochzeitsfotografen entschieden sie sich nicht etwa für einen aus der Familie, Lord Snowdon oder Lord Lichfield, sondern für den Schotten Albert Watson (43), dessen Bilder Andrew in New York tief beeindruckt hatten.

Und schließlich reizte die moderne, *mitten im Berufsleben stehende* Sarah die Feministinnen innerhalb und außerhalb des Parlaments mit ihrem Beschluß, dem seit 1662 geltenden Trauungsritual zu folgen, in dem sie ihrem Mann auch verspricht, ihm „zu gehorchen". Einen Passus, den Prinzessin Diana ausließ und dessen Wiedereinführung die Labour-Abgeordnete Clare Short als „schlimm" bezeichnete.

Es werde bis zur Hochzeit Lady Dianas wichtigste Aufgabe sein, ihrer besten Freundin Sarah zu zeigen, wie sie sich figürlich in bessere Form bringen kann, prophezeiten Ende März die Boulevardblätter der Fleet Street und meinten, „Foxy Fergie" sei vor allem „unten herum" zu rund – und kleide sich unvorteilhaft.

Doch da gibt es auch die anderen, die hoffen, daß Sarah Ferguson sich nicht zum Kleiderbügel der High-Fashion-Designer umfunktionieren läßt, nicht zum Aushängeschild der Abmagerungskünstler wird und nichts von ihrer jetzigen Natürlichkeit abgibt.



Eroberte die Herzen ihrer Landsleute im Sturm: Sarah Ferguson (neben ihr Prinz Andrew)
FOTO: GLENN HARVEY/CAMERA PRESS

Warum sieht man Mädchen nie vor einem Fahrradladen?

E. REVERMANN, Hannover

„Ich wünsche mir, daß in unseren Schulbüchern auch ein Junge weinen darf." Mit dieser Bemerkung hat Niedersachsens Kultusminister Georg-Berndt Oschatz (CDU) jetzt ein Durchforsten der Schulbücher zum „Abbau von Verkrustungen von gesellschaftsspezifischen Rollen" angekündigt. Niedersachsen hat damit als erstes Bundesland eine Expertenkommission, in der Frauen die Mehrheit bilden, eingerichtet.

Nach Ansicht des 49jährigen Ministers wird in Schulbüchern bisher nur in wenigen Ausnahmen der Alltag der jungen Menschen realistisch, ohne geschlechtsspezifisches Rollenverhalten, dargestellt. Daß „ein Mädchen aktiv Fußball spielen kann, Väter den Familientag gestalten, Mütter verantwortliche Positionen ausfüllen und Frauen technisch-naturwissenschaftlichen Anforderungen gerecht werden können", komme in heutigen Schulbüchern so gut wie nicht vor, bemängelt Oschatz. Dabei gehöre es zu den Aufgaben der Schule, junge Menschen zu gleichberechtigter Partnerschaft zu erziehen.

So wurden in einem Sprachbuch für die Mittelstufe 27 Männerberufe aufgeführt, erst dann folgten „Hausfrau, Frau, Mensch". Eine bebilderte Schüleraufgabe in einem anderen Schulbuch zeige nur Mädchen vor einer Mode-Boutique und nur Jungen vor einem Fahrradladen. „Auf den Gedanken, daß ein Junge sich auch schick kleiden oder ein Mädchen auch gern ein neues Fahrrad hätte, ist wohl niemand gekommen", meinte der Minister. Schlicht falsch und „von vorgestern" sei auch der Satz in einem seit fünf Jahren benutzten Schulbuch: „Derzeit gibt es noch keine Fortbildungsmöglichkeiten für Hausfrauen."

Die Kommission will ihre Klischee-Expertise bis Jahresende vorlegen. Der nächste Schritt liegt bei den Gutachtern und Schulbuchverlagen.

LEUTE HEUTE

Eiscremeschnellessen

Nach spannenden 25 Sekunden scheiterte am Montag im New Yorker Empire State Building der Versuch des 21jährigen Londoners **Tony Dowdeswell**, seinen eigenen Weltrekord im Eiscremeschnellessen zu unterbieten. Schuld für den Abbruch war angeblich der Gebrauch einer amerikanischen Plastikschüssel statt der gewohnten englischen Suppenterrine, aus der man besser schaufeln kann. Das außergewöhnliche Talent des jungen dünnen Mannes, der nicht nur in 50,04 Sekunden eineinhalb Kilogramm Eis verdrücken kann, sondern auch als schnellster Kuchenesser im „Guinness-Buch der Rekorde" steht, liegt übrigens in der Familie: Sein wohlbeleibter Vater, der 42jährige Maurer **Peter Dowdeswell**, ist Weltrekordler im Schnellessen in den Sparten Aal, zerstampfte Kartoffeln, hart- und weichgekochte Eier, Spaghetti und Hamburger. Die Mutter **Mary** hält mehrere Rekorde im Bierschnelltrinken der Frauen.

Unheimliches Ereignis

Serie von Erdstößen in Kalifornien / Angst vor großem Beben

HELMUT VOSS, Los Angeles

Stacey Devers saß frühmorgens noch halbverschlafen in ihrem an der Strandpromenade von Oceanside südlich von Los Angeles geparkten Auto. Die junge Frau wartete darauf, daß die Imbißstube, in der sie arbeitet, vom Besitzer geöffnet wurde. „Plötzlich begannen die Lichtmasten entlang der Straße wie Pappeln im Wind zu schwanken, und mein Auto wurde hin und her geschüttelt", berichtete sie später atemlos, „ich konnte sehen, wie die Wellen größer und größer wurden und wie das Meer nach einiger Zeit zurückwich. Es war unheimlich."

Das „unheimliche Ereignis" geschah am Sonntag um 6.46 Uhr. Zum zweiten Mal innerhalb von fünf Tagen wurde der Süden Kaliforniens von einem mittleren Erdbeben erschüttert und die Menschen erneut daran erinnert, daß das vorausgesagte „große Beben" näherrückt. Das Zentrum des jüngsten, zehn bis 20 Sekunden andauernden Bebens befand sich vor der kalifornischen Küste rund 40 Kilometer südwestlich von Oceanside. Es erreichte auf der Richterskala eine Stärke von 5,3 und hatte damit nur ein Fünftel der Zerstörungskraft des Bebens, das am 8. Juli den Wüstenkurort Palm Springs und Umgebung heimsuchte und Schäden in Höhe von fast sechs Millionen Dollar anrichtete.

Dennoch wurden die Erdstöße vom Sonntag in einem Gebiet mit einem Durchmesser von mehr als 200 Kilometern registriert. In dem eine Autostunde entfernten Los Angeles wurden Hunderttausende unsanft geweckt. Debbie Soto servierte gerade in einem Restaurant in Encinitas das Frühstück, als das „Quake" für Abwechslung sorgte: „Die Fenster klapperten wie verrückt, und alles rannte nach draußen." In San Diego im Süden riß eine Wand im Abfertigungsgebäude des Flughafens. Das Management des nahe Oceanside gelegenen Atomkraftwerkes San Onofre rief für alle Fälle die niedrigste von vier Alarmstufen aus.

Am Montag ist die kalifornische Küsteregion noch von einer Serie leichter Nachbeben erschüttert worden. Sie erreichten eine Stärke um 3,0 auf der Richterskala.

Beben wie diese finden in Kalifornien normalerweise wenig Beachtung. In diesem Falle fragten sich aber viele Leute besorgt, ob die beiden heftigen Erdstöße möglicherweise Vorboten des vorausgesagten katastrophalen Bebens am südlichen Teil der sogenannten San-Andreas-Spalte sind. Entlang dieser Zone, in der sich zwei in entgegengesetzter Richtung driftende Erdschollen ineinander verhakt haben, wird es nach Berechnungen von Seismologen in absehbarer Zeit zu einem Beben der Größe acht kommen – 500 mal so stark wie das Beben bei Oceanside.

Eine Sprecherin des seismologischen Institutes bei Los Angeles hingegen hält es „für ausgeschlossen", daß zwischen den beiden Beben und dem vorhergesagten großen ein Zusammenhang besteht: „Wir wissen nur, daß es kommt. Das kann morgen sein. Das kann in 20 Jahren sein."

(SAD)

Los Angeles · Pasadena · San Bernardino · KALIFORNIEN · Riverside · Palm Springs · Long Beach · Santa Ana · Newport Beach · San Clemente · Santa Catalina · Oceanside · Escondido · Pazifischer Ozean · Santa Clemente · Epizentrum · Erdbebengebiete · San Diego · 100 km · Tijuana · MEXIKO · DIE WELT

Das Epizentrum des letzten Bebens in Südkalifornien lag vor der Küste im Pazifischen Ozean.

Medaillenregen bei Olympiade der Mathematikgenies

AP, Warschau

Mit der Bekanntgabe der Gewinner ist am Montag in Warschau die diesjährige Mathematik-Olympiade zu Ende gegangen, an der sich 210 Oberschüler aus 37 Ländern beteiligten. Sieger des Wettstreits der Mathematikgenies wurden die Mannschaften aus den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion mit jeweils 203 Punkten. Den dritten Rang belegte das Team aus der Bundesrepublik Deutschland mit 196 Punkten.

Die Mathematik-Olympiade, 1959 ins Leben gerufen, wurde zunächst nur zwischen Mannschaften aus dem Ostblock ausgetragen. Später wurde der Teilnehmerkreis des Zahlen-Wettstreits auch auf Teilnehmer aus anderen Ländern ausgedehnt.

Der eigentliche Wettbewerb der Rechenkünstler fand schon am Mittwoch und Donnerstag voriger Woche statt, die Auswertung der Ergebnisse dauerte jedoch bis zum Sonntag. Jeder Teilnehmer bekam sechs knifflige Fragen vorgelegt, für deren Beantwortung es im Höchstfall jeweils sieben Punkte gab. Wer also alle Aufgaben löste, kam auf 42 Punkte. Dies schafften nur drei Teilnehmer. 34 Punkte und eine Goldmedaille erhielten zwei Teilnehmer aus der Bundesrepublik. Unter den Silbermedaillengewinnern sind vier jugendliche Mathematikgenies aus der Bundesrepublik und zwei aus Österreich.

WETTER: Warm

Lage: Ein flacher Keil des Azorenhochs bestimmt mit feucht-warmer Luft das Wetter der nächsten Tage im gesamten Deutschland.

Vorhersage für Mittwoch: Nach Auflösung von Frühdunst und örtlichem Nebel oder Hochnebel heiter und trocken. Höchste Temperaturen im Südwesten bis nahe 30 Grad, im übrigen Deutschland auf 24 bis 28 Grad ansteigend. Tiefsttemperaturen 17 bis 14 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten: Weiterhin schwül-warm, zum Abend im Westen und Nordwesten aufkommende Gewitter.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.25 Uhr*, Untergang: 21.31 Uhr; **Mondaufgang:** 17.51 Uhr, Untergang: 1.07 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 16. Juli, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum · T Tiefdruckzentrum · wolkenlos · heiter · halb bedeckt · wolkig · bedeckt · Windstille · Nordwind 10 km/h · Ostwind 20 km/h · Südwind 30 km/h · Westwind 40 km/h · Nebel · Nieseln · Regen · Schnee · Schauer · Gewitter · Niederschlagsgebiet · Temperaturen in °C · Warmfront · Okklusion · Kaltfront am Boden · Kaltfront in der Höhe · Luftströmung warm · Luftströmung kalt · Isobaren

Reykjavik · London · Paris · Hamburg · Berlin · Stockholm · Frankfurt · München · Wien · Dubrovnik · Nizza · Madrid · Lissabon · Malaga · Palma · Tunis

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	22	he
Bielefeld	21	bw
Braunlage	16	bw
Bremen	21	bw
Dortmund	20	bw
Dresden	21	bw
Düsseldorf	22	bw
Erfurt	21	bw
Essen	20	bw
Feldberg/S.	10	he
Flensburg	20	bw
Frankfurt/M.	22	he
Freiburg	21	he
Garmisch	19	he
Greifswald	21	he
Hamburg	21	bw
Hannover	21	bw
Kahler Asten	15	bd
Kassel	19	Sp
Kempten	18	he
Kiel	20	bw
Koblenz	23	bw
Köln-Bonn	22	bw
Konstanz	21	he
Leipzig	22	he
List/Sylt	17	bw
Lübeck	22	bw
Mannheim	23	he
München	19	he
Münster	22	bw
Norderney	16	Ne
Nürnberg	21	he
Oberstdorf	19	he
Passau	20	he
Saarbrücken	21	he
Stuttgart	19	he
Trier	22	he
Zugspitze	2	he
Ausland:		
Algier	36	he
Amsterdam	21	bw
Athen	32	wl
Barcelona	25	he
Belgrad	18	bw
Bordeaux	38	he
Bozen	25	he
Brüssel	21	he
Budapest	24	he
Bukarest	16	bw
Casablanca	25	he
Dublin	20	bw
Dubrovnik	22	bw
Edinburgh	17	R
Faro	29	he
Florenz	24	bw
Genf	21	he
Helsinki	21	bw
Hongkong	30	bw
Innsbruck	20	he
Istanbul	30	he
Kairo	33	he
Klagenfurt	20	he
Konstanza	25	he
Kopenhagen	20	he
Korfu	31	he
Las Palmas	24	he
Leningrad	16	bd
Lissabon	31	he
Locarno	23	he
London	27	he
Los Angeles	18	bw
Luxemburg	20	he
Madrid	34	he
Mailand	24	he
Malaga	36	he
Mallorca	18	bw
Moskau	15	Rs
Neapel	28	he
New York	22	he
Nizza	25	bw
Oslo	18	bw
Ostende	21	bw
Palermo	28	he
Paris	23	he
Peking	30	bw
Prag	20	bw
Rhodos	28	wl
Rom	25	he
Salzburg	20	he
Singapur	29	bd
Split	23	bw
Stockholm	22	bw
Straßburg	23	he
Tel Aviv	30	he
Tokio	28	bw
Tunis	28	bw
Valencia	27	he
Varna	26	bw
Venedig	24	wl
Warschau	19	bw
Wien	20	he
Zürich	20	he

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter, IW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall o. Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos, – = keine Angabe

Berge von Müll nach den Liberty-Feiern

SAD, New York

Einen Müllberg wie selten bei einer Veranstaltung zuvor hinterließen die Millionen Besucher der Stadt New York nach den Feiern zum 100. Geburtstag der Freiheitsstatue. Schon während der Feierlichkeiten und erst recht danach schaufelten New Yorks Müllmänner 2079 Tonnen Müll zusammen. Damit gehört der Geburtstag der „Miss Liberty" zu den abfallträchtigsten Großereignissen der Stadt. Das Ende des Zweiten Weltkriegs feierten die New Yorker am 14. und 15. August 1945 und hinterließen dabei 5438 Tonnen Müll. Astronaut John Glenn wurde nach seiner Rückkehr aus dem Weltall am 1. März 1962 mit einer Konfetti-Parade geehrt – insgesamt 3474 Tonnen Papierschnipsel flatterten damals auf den Broadway. Die Kosten für die jüngste Abfallbeseitigung belaufen sich übrigens auf stattliche 1,05 Millionen Dollar.

Anzeige erstattet

SAD, Paris

Das Rätsel um das Verschwinden des deutschen Ingenieurs Ulrich Bech (41) ist jetzt von der französischen Kriminalpolizei offiziell zu einem „Entführungsfall" erklärt worden. Die Ehefrau des Verschwundenen reichte Anfang der Woche eine Anzeige gegen Unbekannt wegen Entführung ein. Bech wurde zuletzt am 19. Juni in Nordfrankreich gesehen. Die Polizei hält es für möglich, daß der Deutsche das Opfer von Industriespionen wurde, da er im Besitz einer von ihm selbst entwickelten Formel für eine Metallegierung war, die von bedeutendem strategischem Wert ist.

Satellit explodiert?

AP, Tokio

Der sowjetische Aufklärungssatellit Kosmos 1736 ist nach Angaben eines japanischen Amateurastronomen explodiert. Teile des in etwa 900 Kilometern Höhe über der Erde auseinandergebrochenen Satelliten, darunter auch ein kleiner Kernreaktor, könnten innerhalb eines Jahres auf die Erde fallen. Der Vorsitzende des Astronomischen Vereins von Tokashima, Nariyasu Hashimoto, sagte laut „Japan Times", die Nasa habe ihm bestätigt, daß der Satellit, vermutlich infolge eines technischen Defekts, auseinandergebrochen sei.

Dauerregen in Italien

dpa, Rimini

Dauerregen, Stürme und Gewitter verderben vielen Urlaubern die Ferien in Nord- und Mittelitalien. Seit Samstag regnet es in Rimini, dem Hauptort des sogenannten Teutonengrills, ununterbrochen. Zahlreiche Feriengäste reisten vorzeitig ab. Wenig Trost gibt der Wetterbericht: Nach einer leichten Besserung zur Wochenmitte werde die Schlechtwetterperiode zum Wochenende wieder voll einsetzen.

Tennis Lärmbelästigung

dpa, Lüneburg

Tennis kann zu unzumutbaren Lärmbelästigungen führen, entschied das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg. Der Tennis- und Hockeyclub THC Blau-Weiß in Bad Oldesloe darf nun nach der erlassenen einstweiligen Anordnung seine Tennisplätze nur noch sechs Stunden am Tag benutzen. (Az.: II A 78/84)

Gemälde gestohlen

dpa, Cahors

Neun surrealistische Gemälde im Wert von rund 1,3 Millionen Mark, darunter Arbeiten von Salvador Dali, Max Ernst und René Magritte, haben unbekannte Täter aus dem städtischen Museum in Cahors in Südfrankreich gestohlen. Da das Museum bei dem Einbruch am Montag wegen des französischen Nationalfeiertags geschlossen war, wurde der Diebstahl erst gestern entdeckt.

Raub im Beichtstuhl

rtr, Perth

Ein etwa 30jähriger Mann im australischen Broome zweckentfremdete einen Beichtstuhl: Statt dort zu bereuen, sündigte er, indem er den Priester zu berauben versuchte. Der Priester konnte fliehen; auch der Übeltäter machte sich aus dem Staub.

ZU GUTER LETZT

„Kopflaus auch in der DDR auf dem Vormarsch", meldete das Informationsbüro West in Berlin.